E 2814
1 / 2012
Jahrgang 61

Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Triathlon in der Fotografie

Die crossmediale Vernetzung löst gewohnte Grenzen auf

Nutzlos und rechtswidrig

Von Karin Wenk | Vorratsdatenspeicherung erhöht nicht die Sicherheit der Bevölkerung. Eine aktuelle wissenschaftliche Studie des Max-Planck-Instituts konnte keinerlei Anhaltspunkte dafür finden, dass sie zu höheren Aufklärungsquoten bei schweren Verbrechen führt.

Im schwarz-gelben Koalitions-Streit um die Vorratsdatenspeicherung geht dieser Punkt an Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), deren Ministerium die Studie in Auftrag gegeben hat. Dennoch will die Ministerin nicht generell von einer Datenspeicherung absehen. Sie befürwortet, Daten nur nach konkreten Anhaltspunkten für Straftaten im Rahmen des sogenannten „Quick-Freeze-Verfahrens“ speichern zu lassen. Den Unionspolitikern geht das nicht weit genug. Sie beharren auf 6 Monaten vorsorglicher Datenspeicherung. Und die EU drängt auf eine Neuregelung seit Karlsruhe 2010 in Deutschland.

ver.di und andere Gewerkschaften, viele andere Organisationen und Bürgerrechtler lehnen die Vorratsdatenspeicherung seit Jahren ab. Und die aktuellen Studienergebnisse belegen einmal mehr, dass der Nutzen einer Wiederauflage eines Gesetzes zur Vorratsspeicherung gegen Null läuft. Der Preis für dieses Null-Summenspiel ist zu hoch. Verdachtslose Vorratsdatenspeicherung bedeutet einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Bevölkerung. Die Protokollierung des Kommunikations- und Bewegungsverhaltens verletzt die Privatsphäre der Menschen. Es kommt einer großflächigen Bespitzelung gleich! In der Arbeit von Journalisten wird der Quellenschutz untergraben und damit die Pressefreiheit verletzt. Hinzu kommt eine ungeheure Geldverschwendung.

Ende Januar hat sich der irische High Court an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg mit der Frage gewandt, ob die EU-Richtlinie zur sechsmonatigen verdachtslosen Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten gegen die EU-Grundrechtecharta oder gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt und deshalb ungültig ist. Auch die EU-Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, Stellung zu nehmen. Eine gute Gelegenheit für die Bundesregierung sich für ein Verbot jedweder verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung einzusetzen – europaweit!

Foto: Petra Dreßler

Auf ein Wort

TITEL

8 **Triathlon in der Fotografie**
Die crossmediale Vernetzung löst gewohnte Grenzen auf
Von Mathias Thurm, freier Fotograf in Hamburg

11 **Auf dem Weg zur Webreportage**
Interview mit Professor Rolf Nobel aus Hannover

12 **Imagepflege statt Jammern**
Das Fotografen-Netzwerk Nordaufnahme

AKTUELL

4 **Rückblende 2011**
Karikaturenpreis an Klaus Stuttmann

4 **Die ver.di-Jugend im Film**

4 **Leserbrief**

5 **Warnstreik zur Berlinale**

5 **Schlagzeilen und Massenmedien**

KOLUMNE

6 **Hilflose Manöver**
Der Bundespräsident und die Meinungsmacher im Regierungszentrum

MEDIEN + GESELLSCHAFT

14 **Mehr Medienmacht für Wenige**
Bedeutsame Übernahmen auf dem deutschen Zeitungsmarkt 2011

16 **ZAK beanstandet Werbeverstöße**

17 **Medienpolitischer Meilenstein**
Ab 2013 ein Haushalt, ein Rundfunkbetrag – keine Gebührenerhöhung

18 **Schnittstellen im zehnten Jahr**
LiMA – Medien neu denken und neu Gedachtes ausprobieren

18 **Renaissance der Solidarität**
Gewerkschafter fühlen sich bei der LiMA gut aufgehoben

20 **Der lange Schatten von Stuttgart21 oder … Wie viel Pressefreiheit darf es sein?**

21 **Abgedreht und abgelehnt**
ver.di FilmUnion präsentiert Sozialstudie in Berlin

39 **Zensurfragen**
Twitter, Google, Facebook und unerwünschte Nutzerinhalte

TARIFE + Beruf

22 **Erfolgreich gegen Buy-out-Verträge**
Gewerkschaften gewannen viele Prozesse für freie Journalisten

24 **Bildhonorare gehen in die Schlichtung**

25 **Urteil gegen freie Fotografie**
Schlösser-Stiftung darf „Knipsgebühr“ erheben – Verfassungsbeschwerde geplant

26 **Erfolgreicher Streik beim Schwarzwälder Boten**

26 **Verhandlungen bei der Nordwest-Zeitung anberaumt**

26 **Schon entdeckt? Zeitschrift der Straße**

26 **Harte Fronten bei 1. dpa-Tarifrunde**

26 **Sparen um jeden Preis bei der Eßlinger Zeitung**
28 **„Vocer" für Medienkritik**
Neues Debattenportal sieht sich als Pionier der Slow Media Bewegung
29 **The show must go on!**
Tarifabschluss für Bavaria Studios
30 **Zu wenig für Popcorn**
Tarifverweigerung bei Cinestar – Beschäftigte im Streik
30 **Beschäftigungssicherung für Nordsee-Zeitung**
31 **Faires Honorar für Kameraleute**
Protestmarsch an „Heilige Drei Könige" durch Münchens Innenstadt

POLITIK + WIRTSCHAFT

32 **Pressevertriebssystem vor Veränderung?**
Bauer Media Group gegen Grosso-Verband vor Kölner Landgericht
33 **DGB protestiert gegen Bauer-Deal mit Rechtspostille**
34 **Abkehr von Fensterreden?**
WAZ-Belegschaft nach Grotkamp-Übernahme zuversichtlich
35 **Neuer Auftritt – neue Inhalte**
Deutsche Welle erweitert Angebot in Englisch und Spanisch

RECHT + POLITIK

36 **Digitale Hehler hinter Gittern**
Gelungener Schlag gegen Pirateriesystem – aber: nach kino.to ist vor kino.to
37 **Das Imperium schlägt zurück**
SOPA & Co: Cyberkrieg ums Urheberrecht
38 **Empfindliche Schlappe für Prinzessin Caroline**
38 **Zeitungsklagen in Straßburg abgewiesen**

MEDIEN + INTERNATIONAL

40 **Tarifrecht mit Füßen getreten**
Griechenland: Journalisten kämpfen für ihre Medien und ihren Arbeitslohn
42 **Hungerstreik gegen Zensur**
Neues Mediengesetz in Ungarn knebelt journalistische Unabhängigkeit
43 **Putin zeichnet Kritiker aus**
Späte Einsichten des russischen Ministerpräsidenten oder nur Propaganda?
44 **ROG: Angst und Repression in Aserbaidschan**
44 **Aktion für Adel Walid Kharsa, Syrien**
45 **Türkischer Demokratie-Test**
45 **ORF-Redakteure gegen Postenbesetzung**
45 **EJF erstmals mit eigenem Generalsekretär**
46 **Würde, Kreativität und Vielfalt**
Mediengewerkschaft UNI-MEI treibt Organisierung voran

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist ab sofort im Netz zu finden: http://mmm.verdi.de/service

3D-Grafik: Hermann Haubrich

Editorial

Foto: Chr.v.Polentz

Neues Jahr – neues Layout

Die neue M ist da. Neu, weil es die erste M im neuen Jahr ist! Neu, weil sie sich in ihren Titel- und Schwerpunktgeschichten dem wichtigen Thema der Arbeitsbedingungen freier Journalisten mit dem Fokus auf freie Fotografen widmet. Interessant zu lesen, ist sicher die Zusammenfassung über die Prozesse, die ver.di zusammen mit anderen Organisationen gegen eine Reihe namhafter Verlage erfolgreich geführt hat. Mit Buy-Out-Verträgen sollten freie Bild- und Textjournalisten um ihre Rechte betrogen werden. Das konnte in vielen Fällen abgewehrt werden. „Mehr Medienmacht für Wenige" beschreibt die Übernahmen auf dem deutschen Zeitungsmarkt im letzten Jahr. Die Bundesliga der Branche hat sich neu sortiert, der Konzentrationsprozess schreitet voran. Nicht neu, sondern bereits seit drei Jahren ist M, neben Publik, Medienpartner der Linken Medienakademie. Gibt es eine „Renaissance der Solidarität" ist eine der Fragen, über die unter anderem am Tag des LiMAunioncamps, am 23. März, diskutiert werden kann.

Neu kommt die M im Jahr 2012 aber auch gestalterisch daher. Ein neuer Titelkopf nimmt Leserinnen und Leser in Empfang. Das Layout wirbt aufgelockert mit mehr Möglichkeiten für Zusatzinformationen um die Gunst der Betrachter. Die Leser-Umfrage von 2010 ergab unter anderem ein wachsendes Interesse an medienpolitischen Themen. Deshalb findet Medienpolitik in der veränderten Seitenstruktur zunehmend Beachtung. Vielleicht wird der eine oder andere den Service-Teil mit den Seminaren, Terminen und der Rubrik: Leute/Preise in der gedruckten Ausgabe vermissen. All das ist auf der Website von M unter: http://mmm.verdi.de/service zu finden. Auch der Internet-Auftritt von Menschen Machen Medien wird sich verändern. Das wird jedoch nur schrittweise geschehen können, da sich der Gesamtauftritt von ver.di im Netz derzeit in einem großen Wandlungsprozess befindet. Ideen, Kritik und Zustimmung bei all diesen Veränderungen sind ausdrücklich erwünscht!

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

Rückblende 2011

Karikaturenpreis an Klaus Stuttmann

Der Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen geht in diesem Jahr an Klaus Stuttmann. Die mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) wurde am 25. Januar in Berlin überreicht.

Klaus Stuttmann zeichnet vor allem für die Zeitung *Der Tagesspiegel* (Berlin). Gegenstand seiner Karikatur ist der Euro-Rettungsschirm, der sich in den Händen Angela Merkels vom Knirps zum Monsterschirm aufbläst und die Bundeskanzlerin mit sich fortreißt. Platz zwei und 2.000 Euro gehen an Elias Hauck und Dominik Bauer und die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* zum Thema Bankenpleite. Der dritte Preis (1.000 Euro) wird in diesem Jahr ausnahmsweise zweimal vergeben. Ihn erhalten Berndt A. Skott (*Kölner Stadt-Anzeiger*) und Jürgen Tomicek (*Westfälische Nachrichten*, Münster), die in ihren Arbeiten die ungeklärte Rolle von V-Leuten in der Neonazi-Szene und die Ehec-Hysterie als Gemüse-Krimi aufgespießt haben.

Ausgezeichnet werden bei der „Rückblende 2011“ auch die besten politischen Fotografien des vergangenen Jahres. Den von der rheinland-pfälzischen Landesvertretung gestifteten ersten Preis in Höhe von 7.000 Euro erhielt John MacDougall (Agence France Presse). Er bekam die Auszeichnung für ein Foto, das er während einer Trauerfeier für drei in Afghanistan getötete Soldaten aufgenommen hatte. Platz zwei geht an Marc-Steffen Unger (freier Fotograf) für ein Foto mit dem SPD-Vorsitzenden Siegmar Gabriel, der Ex-Kanzler Helmut Schmidt applaudiert. Marcus Brandt (dpa) erringt Platz drei für ein Foto, auf dem ein Occupy-Aktivist eine Rede des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann unterbricht.

Am Wettbewerb 2011 haben 62 Karikaturisten und 247 Fotografen teilgenommen. Die Jury konnte unter rund 1.250 Fotos und Karikaturen auswählen.

Die preisgekrönten Arbeiten und weitere Informationen zum Wettbewerb finden sich unter **www.bdzv.de/rueckblende2011.html** ■

Foto: obs / BDZV – Bundesverb. Dt. Zeitungsverleger

Die ver.di-Jugend im Film

Es gibt viele gute Gründe ein Seminar bei der ver.di-Jugend zu besuchen. Und damit sich davon noch mehr Auszubildende und Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) in den Betrieben und Dienststellen überzeugen können, wurden zwei Imageclips zur ver.di Jugend – Bildungsarbeit produziert. Ein allgemeiner zum ver.di Jugend-Bildungsangebot:
http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=G13q-UCMw4Y
und ein weiterer Clip, speziell für die Zielgruppe JAV:
http://youtu.be/O6YZbAtkEeA
Beide Filme stehen auch im ver.di Intranet für den Einsatz etwa bei JAV-Konferenzen zum Download bereit. **https://jugend.verdi.de/bildungsarbeit-film**
Und wer neugierig auf das Jugendbildungsangebot von ver.di geworden ist, schaut doch einmal hier vorbei: http://www.verdi-bildungsportal.de/jugendseminare/
Kontakt: jan.duscheck@verdi.de ■

Briefe

Wir freuen uns über Briefe. Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen. Wir bitten dafür um Verständnis.

ver.di
Bundesverwaltung
Karin Wenk
«M»-Redaktion
10112 Berlin

Telefon: (030) 69 56 23 – 26
Fax: (030) 69 56 23 – 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Medienkompetenz ist der Schlüssel

„Filter und Netzfreizeit“ in M 11/11

Wenn Ministerialbeamte und Jugendschutz-Beauftragte über das Internet bei Fachkongressen sprechen, dann höre ich häufig einen Tenor: Die Gefahren des Internets sind eine große Bedrohung für Jugendliche. Diese Sichtweise kommt an der einen und anderen Stelle des Artikels „Filter und Netzfreiheit“ in M 11/11 heraus: Schließlich folgt aus ihr die Forderung nach einem umfassenden Internetschutz. Keine Frage: Kinder und Jugendliche benötigen unseren Schutz! Doch wie dieser Schutz aussehen muss, hierüber kann man streiten. Mit Sicherheit trifft ein Lichtspielgesetz aus dem Jahr 1920 nicht mehr die Bedürfnisse des Internets. Und was beim Verkauf von analogen Filmen und Computerspielen auf DVD noch möglich war, wird im Internet so nicht gehen. Schließlich spricht es gegen den Grundgedanken und die Struktur des weltweiten Netzes.

Daher ist für mich der Schlüsselbegriff die Medienkompetenz. Kinder und Jugendliche müssen fit gemacht werden, mit dem Medium Internet gewissenhaft und verantwortungsvoll umzugehen. Sie müssen entscheiden können, welche Angebote für sie gedacht sind und von welchen sie lieber Abstand nehmen. Verbote haben selten Erfolg. Vielmehr gilt es, Kinder und Jugendliche als Partner an die Hand zu nehmen. Als Partner – also nicht mit dem erhobenen Zeigefinger vor Gefahren warnen, sondern auch Chancen und Möglichkeiten aufzeigen. Lernstudien zeigen, dass Kinder und Jugendliche sich sehr stark durch ihre Peer-Group beeinflussen lassen (Soziale Gruppe von gleichaltrigen Jugendlichen, in der das Individuum soziale Orientierung sucht und die ihm als Bezugsgruppe dient. Red.). Warum nutzen wir diese Erkenntnis nicht noch stärker auch im Jugendmedienschutz? Eine der Lösungen heißt: Peer-to-Peer-Teaching. Hierbei geht die Jugendpresse Deutschland mit gutem Beispiel voran. In diesem jugendlichen Netzwerk leiten Jugendliche selbst andere Jugendliche an und arbeiten gemeinsam medial.

Kai Mungenast, www.jugendpresse.de ■

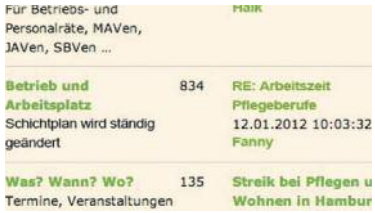
Warnstreik zur Berlinale

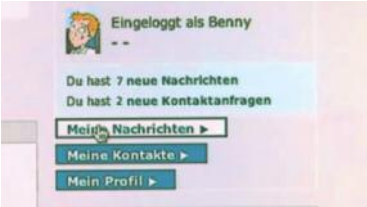
Die Berlinale in Berlin einen Tag nach der Eröffnung am 10. Februar: Mitarbeiter des Festspielkinos CinemaxX am Potsdamer Platz streiken. In rbb-Aktuell war am späten Abend von einem „Paukenschlag besonderer Art“ die Rede. Vermeldet wurde auch, dass ver.di für die Beschäftigten einen Euro mehr Stundenlohn fordert. Dennoch ging die Moderatorin der Filmfestspiele schnell zur Tagesordnung über, nachdem sie verkündet hatte, dass die mehr als 30 Streikenden „durch Leiharbeiter ersetzt wurden“ und es für die Berlinale zu keinen Einschränkungen kam. Parallel zu Berlin waren in Bremen 30 und in Göttingen 25 CinemaxX-Mitarbeiter in den Warnstreik getreten, damit sich bei den Verhandlungen am 15. Februar etwas bewegt (siehe auch S. 29). ■

Schlagzeilen und Massenmedien

Mit der Ausstellung „Warhol: Headlines“ würdigt das MMK Museum für Moderne Kunst Frankfurt am Main erstmals das gesamte Konvolut von Werken, in denen der Künstler Andy Warhol Schlagzeilen verwendete oder Bezug auf sie nahm. Andy Warhol (1928 – 1987), der als einer der wichtigsten Künstler des 20. Jahrhunderts und Mitbegründer der Pop Art gilt, setzte sich im Verlauf seines gesamten Schaffens intensiv mit Massenmedien und Starkult auseinander.

Warhols Interesse an Schlagzeilen geht auf seine Zeit als Werbegrafiker in den 1950er Jahren in New York zurück, als er Journalisten bei der Auswahl und Präsentation ihrer Nachrichten beobachtete. Eine internationale Kooperation der National Gallery of Art in Washington zusammen mit The Andy Warhol Museum in Pittsburgh, der Galleria nazionale d’arte moderna in Rom und dem Frankfurter MMK ermöglicht diese umfassende Werkschau. Sie ist bis zum 13. Mai in Frankfurt zu sehen. ■





http://bit.ly/x97YtB

Vernetzt Euch!

Eine Beschäftigte im öffentlichen Dienst, ein schichtarbeitender Krankenpfleger und ein Auszubildender in einem Energiekonzern – was haben sie gemeinsam? Sie sind ver.di-Mitglieder und aktiv im ver.di-Mitgliedernetz. Diese Kolleginnen und Kollegen kommen beispielhaft mit ihren Erfahrungen im Film zum Mitgliedernetz zu Wort: **http://bit.ly/x97YtB**

Dieses Netzwerk kann auch für ver.di-Mitglieder aus dem Medienbereich ein Anlaufpunkt sein. Sie können sich hier treffen und austauschen. Gremien oder andere Gruppen haben die Möglichkeit, ihre ganz spezifischen Debatten zu führen, Pläne umzusetzen. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. Das ver.di-Mitgliedernetz ist prall gefüllt mit gewerkschaftlichem Service und bietet Hilfe für alle beruflichen Lebenslagen. Hier geben sich die Mitglieder Tipps und diskutieren. ver.di ergänzt das Angebot mit harten Fakten, Rat und Tat. **Mehr dazu im Intenet: http://mitgliedernetzregistrierung.verdi.de/** ■

Anzeige

Sofort Rente
Mit Geld-zurück-Garantie
Jetzt handeln!

Die Premium-Vorsorge für Medienmenschen

Presse-Versorgung

Hilflose Manöver

Der Bundespräsident und die Meinungsmacher im Regierungszentrum

Unabhängig davon, ob der Präsident bei Erscheinen dieser Kolumne noch im Amt ist oder nicht: Der Verlauf der Affäre Wulff offenbart manche Schieflage im Verhältnis von Politik und Medien. An Versuchen, das arme Opfer Wulff gegen seine Peiniger aus den Medien in Schutz zu nehmen, mangelte es in den letzten Wochen nicht.

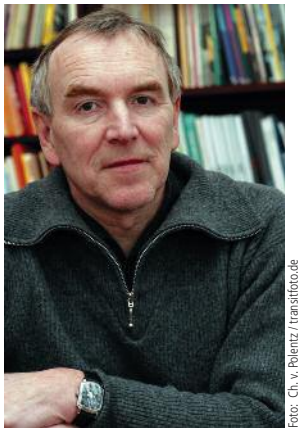


Foto: Ch. v. Polentz / transitfoto.de

Günter Herkel

lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print und Rundfunk.

Das gilt zunächst für Unterstützer aus seinem politischen Umfeld. Nicht alle sind so erfrischend leicht durchschaubar wie die Attacke des FDP-Bundestags-Hinterbänklers Joachim Günther. Der empörte Liberale aus Plauen sah den „nicht immer glücklich handelnden Bundespräsidenten“ als bemitleidenswerten Mann, „den die Journalistenmeute wie einen räudigen Fuchs über sämtliche Titelblätter und durch alle Fernsehsendungen hetzt, weil er Vergünstigungen in Anspruch genommen haben soll“. Abgesehen davon, dass der Gebrauch des Konjunktivs im Lichte der ermittelten Fakten nachgerade euphemistisch wirkt – die rhetorisch nachgeschobene Frage: „Wer von den Hetzern fährt sein Auto nicht zum Sondertarif oder nutzt nicht die Presse-Rabatte der Reiseanbieter, der Technikhersteller etc.?“ wirkt wie eine billige Retourkutsche. Was irgendwie nicht weiter verwundert beim Repräsentanten einer Partei, die gegen eine saftige Parteispende schon mal en passant den Mehrwertsteuersatz für das Hotelgewerbe ermäßigen hilft. (Dass auch „Menschen bei Maischberger“ unter der Fragestellung „Die Schnorrer-Republik: Sind wir alle ein bisschen Wulff?“ ein wenig ins gleiche eher unpolitische Horn blies, macht die Sache nicht besser.) Für Günther, vor der Wende Funktionär der DDR-Blockpartei LDPD, sind „die Medien mit linksgrüner Hysterie-Berichterstattung“ immer mehr auf dem Weg „zur 1. Gewalt im Staat“. Da – zumindest bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe – ein Rücktritt Wulffs nicht gemeldet wurde, scheint es noch nicht ganz so weit zu sein.

„Es geht um eine drohende strukturelle Gefahr in der Entwicklung des Journalismus und der demokratischen Öffentlichkeit.“

Dabei ist saftige Medienkritik durchaus angebracht, allerdings aus anderer Perspektive. Angefangen bei ARD und ZDF, die sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. Dass das angeschlagene Staatsoberhaupt sich nach Tagen quälenden Verschanzens hinter Anwaltserklärungen dazu herabließ, ausgerechnet dem Tandem Deppendorf-Schausten ein Gespräch zu gewähren, hatte wohl einen einfachen Grund: Von dieser Seite war eher nicht mit allzu hartnäckiger Nachfrage zu rechnen. Eine Annahme, deren Richtigkeit die 20-Minuten-TV-Terrine Anfang Januar bestätigte. Das einzige, was das Fernsehvolk zu sehen und hören bekam, war ein beschämend kleinlauter und kleingeistiger Präsident, der kleinteilige Fragen mit ebensolcher Kleinteiligkeit retournierte. Wobei die ZDF-Hauptstadtchefin die in einer zugespitzten Situation nötige Schlagfertigkeit und Souveränität vermissen ließ, zum Kern des Problems vorzudringen. Ihr unglaubwürdiges Bekenntnis, für Übernachtungen bei Freunden auch gelegentlich 150 Euro zu zahlen, verschaffte Wulff kurzzeitige Entlastung, ließ vermutlich bei den Zuschauern echtes Mitleid aufkommen. Über derartige banale Scharmützel wurden die grundsätzlichen Fragen versäumt. Wie stark ist Wulff in den niedersächsischen Amigo-Sumpf, aus dem er kommt, verstrickt? Wie groß sind seine Einsicht und Bereitschaft, zur Aufklärung über seine Verfehlungen beizutragen und dieses Milieu hinter sich zu lassen?

Es gehe „keineswegs um eine technische Kollegenschelte“, brachte Johan Schloemann in der *Süddeutschen Zeitung* seine Kritik an den Routiniers Deppendorf / Schausten auf den Punkt: „Es geht um eine drohende strukturelle Gefahr in der Entwicklung des Journalismus und der demokratischen Öffentlichkeit, wenn die politische Analyse, nicht zuletzt im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, aufs Tickerformat schrumpft, wenn führende Journalisten zu Aufsagern von Empörungsklischees und Personalklatsch werden.“

Wenn schon die erste Garde der Politikjournalisten von ARD und ZDF so weichgespült auftraten, durfte man erst recht von den Talk-Stars nicht allzu viel Erhellendes erhoffen. Haften geblieben ist der quälend lange viertelstündige Auftritt einer alten Freundin von Wulff bei „Günther Jauch“, einer Frau, die mit ihrem Mann auf Norderney ein Süßwarengeschäft betreibt. Dass dieses „Testimonial“ zu dem Schluss kam, bei den Vorwürfen kontra Wulff handle es sich um eine „Pressekampagne“, verwundert kaum. Der Quote mag derlei unpolitische Menschelei dienlich sein, der Aufklärung kaum.

Gegenseitiger Liebesentzug. Nicht wenige „seriöse“ Blätter, die sich gelegentlich als Gralshüter der Pressefreiheit im Lande gerieren, dürfte allerdings gewurmt haben, dass ausgerechnet *Bild* sich in der öffentlichen Wahrnehmung das Verdienst auf die Fahne schreiben konnte, die grundsätzliche Frage nach der Eignung des Provinzpolitikers Wulff für das höchste Staatsamt zu stellen. Dass das Blatt mit den Balkenheadlines diese Aufmerksamkeit weniger für die knallharte Recherche des Hauskredits als durch den Mailbox-Anruf des offenbar panikattackengeschüttelten Wulff erreichte, geriet darüber längst in Vergessenheit. „Gedroht und gebeten hat der Bundespräsident, als sei der *Bild*-Chefredakteur der erste Mann im Staat und nicht er selbst“, bemerkt zu Recht Ralf Wiegand in der *Süddeutschen Zeitung*. Keine Frage, dass die Pressionsversuche Wulffs für sich allein genommen schon Zweifel an seiner Tauglichkeit aufwarfen. Ganz zu schweigen vom unwürdig hilflosen Manöver, sich im TV-Interview als eine Art Präsidenten-Azubi darzustellen und zu entlasten.

Problematischer aber ist ein in dieser Affäre aufscheinender Mechanismus, auf den Journalistik-Professor Stephan Weichert hinwies: den „gegenseitigen Liebesentzug von Medien und Politikern“. Die „Meinungsmacher im Regierungszentrum“ würden selbst zu „Getriebenen, die politische Affären nicht mehr durch journalistische Geschäftigkeit aufdecken, sondern Petitessen wie die angeblich skandalöse Garderobe seiner Ehefrau oder die Übernachtungsregelungen für Freunde von Politikern selbst zu Medienskandalen aufbauschen“. Dagegen blieben die eigentlichen Hintergründe, etwa die persönlichen Verbindungen Wulffs zu AWD-Gründer Maschmeyer „weiter im Dunkeln“. Weichert zeigt sich zugleich verwundert darüber, „mit welcher Einmütigkeit dabei die ehemaligen Klassenfeinde Springer, *FAZ* und *Spiegel* jetzt berichten“. Tatsächlich hatte es ein solches Bündnis zuletzt bei der gemeinsamen Kampagne des Trios gegen die Rechtschreibreform (!) gegeben.

Korruptionsverdacht als ständiger Begleiter. Viel wurde darüber spekuliert, wieso *Bild* seinen einstigen Protegé Wulff urplötzlich fallen ließ. Schließlich hatten beide Seiten lange von der Methode des Gebens und Nehmens profitiert. Nicht zuletzt Boulevardmedien wie *Bild* und *Bunte* hatten den Politaufsteiger mit Homestories bis hin zu Scheidung und neuem Glück samt Patchwork-Idyll begleitet. Erinnerungen werden wach an Ex-Verteidigungsminister Rudolf Scharping, der sich für das Peoplemagazin *Bunte* mit Lebensgefährtin Gräfin Pilati im Pool ablichten ließ, während die Bundeswehr sich zum Einsatz in Mazedonien rüstete. Wenige Monate später war er sein Ministeramt los. Der Fall des Freiherrn zu Guttenberg wiederum belegt umgekehrt, dass die Meinungsmacht von *Bild* am Ende nicht genügte, den Fall des einstigen Publikumslieblings zu verhindern.

Schließlich belegt der Verlauf der Affäre Wulff aber auch, dass selbst die geballte Meinungspower fast aller relevanten Medien dieses Landes offenbar längst nicht ausreicht, den einsamen CDU-Mann im Schloss Bellevue zeitnah zur Einsicht in das politisch Notwendige zu zwingen: den Rücktritt. Nach allem, was seit „Ausbruch“ der Affäre geschehen ist, erscheint ein geradezu gespenstiges Szenario immer denkbarer: Stell dir vor, der Präsident spricht und keiner hört hin!

Im Grunde ist dieses Szenario längst Realität. Als Wulff unlängst eine Rede zum 70. Jahrestag der Wannseekonferenz hielt, kümmerte die wenigsten, was er an diesem runden Tag über die NS-Verbrechen zu sagen hatte. Viel mehr interessierte die Frage, was er über neue Vorwürfe gegen seinen früheren Sprecher Olaf Glaeseker wusste. Korruptionsverdacht statt Völkermordgedenken – solche scheußlichen medialen Zwischentöne dürften Wulff jetzt bis zum Ende seiner Amtszeit begleiten.

Sollte die spezielle Anti-Wulff-Kampagne von Springer schlicht Teil einer langfristigen Strategie sein, das nach wie vor nicht gerade positive Image des Hauses aufzupolieren? Das würde teilweise die Gnadenlosigkeit erklären, mit der gegen den einstigen Bündnisgenossen operiert wird. Ein wenig von Treibjagd hat es schon: das dosierte, salamitaktische Streuen von Informationen, das offenkundige Zusammenspiel mit anderen Medien. So etwas gehört zwar zu den üblichen medialen Mechanismen, bekommt aber gerade im Fall von *Bild* einen üblen Beigeschmack. Die *Bild*-Chefredaktion witterte offenbar die Chance, sich über den Kasus Wulff zum journalistischen Hüter über die politische Moral dieses Landes aufzuschwingen. Aber, um nochmal *SZ*-Autor Schloemann zu zitieren: „Diese Verquickung von Staatsblatt und Dreckschleuder passt einfach nicht zum sonstigen Profil der Publikation.“ Flankiert wurde die Bild-Kampagne von einer Leitartikel-Salve des feineren Schwesterblatts *Welt*. Die Überschriften-Auswahl einiger Januar-Ausgaben spricht für sich: „Auch Wulff gehört zu Deutschland - nur zu welchem?“ – „Der Parvenü Christian Wulff verdient unser Mitleid“ – „Wulffs öffentliche Auftritte sind nur noch bedrückend“ – „Der Schnäppchenjäger überstrahlt den Staatsmann“. Allesamt verfasst von Spitzenpersonal und Edelfedern wie Henryk M. Broder, Ulf Poschardt, Thomas Schmid. Warum dieser Eifer?

Karikatur: Rainer Hachfeld

Die Bild-Zeitung als Hüter der Pressefreiheit? Die Vermutung, der Springer Verlag arbeite beharrlich an einer Rundumerneuerung seines Images, wird auch durch diverse PR-wirksame Initiativen von Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner aus jüngerer Zeit genährt. Erst vor drei Jahren hatte er versucht, das 1968 von der Studentenbewegung geplante, aber letztlich nicht zustande gekommene Springer-Tribunal nachzuholen – freilich in der Absicht, sein Haus von „ungerechtfertigten Vorwürfen“ aus der damaligen Zeit reinzuwaschen. Das Unterfangen scheiterte am Desinteresse der einstigen Kontrahenten. Im vergangenen November war in einer WDR-Dokumentation zu sehen, wie Döpfner im Interview den rüden Umgang von *Bild* mit dem einstigen Erzfeind Günter Wallraff in den 1970er Jahren bedauerte. Wallraff hatte seinerzeit Undercover bei *Bild Hannover* die manipulativen Methoden des Boulevardblatts ans Licht gebracht.

So gesehen könnte die Wulff-Affäre den Springer-Oberen als willkommene Gelegenheit erscheinen, *Bild* als investigativen Wächter aus staatspolitischer Verantwortung und Hüter der Pressefreiheit zu adeln. Das allerdings wäre – sollte es auch nur ansatzweise gelingen – ein Treppenwitz der Mediengeschichte.

Günter Herkel ■

Noch nicht gesprächsbereit

Der Vorsitzende der dju in ver.di, Ulrich Janßen, hat Bundespräsident Christian Wulff bei dessen Neujahrsempfang Anfang Januar zu einem Gespräch über die Pressefreiheit und den Umgang mit Journalistinnen und Journalisten eingeladen. Bis zum Druck dieser Ausgabe konnte noch kein Gesprächstermin vereinbart werden. (http://dju.verdi.de/)

Foto: Hermann Haubrich

Seit Jahren geht es mit den Arbeitsbedingungen für Fotojournalisten bergab. Der Markt der Printmedien schrumpft, mit ihm Auftragsvolumen und Honorare. Das Internet leidet unter der Gratismentalität von Betreibern und Nutzern. Mit der Verbreitung der digitalen Medien verändert sich auch die Bildsprache. Videoclips und Smartphone-Apps prägen zunehmend die Sehgewohnheiten und öffnen den Markt für Hobbyknipser. Die freien Stockfotografen werden zerrieben zwischen Branchenriesen wie Getty und Corbis auf der einen Seite und den Billigheimern Fotolia und Co. auf der anderen. Wo bleibt da der professionelle Fotojournalismus?

Von Mathias Thurm, freier Fotograf in Hamburg

Triathlon in der Fotografie

Die crossmediale Vernetzung löst gewohnte Grenzen auf

Vielleicht ist das die Zukunft des Fotojournalismus: Robert Körper bezeichnet sich als Triathlet der Fotografie. Mit seiner Spezialkamera am Helm klettert der Extremkletterer auf Berge, in Höhlen und in Schächte. Je unzulänglicher, desto besser. Alles was zählt, sagt er, sind seine Fitness und seine Augen. Seine Chefs verfolgen seine gefährlichen Touren über eine VDSL-Standleitung am Laptop im Büro und drücken jedes Mal auf den Auslöser, wenn die Helmkamera von Robert einen spektakulären Bildausschnitt zeigt. „Ich kann wirklich nicht klagen“, sagt der sportliche Mittvierziger. „Nach meinem Zusammenbruch und dem Verkauf meines kompletten Archivs geht es mir wieder gut. Ich lebe im Grunde den Traum aller großen Fotografen, nicht mehr mit der Kamera, sondern mit den Augen zu fotografieren.“

Stockfotografie und Taxifahren. Aimee Sonnleitner ist Taxifahrerin. Irgendwann kam sie auf die Idee, das Rumfahren mit etwas Nützlichem zu verbinden. Seither beliefert sie Fashion-Portale, Lifestyle-Seiten, Internet-Shops und Stadtmagazine in Berlin, Hamburg und München mit Bildmaterial. „Taxifahren und Stockfotografie gehen ideal zusammen“, findet Aimee. „Man kann fortlaufend produzieren, es gibt keine Auftragsflaute und außerdem entfallen die Reisekosten.“ Taxifotografen knipsen ausschließlich dort, wo ihre Fahrgäste hinwollen oder wo sie ihre Kunden abholen. An solchen Orten ist meist was los. „Wenn es in irgendeinem Winkel dieser Stadt einen Trend gibt, dann haben wir ihn, egal ob es sich um Mode, Food, Sport oder sonst was handelt.“

Martin Rollo wollte aufgrund der erbärmlichen Situation in der Auftragsfotografie seine Kamera schon an den Nagel hängen. Da entdeckte er durch Zufall beim Einkauf im Baumarkt das Internet-Portal MyPicture. Mit über 5.000 laufenden Ausschreibungen ist MyPicture heute die Nummer 1 der Online-Marktplätze für Fotografen in Europa. Das System funktioniert so: Jeder, der einen Fotoauftrag zu vergeben hat, stellt die Ausschreibung für den Job auf die Plattform und wartet, welche Fotografen ihre Preisangebote abgeben. Nicht immer erhält derjenige mit dem niedrigsten Preis den Zuschlag, denn MyPicture ist gleichzeitig ein Bewertungsportal. Wer Pluspunkte sammelt, kann nach kurzer Zeit mit höheren Preisen ins Rennen gehen. Nach anfänglichem Naserümpfen über das Dumpingmodell fand Martin die Job-Auktionen richtig geil. Kein Klin-

Foto: Petra Dreßler

kenputzen mehr, kein Herumschleimen, kein Kriechen vor irgendwelchen Leuten, klare Kante, absolut transparent. Nach fünf Jahren hat sich Martin im internen Ranking so weit hoch gearbeitet, dass er bei jeder Suchanfrage auf Seite 1 der Trefferliste auftaucht.

Dies sind drei von acht fiktiven Beispielen, mit denen das Freelens-Magazin in einer Zukunftsausgabe einen Blick auf den Berufsalltag von Fotografinnen und Fotografen im Jahr 2021 wagt. Fazit: Die Lage ist zwar beschissen, aber wir reden sie uns schön und machen das Beste draus.

Neue Technik, neue Betätigungsfelder. Unumstritten ist, dass die rasant voranschreitende technische Entwicklung den Arbeitsalltag von Profifotografen und -fotografinnen nachhaltig verändert hat und weiter verändert. Mit dem Durchbruch der digitalen Fotografie vor gut zehn Jahren wurden nicht nur Bildmanipulationen und Urheberrechtsverletzungen erleichtert, es begann auch die Erosion des Archivgeschäftes. Die sekundenschnelle millionenfache Verfügbarkeit von Bildmotiven förderte eine Marktkonzentration, von der vor allem Global-Player wie Getty und Corbis profitiert haben. Die aktuellen Herausforderungen heißen Smartphone und Full HD Video. Die crossmediale Vernetzung der Technik löst gewohnte Grenzen auf, mit weit reichenden Konsequenzen. Das Smartphone ist gleichzeitig Foto- und Videokamera, Datentransportmedium und Internetplattform. Welche Bedeutung die kleinen Alleskönner inzwischen gewonnen haben, wird deutlich, wenn man sich im Fernsehen die Berichterstattung aus Krisengebieten wie Syrien oder Afghanistan ansieht. Die verwackelten Handybilder werden in der Regel allerdings nicht von professionellen Journalisten, sondern von zufällig anwesenden Zeitzeugen geliefert. Die moderne Technik eröffnet aber auch für Profis neue Betätigungsfelder. So berichtet der auf Architektur spezialisierte Fotograf Wolfgang Steche aus Heidelberg, dass er immer öfter Anfragen für Internet, Facebook, Smartphone und Videos erhalte. Auch der in der Nähe von München lebende Fotograf Werner Bachmeier ist überzeugt, dass er sich wohl oder übel der neuen Technik stellen muss. Er bemüht sich derzeit, das notwendige Know-how zu erwerben.

Die großen Verlage sind denn auch bereits in das Geschäft eingestiegen. So bietet beispielsweise der Springer Verlag mit *The Iconist* ein Life-Style-Magazin im App-Format speziell für das Smartphone. Bei dem interaktiven Medium kann der Benutzer Bilder drehen und von verschiedenen Seiten betrachten. In einer Parfümgeschichte entweicht bei einer Berührung eines Flacons mit einem Zischen die Liste der Inhaltsstoffe, beschreibt Autor Manfred Scharnberg im Medium Magazin die neue bunte Bilderwelt. Jürgen Schrader hat sich laut Medium Magazin auf die App-Fotografie spezialisiert. Er produziert dafür fast ausschließlich 360 Grad Panorama-Aufnahmen. Food-Fotograf Günter Beer ist begeistert von den Möglichkeiten der neuen Technik. Er bestreitet damit angeblich einen wesentlichen Teil seines Lebensunterhaltes, wie Scharnberg schreibt. Uwe H. Martin, der für die Fotografen-Organisation Freelens Multimedia-Workshops durchführt, dämpft jedoch zu hohe Erwartungen. Die Verlage seien in der Regel nicht bereit, den im Vergleich zu Print höheren Aufwand für Multimedia-Storys zu bezahlen. Redaktionelle Auftragsproduktionen würden sich für Fotografen absolut nicht lohnen.

Mit dem Durchbruch der digitalen Fotografie vor gut zehn Jahren wurden nicht nur Bildmanipulationen und Urheberrechtsverletzungen erleichtert, es begann auch die Erosion des Archivgeschäftes.

Ganzheitlich arbeiten mit Videofilmen. Doch es gibt auch Gründe für den Griff zur Videokamera. Für den Hamburger Fotografen Michael Kottmeier, der viel für Hilfsorganisationen und karitative Verbände

Profifotografen geraten zunehmend unter Druck: unter anderem durch Microstock-Agenturen, die lizenzfreie Bilder für kleines Geld anbieten.

Foto: Hermann Haubrich

Fotografen im Großeinsatz am roten Teppich zur Fashion Week in Berlin 2008 (links).

Arbeiten vor Ort: 1. Mai-Demo in Kreuzberg. Fotos und Informationen mussten schnell in die Redaktion (Bild S.11).

arbeitet, sprechen in erster Linie inhaltliche Argumente für bewegte Bilder: „Videofilme zu drehen heißt für mich, ganzheitlich zu arbeiten." An den zunehmend oberflächlichen, beliebigen und austauschbaren Fotos hat er immer mehr das Interesse verloren. Die digitalen Spiegelreflexkameras seien heute so gut, dass man damit gleichzeitig die perfekten Videos drehen könne. Doch Kottmeier warnt: „Videofilme dreht man nicht mal eben so nebenbei." Man müsse sich dem Thema nicht nur inhaltlich ganz anders nähern. Videos verlangen auch spezielle Technikkenntnisse oder professionelle Zuarbeit bei Schnitt und Vertonung.

Werner Bachmeier hat vor allem mit der menschlichen Seite des technischen Wandels zu kämpfen: „Die jungen Leute in den Bildredaktionen denken heute in der Regel in bewegten Bildern. Die Aussagefähigkeit eines statischen Fotos können sie oft gar nicht mehr richtig beurteilen. Das erschwert das gegenseitiges Verständnis." Aus Kostengründen würden auch immer weniger ausgebildete Fotoredakteure beschäftigt. Zudem sei die Fluktuation in den Bildredaktionen so hoch, dass es kaum noch zu einer langfristigen Zusammenarbeit komme.

In einem Punkt sind sich so ziemlich alle Fotografen einig: Die Archive bringen kein Geld mehr. Immer mehr Einzelkämpfer vermarkten ihre Fotos zwar in Bilddatenbanken wie Apis und Fotofinder, trotzdem ist das Geschäft stark rückläufig. „Bei mir decken die Verkäufe inzwischen fast nur noch die Kosten", sagt der Berliner Christian von Polentz, der seine Fotos bei topixx einstellt. Ähnliche Erfahrungen machen Bachmeier und Kottmeier. Während die Branchenriesen Getty und Corbis mit jeweils 70 Millionen digitalisierten Bildern den Markt überschwemmen, setzen auf der anderen Seite Microstock-Agenturen wie Fotolia, die fast nur mit Amateuren zusammen arbeiten, die Profifotografen unter Druck. Fotolia bietet lizenzfreie Bilder schon ab 75 Cent an. Da kann niemand mithalten, der von seiner Arbeit leben muss. Dabei ist die technische Qualität dieser Bilder meist hervorragend. Mit Wirklichkeit haben die meisten dieser Stockfotos allerdings nichts zu tun. Wer sich mal die Mühe macht und sich durch die zahllosen Seiten der Microstocks scrollt, dem begegnet eine sterile Welt lächelnder Models vor strahlendem Hintergrund. Die Bilder haben so viel sagende Namen wie „Sexy young girl smiling" oder „Happy guys and girls expressing happyness".

Honorareinbruch um 80 Prozent. Besonders hart getroffen hat die Krise der Archivfotografie den Hamburger Fotografen Gerhard Höfer. Auf seiner Internetseite „Lavendelfoto" findet man 35.000 digitalisierte Aufnahmen von 4.000 biologisch fachmännisch bestimmten und verschlagworteten Pflanzen. „Mein Geschäft ist in den vergangenen fünf Jahren um 80 Prozent eingebrochen", klagt Höfer. Es ist aber nicht nur die rückläufige Nachfrage, die ihm zu schaffen macht. „Es wird immer dreister geklaut", ist seine Erfahrung. Den meisten Ärger hat der Fotograf mit Buchverlagen, die in der Regel die erste Nutzung eines Fotos regulär bezahlen, dann aber für Nachauflagen oder andere Veröffentlichungen glauben, das Foto gratis verwenden zu können. Nicht immer, glaubt Höfer, steckt böse Absicht dahinter. Oft sei es einfach nur Schlamperei. Das macht für ihn letztlich keinen Unterschied. Notgedrungen hat er seinen Arbeitsschwerpunkt seit ein paar Jahren verlagert.

Die meiste Zeit verbringt Höfer nicht mehr mit der Pflege und dem Ausbau seines Archivs, sondern damit, Honorare einzuklagen. Dabei helfen ihm nicht nur klar formulierte AGBs, sondern auch der Rechtsschutz von ver.di. Eine satte fünfstellige Eurosumme sei auf diese Weise im vergangenen Jahr zusammen gekommen. Richtig freuen kann er sich trotzdem nicht. „Ich sehe als Fotograf kein Licht mehr am Horizont", so sein deprimierendes Resümee. Sein Rat an jüngere Kolleginnen und Kollegen: Sie sollten sich eine Nische suchen. „Unterwasserfotografie zum Beispiel, da könnte noch was drin sein." ■

Foto: Joe E. Roettgers

Ein guter Platz zum Fotografieren während einer Greenpeace-Aktion. Die Aktivisten hatten im Oktober 2000 die Rheinbrücke zwischen Kehl und Straßburg besetzt, über die der Castor rollen sollte.

AG Foto in der dju

Fotografinnen und Fotografen sind in der dju in ver.di organisiert. In der AG Foto engagieren sich Kolleginnen und Kollegen ehrenamtlich für die beruflichen und berufspolitischen Belange von Fotografen.
Neben Beratung und Information zu Themen der publizierenden Fotografie veranstaltet die AG Fotografentage und ist auf wichtigen Veranstaltungen der Fotojournalismusbranche präsent.

Die AG trifft sich mehrmals im Jahr und freut sich über jede Art von Beteiligung. Sprecher ist Peter Giefer, Fotograf und Journalist aus Offenbach.
Kontakt:
peter.giefer@gmx.net

„Die Webreportage verändert die Erzählform", sagt Rolf Nobel, Professor für Fotografie an der Fachhochschule Hannover. M sprach mit ihm über die Entwicklungen des Fotojournalismus. Sein Fazit: Fotografinnen und Fotografen sollten lernen, auch mit der Filmkamera umzugehen.

Auf dem Weg zur Webreportage

Rolf Nobel, Professor für Fotografie an der Fachhochschule Hannover

Foto: Insa Hagemann

Bei jeder Gelegenheit betonst Du, es gebe zu viele Fotografinnen und Fotografen. Trotzdem bildest du Fotojournalisten aus. Wie viele von ihnen finden eine adäquate Arbeit und wo kommen sie unter?

Rolf Nobel: Tatsächlich entspricht die Zahl der in Deutschland ausgebildeten Fotografinnen und Fotografen nicht dem Bedarf des Marktes. Ein Blick auf die Einkommenssituation spricht da Bände. Der Kuchen wird in immer mehr Stücke aufgeteilt und für viele Kolleginnen und Kollegen fällt nicht mehr genug ab.

Wir bilden in Hannover ja nur in dem sehr engen Segment des Fotojournalismus aus und ich glaube, dass wir unsere Studierenden in jeder Beziehung sehr gut auf diese Berufsrealität vorbereiten. Das unterscheidet uns von vielen anderen Hochschulen, wo die Studierenden sehr viel offener im weiten Feld der Fotografie ausgebildet werden. Trotzdem sucht ein großer Teil von denen dann später die Betätigung in der journalistischen Fotografie.

Unsere Absolventen haben aufgrund ihrer auf Fotojournalismus konzentrierten Ausbildung einen Wettbewerbsvorteil und darin sehe ich für sie auch die Chance, sich auf dem Markt durchzusetzen. Das bestätigen auch unsere Erfahrungen mit unseren Absolventen, die zum größten Teil von der Fotografie leben können. Die meisten natürlich als Freiberufler. Einige sind aber auch als fest angestellte Bildredakteure bei Zeitungen und Zeitschriften tätig.

Immer mehr Fotografinnen und Fotografen sollen gleichzeitig Videos drehen. Denken wir bald nur noch in bewegten Bildern? Wie verändert sich die Bildsprache durch die neue Technik?

Aufgrund der rarer werdenden Seitenzahl für große Reportagen suchen Fotografinnen und Fotografen nach Alternativen, solche Reportagen zu veröffentlichen. Da bietet sich das Internet an. Gleichzeitig bietet das Medium die Möglichkeit, Bewegtbild und Ton mit der Fotografie zu kombinieren und damit eine neue Darstellungsform zu kreieren – die Webreportage. Das verändert die Erzählform, in der man jetzt sehr viel mehr filmisch erzählen muss, auch unter Berücksichtigung filmischer Dramaturgie.
Das Problem ist, dass filmische Erzählweise normalerweise nicht zur fotografischen Ausbildung gehört. Wir haben früh damit begonnen, die Webreportage in unsere Ausbildung zu integrieren. Daraus erklären sich auch die Erfolge hannoverscher Absolventen und Studenten auf diesem Feld. Gerade erst hat Uwe Martin den Deutschen Reporterpreis 2011 gewonnen, 2010 war es Felix Seuffert und Michael Hauri hat 2010 den Axel-Springer Preis gewonnen. Er und zwei Kommilitonen haben auch die zurzeit erfolgreichste deutsche Produktionsfirma für Multimedia-Reportagen gegründet, 2470media.

Foto: Hermann Haubrich

Wie wirkt sich die Verbreitung der neuen Technik wie Smartphone-Apps und Videoclips auf den Arbeitsalltag von Fotografinnen und Fotografen aus?

Die neuen Darstellungsformen verlangen den kompletteren Fotografen, der eben nicht nur mit der Fotokamera und fotografischen Erzählweisen umgehen kann, sondern auch mit filmischen. Das erfordert auch den gekonnten Umgang mit der entsprechenden Software zum Schneiden und Vertonen.

Wie stellt sich deiner Meinung nach die Medienlandschaft in zehn Jahren dar und wo bleiben da die Fotografinnen und Fotografen?

Ich glaube nicht, dass die Printmedien keine Zukunft haben. Ich glaube aber auch nicht, dass sich in absehbarer Zeit etwas an den Honoraren zum Guten verändert und sich die Zahl der langen fotografischen Erzählgeschichten in den Printmedien wieder erhöht. Von daher ist man gut aufgestellt, wenn man die Arbeit auf viele verschiedene Säulen aufbaut. Dazu gehört neben dem journalistischen Arbeiten auch die Fotografie für Unternehmen im PR-Bereich, um Webreportagen machen zu können.

Das Gespräch führte Mathias Thurm ■

Seit 2003 versucht das Fotografen-Netzwerk „Nordaufnahme“ in Bremen der Krise zu trotzen

Samba-Karneval in Bremen (oben). Das Foto von Frank Pusch erschien in mehreren Zeitungen wie „Die Welt“ oder in der „Wirtschaft Bremen“ und wurde auch im ersten Bildband „Nordaufnahme 1“ 2004 veröffentlicht.

Das Foto von Kay Michalak (rechts) ist in der Ausstellung „Imagefaktor – Das Bild der Wirtschaft“ zu sehen. Es entstand im Auftrag von Suzuki in einer Serie von Fotos und Reportagen, um Interesse für die Marke über das Produkt hinaus zu wecken.

Imagepflege statt Jammern

„Und wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründ’ ich einen Arbeitskreis.“ Was in der Politik oft nur eine billige Ausflucht ist, kann im Berufsleben durchaus nützlich sein: sich zusammenzutun, um gemeinsam eine Krise zu meistern. Das Fotografennetzwerk „Nordaufnahme“ ist ein Beispiel dafür.

Vor etwa zehn Jahren begann für manche Bremer Fotografen eine harte Zeit: *Die Welt* löste ihre Lokalredaktion auf, der Platzhirsch *Weser-Kurier* und das Anzeigenblatt *Bremer Anzeiger* setzten feste Freie vor die Tür. „Aber jammern macht keinen Sinn“, sagte sich Frank Pusch, der bis dahin viel für *Die Welt* gearbeitet hatte. „Es macht mehr Sinn zu zeigen: Wir sind noch da.“ Also schickte er Mails an andere Betroffene und lud zu einem Treffen ein. „Da kamen auf Anhieb 40 Kollegen – mehr als wir angeschrieben hatten.“

So entstand 2003 das Netzwerk „Nordaufnahme“. Heute hat es rund 50 Mitglieder, davon knapp ein Fünftel Frauen.

Seine Hauptziele: Die Profis aus Bremen und Umgebung wollen sich auch überregional einen Namen machen und dadurch neue Auftraggeber finden, aber vor allem „das Image der berufsmäßigen Fotografie stärken“, wie Pusch es ausdrückt. „Wir wollen die Autorenschaft wiedergewinnen.“ Was der 54-Jährige damit meint, schildert er an einem Beispiel: Ein Kollege fotografiert einen ganzen Tag lang für eine Zeitung ein Sportereignis. Am Ende nimmt die Redaktion aber Agenturbilder, weil die angeblich besser sind. „Es gibt fast immer irgendwo bessere Fotos“, sagt Pusch dazu. Aber die Redaktionen sollten zu ihren Auftragnehmern stehen – nach dem Motto: „Du lieferst unsere Bildsprache.“

Foto: Frank Pusch

Was also tun? Als erstes veröffentlichte die „Nordaufnahme“ 2004 einen Bildband: eine Gelegenheit für die Mitglieder, sich und ihre Arbeiten vorzustellen. Pusch: „Wir haben davon tausend Stück bundesweit an Bildredakteure und Agenturen verschickt, um zu zeigen: Auch in Nordwestdeutschland gibt es renommierte Fotografen. Wir sind kein fotografisch unterbelichtetes Flachland. *Focus* oder *Stern* müssen also nicht extra Leute von außen anreisen lassen, sondern können auf Profis mit guten Ortskenntnissen zurückgreifen. Wer dafür nicht in den Bildband schauen will, findet die meisten von ihnen auf der gemeinsamen Internetseite.

Authentische Bilder aus der Wirtschaft. Zwei weitere Bildbände folgten – und seit 2006 auch regelmäßige Ausstellungen. Die mittlerweile vierte, die gerade in Bremen läuft, nennt sich „Imagefaktor – Das Bild der Wirtschaft“. 26 Mitglieder sind hier mit eigenen PR- oder Werbefotos vertreten. Sie wollen deutlich machen, dass sie nicht nur gute Bilder liefern, sondern Auftraggebern auch beratend zur Seite stehen. Zum Beispiel würde Pusch für eine wahrhaftige Firmenkommunikation keine Arbeiter im Blaumann mit Bügelfalten aufnehmen. „Bei uns“, verspricht der „Nordaufnahme“-Sprecher, „bekommt der Kunde authentische Bilder aus seiner Firma“ – und nicht womöglich immer dieselben Models aus billigen Internetportalen. Die Mehrheit der Mitglieder, schätzt Pusch, arbeitet nicht oder nicht mehr im Fotojournalismus, sondern konzentriert sich auf Wirtschafts- oder Kunstfotografie. Denn die Medien zahlen einfach zu schlecht. „Selbst Agenturfotografen müssen nebenbei noch andere Aufträge übernehmen“, weiß Pusch. Auch er fotografiert kaum noch für Zeitungen, sondern macht vor allem Imagebilder für Unternehmen oder für die Bremer Handelskammer.

Kann er PR-Aufträge denn mit seinem journalistischen Gewissen vereinbaren? „Ich kann zum Beispiel der Handelskammerzeitung nicht von Haus aus unterstellen, dass sie Fakten umbiegt“, sagt er. Wie andere Blätter habe eben auch sie ihre Sicht der Dinge. Viel schlimmer sei es, wenn Zeitungen ihre Bildquellen verschleierten, zum Beispiel wenn sie einen Bericht über eine Bilanzpressekonferenz mit Firmenfotos illustrierten, ohne dies kenntlich zu machen.

Auch Christine Henke hat bei PR-Aufträgen keine Bauchschmerzen. „Ich suche mir Projekte aus, die inhaltlich nicht problematisch sind“, sagt die 50-Jährige, die zum Beispiel für Altersheime, eine Anwaltskanzlei oder eine freie Theatergruppe fotografiert.

Foto: Kay Michalak

Kollegialer Austausch. Henke sucht bei der „Nordaufnahme“ vor allem den kollegialen Austausch, „denn Fotografieren an sich ist ja ein relativ einsamer Job“. Manchmal leiht sie sich selten genutzte Objektive oder Lampen aus. Am meisten Spaß machen ihr die gemeinsamen Ausstellungen. Sie vorzubereiten oder neue Bücher zu planen, sind die Anlässe, zu denen sich die Mitglieder am ehesten treffen. Regelmäßige Versammlungen gibt es ansonsten nicht, auch keine festen Mitgliederbeiträge, nur Umlagen von Zeit zu Zeit, wenn wieder etwas finanziert werden muss.

Hat sich der Aufwand bisher gelohnt? Auf jeden Fall, findet Pusch. „Wir müssen wieder als Fotografen einen Namen bekommen. Da sind wir noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg.“ Und: Früher haben sich die Mitglieder als Einzelkämpfer verstanden. „Das hat sich dramatisch geändert.“ Jetzt reichen sie sich sogar gegenseitig Aufträge weiter.

Eckhard Stengel ■

Imagefaktor – Das Bild der Wirtschaft

Das Fotografen-Netzwerk „Nordaufnahme“ zeigt noch bis zum 9. April im Bremer „Wilhelm Wagenfeld Haus – Design im Zentrum“ die Ausstellung „Imagefaktor – Das Bild der Wirtschaft“.
Am Beispiel von 33 Exponaten wird die Rolle der professionellen Wirtschaftsfotografie erläutert. Beispielhaft wird der Prozess von der ersten Idee bis zum fertigen Bild dargestellt. Ergänzt werden die aktuellen Arbeiten durch einen historischen Teil, der die Geschichte der Wirtschaftsfotografie in der Bremer Region darstellt.
Der Kurator dieses Teils der Ausstellung Fritz Haase, ehemals Professor an der Hochschule für Künste Bremen, zeigt hier eigene Arbeiten. Zum Rahmenprogramm gehören Vorträge und Diskussionsveranstaltungen etwa über Bilddatenbanken (28.2.), „Magie der Lichtführung“ (6.3.) oder Fotorecht (20.3.).

Bedeutsame Übernahmen auf dem deutschen Zeitungsmarkt 2011

Mehr Medienmacht für Wenige

Bis Ende 2010 war die Mediengruppe Pressedruck ein weithin unbekannter regionaler Zeitungsverlag im bayerischen Schwaben. Inzwischen gehört sie zur Bundesliga der Branche, denn sie hat 2011 dem Holtzbrinck-Konzern die *Main-Post* in Würzburg und den *Südkurier* in Konstanz abgekauft. Im selben Jahr wechselten die *Märkische Allgemeine* in Potsdam und der *Remscheider General-Anzeiger* ganz sowie das *Westfalen-Blatt* in Bielefeld teilweise den Eigentümer. Es war wieder viel los auf dem deutschen Zeitungsmarkt.

Zeitungen sind zwar ein „altes" Medium, sie genießen aber hohes Ansehen. Einer Studie vom November 2011 zufolge haben Jugendliche auf die Frage, welchem Medium sie bei widersprüchlicher Berichterstattung am ehesten trauen würden, zu 40 Prozent die Tageszeitung genannt. Das Fernsehen kam mit 29 Prozent auf Platz zwei, dem Internet vertrauten nur 14 Prozent.

Das hohe Ansehen der Zeitung nützt den Verlagen aber wenig, denn die Zahl der Leser und der Käufer sinkt, besonders beim jüngeren Publikum. Zwischen 1991 und 2011 ist die verkaufte Auflage von 27,3 auf 18,8 Millionen gesunken. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Neue Medien, soziologische Veränderungen (weniger lokale Bindungen), sinkende Einkommen und andere Faktoren spielen zusammen. Gegen diesen Trend haben die Verlage bislang kein Mittel gefunden.

Hinzu kommt ein schrumpfendes Anzeigengeschäft. Vorbei sind die Zeiten, als die *FAZ* (im Jahr 2000) rund 80 Prozent ihrer Einnahmen über Reklame erzielte und im Geld schwamm. Zur Jahrtausendwende hatten sich die Abonnementszeitungen durchschnittlich zu 54 Prozent aus Werbung finanziert, 2010 nur noch zu 40 Prozent.

Keine Frage: Die Zeitungsverlage stehen wirtschaftlich unter Druck. Das heißt freilich nicht, dass sie auch Verluste schreiben. Zwar hatte es 2009 bei einigen überregionalen Blättern, wie der *Süddeutschen Zeitung (SZ)*, der *Frankfurter Allgemeinen (FAZ)* und der *Frankfurter Rundschau (FR)* rote Zahlen gegeben, aber außer der *FR* sind alle längst wieder über dem Berg. Bestes Beispiel ist die *Bild-Zeitung*: Deren Auflage ist seit 1998 von 4,5 Millionen auf 2,7 Millionen gesunken. Trotzdem ist sie hoch profitabel, unter anderem weil im gleichen Zeitraum der Stückpreis von 30 auf 70 Cent gestiegen ist. Auch mit den meisten anderen Zeitungen wird reichlich Geld verdient.

Aufstieg der Regionalverlage. Bis zum Untergang der DDR gab es in Deutschland nur einen Zeitungskonzern, der bundesweit agierte: Axel Springer mit *Bild* und *Welt*. Daneben existierten regionale Großverlage wie M. DuMont Schauberg (MDS), VG von Holtzbrinck, Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ-Gruppe), Südwestdeutsche Medienholding (SWMH) sowie unabhängige überregionale Zeitungen (z. B. *FAZ, SZ, FR*). Nach 1989 verschleuderte die Treuhandanstalt die DDR-Zeitungen. Dadurch bekamen Regionalverlage die Gelegenheit, über ihr Verbreitungsgebiet hinaus zu expandieren. Außerdem traten Zeitschriftenverlage (Bauer, Burda, Gruner+Jahr) auf den Zeitungsmarkt.

Im Sommer 2000 platzte die Internet- und Medienblase, was zu schrumpfenden Werbeetats führte. Etliche Zeitungsverlage kamen ins Trudeln. Was folgte, war ein Feuerwerk an Sparideen, vorrangig beim Personal und speziell in den Redaktionen: Tarifflucht, Ausgliederung, Redaktionsgemeinschaften, Schließung von Redaktionen und Büros, Abbau von Personal und von journalistischen Standards. Dazu kam eine Welle von Übernahmen von und Beteiligungen an Zeitungsverlagen. Die spektakulärsten Fälle waren:

- 2001 die Übernahme der *Hessisch-Niedersächsische Allgemeinen* durch Ippen.
- 2002 der Verkauf des Berliner Zeitungsverlags von Gruner+Jahr (G+J) an Holtzbrinck, dann 2005 an Mecom und 2009 an MDS.
- 2003 und 2007 die schrittweise Übernahme des Süddeutschen Verlags durch die SWMH.

© Gina Sanders - Fotolia.com

- 2004/06 die Übernahme der *FR* durch die SPD-Holding DDVG und MDS.
- 2005 der Verkauf der *Schweriner Volkszeitung* durch Burda an den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag.
- 2007 die Übernahme der *Braunschweiger Zeitung* durch die WAZ-Gruppe und die Übernahme des *Schwarzwälder Boten* durch die SWMH.
- 2009 der Verkauf mehrerer Regionalzeitungsbeteiligungen von Springer an Madsack
- 2011 der Verkauf der *Main-Post* und der Mehrheit am *Südkurier* durch Holtzbrinck an Pressedruck und der Verkauf der *Märkischen Allgemeinen* durch die FAZ-Gruppe an Madsack.

Im Ergebnis sieht der Zeitungsmarkt heute anders aus als vor 20 Jahren. Zwar steht Axel Springer weiterhin mit Abstand an der Spitze, seine Dominanz beschränkt sich aber auf das Segment der Boulevardzeitungen. Ansonsten ist er ein Regionalverlag in Hamburg und Berlin, der sich eine überregionale Abozeitung (*Die Welt*) leistet. Gleichzeitig haben sich mehrere regionale Zeitungsgruppen (SWMH, MDS, Madsack, Ippen, Pressedruck) zu überregionalen Konzernen aufgeschwungen. Die SWMH bildet außerdem zusammen mit der Neuen Pressegesellschaft in Ulm und der Medien-Union in Ludwigshafen ein Verlagskonglomerat (Südwest-Gruppe). Die WAZ-Gruppe, bis 2006 noch der zweitgrößte Zeitungsverlag, verliert Marktanteile. Holtzbrinck ist dabei, sich ganz aus dem Zeitungsgeschäft zu verabschieden.

Der deutsche Zeitungsmarkt Anfang 2011

Überregionale Konzerne	8
Andere Verlage	59
Zeitungsunternehmen gesamt	67
Zeitungen mit Vollredaktion	133
Zeitungsausgaben	1.509

Quelle: BDVZ, Zeitungen 2011/12; eigene Recherchen

Marktanteile bei Zeitungen in Prozent

	1991	2006	2010
Axel Springer	23,9	22,5	19,6
5 Größte	41,6	41,3	43,7
10 Größte	54,4	55,7	58,1

Quelle: Horst Röper in Media Perspektiven 5/2010, S. 222

Das deutsche Zeitungskapital bleibt unter sich: Übernahmen und Beteiligungen erfolgen ausschließlich durch andere Verlage. Zwei Versuche ausländischer Konzerne, auf dem deutschen Markt Fuß zu fassen, sind gescheitert: 1999/2000 wollte der norwegische Schibstedt-Verlag seine Gratiszeitung *20 Minuten* im Raum Köln und später bundesweit einführen. Das verhinderten MDS und Springer gemeinsam im „Kölner Zeitungskrieg". Nach 2005 wollte der britische Finanzinvestor Mecom einen neuen Zeitungsverlag (die BV Deutsche Medienholding) schaffen. Er scheiterte 2009 an finanziellen Schwierigkeiten.

Die Vielfalt trügt. Axel Springer hat Anfang 2011 fast ein Fünftel der Auflage von Tageszeitungen verkauft, die zehn größten Verlage kamen auf fast 60 Prozent. Seither dürfte sich deren Anteil noch gesteigert haben. Bei der Boulevardpresse, die wegen ihres Kampagnenjournalismus politisch besonders brisant ist, liefert Springer 80 Prozent der Gesamtauflage, vor allem wegen der *Bild-Zeitung* (2,9 Millionen Auflage, knapp zehn Millionen Leser). MDS deckt weitere 8,5 Prozent ab, den Rest teilen sich Ippen, die Abendzeitung und G+J. (Vgl. Grafik „Deutscher Zeitungsmarkt 2011")
Trotzdem: Wenn man die Statistik des Zeitungsverlegerverbands BDZV betrachtet, dann sieht es so aus, als sei der Zeitungsmarkt recht vielfältig strukturiert. 2011 hatte es 347 Verlage gegeben. Zwar waren es 1995 noch 381 – ein Rückgang um 8,9 Prozent – aber immerhin. Doch diese Zahl ist trügerisch, denn viele Zeitungen übernehmen ihren „Mantel" (Politik-, Kultur- und Wirtschaftsseiten) von anderen Blättern. Die Zahl der Vollredaktionen, die alle wesentlichen Teile der Zeitung selbst erstellen („publizistische Einheiten") beträgt nur noch 133. Und auch das gilt nicht mehr durchgängig, seit Konzernverlage Zentralredaktionen oder Ressortgemeinschaften für mehrere Zeitungen eingeführt haben.

Je genauer man hinsieht, desto dünner wird die Suppe. Die 133 Zeitungen mit eigener Vollredaktion sind teilweise nur de jure unabhängig, nicht de facto. Als z. B. die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Rundschau* aufgekauft wurden, blieben sie zwar als eigenständige Verlage erhalten. In Wirklichkeit wurden sie aber Bestandteile von Konzernen (der SWMH bzw. von MDS und DDVG) und in deren Geschäftspolitik eingebunden. (Vgl. Grafik „Marktanteile")

Berücksichtigt man diese Strukturen, dann bleiben acht überregionale Zeitungskonzerne (Springer, Südwest-Gruppe, Madsack, WAZ-Gruppe, MDS, Ippen, DDVG und seit 2011 die Mediengruppe Pressedruck). Sie verkaufen zusammen rund 57 Prozent der Gesamtauflage. Die restlichen 43 Prozent kommen von 59 regionalen und lokalen Verlagen, die häufig in ihrem Verbreitungsgebiet mächtig sind (z. B. der Verlag Nürnberger Presse, die Rheinische Post oder der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag). Alle 67 Zeitungsunternehmen zusammen produzieren 133 Zeitungen mit eigener Vollredaktion und rund 1.500 regionalen oder lokalen Ausgaben. Wobei „mit eigener Vollredaktion" nicht mehr ausschließt, dass Teile der Zeitung von einer Gemeinschaftsredaktion geliefert werden.

Immerhin: 67 unterschiedliche Zeitungsverlage sind nicht wenig. Diese relative Vielfalt gilt aber nur für Westdeutschland. In den fünf neuen Bundesländern gibt es keinen einzigen Verlag in einheimischem Besitz. Gerade mal 16 eigenständige Zeitungen (mit diversen Ablegern und Lokalausgaben) erscheinen dort. Davon gehören je drei zu Madsack und zur WAZ-Gruppe, je zwei zur SWMH und zur Medien-Union (die beide miteinander verflochten sind), die übrigen sechs zu anderen westdeutschen Verlagen.

Übernahmen: Das Tempo beschleunigt sich. Seit 2000 sind mehr als 40 Fälle bekannt geworden, in denen Zeitungen ganz oder teilweise aufgekauft oder weiterverkauft worden sind. Das alles war möglich, obwohl es in Deutschland ein spezielles Fusionskontrollrecht für Presseerzeugnisse gibt. Nur in wenigen Fällen hat das Bundeskartellamt (BKA) die Übernahme von Zeitungsverlagen verhindert. Trotzdem fordern die Verleger seit Jahren eine Aufweichung der Regeln. Sie fanden schon bei Kanzler Schröder ein offenes Ohr, bei Kanzlerin Merkel ein noch offeneres. Die Bundesregierung hat im Herbst 2011 einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Würde er Gesetz, dann darf als sicher gelten, dass sich die Zentralisation

des Zeitungskapitals weiter beschleunigt. (Auf den Entwurf wurde in „M“ 12/2011 ausführlich eingegangen.)

Ein ähnlicher Effekt könnte von einem Urteil ausgehen, das demnächst vom Bundesgerichtshof zu erwarten ist. Dort geht es darum, dass das BKA der Medien-Union (*Südwest-Presse*) verboten hat, das *Haller Tagblatt* zu kaufen. Das BKA hat bisher in allen Instanzen verloren und auch beim BGH sieht es nicht gut aus. Kern des Verfahrens ist die Frage, ob Nachbarverlage potentielle Wettbewerber sind. Das BKA bejaht das. Sollte dieses Argument entfallen, dann würden einige Altfälle neu aufgerollt, und es könnten künftig kleinere Zeitungen leichter an benachbarte Großverlage verkauft werden. Die reiben sich schon die Hände. Es käme auch den Wünschen vieler Eigentümer entgegen, denn die Erben der Altverleger haben nicht selten andere Lebensplanungen, als den elterlichen Betrieb fortzuführen.

Die Folgen liegen auf der Hand: Mehr Macht für die Großverlage, weniger Vielfalt. Die Konzerne haben den Reiz von Gemeinschaftsredaktionen und Ausgliederungen erkannt. Jede neu erworbene Zeitung wird in solche Strukturen gepresst werden. Der Abbau von Arbeitsplätzen und von Gehaltsstandards betrifft zuerst die unmittelbar Betroffenen, darüber hinaus – weil die Zahl der verfügbaren Stellen sinkt – alle Redakteure und Journalisten.

Bei den Lesern muss sich das nicht gleich bemerkbar machen, mittelfristig aber schon. Wenn die Redaktionen ausgedünnt werden, leidet die Qualität der Berichterstattung. Wenn Lokal- und Regionalredaktionen geschlossen werden, braucht man das Blatt irgendwann nicht mehr. Noch hat die Zeitung als Gattung zwei Pluspunkte: ihren Glaubwürdigkeitsbonus und die lokale Verankerung. Regionalfernsehen, Lokalradio und lokale Onlineportale können sie bislang nicht ersetzen. Die Verleger sind dabei, diese Vorteile aufs Spiel zu setzen. Im Ergebnis könnte die wirtschaftliche Grundlage der Zeitungen insgesamt ins Rutschen kommen.

Ausweg durch das Netz? Ob das Internet einen Ausweg bietet, ist ungewiss. Wenn überhaupt, dann werden die Großverlage wirtschaftlich erfolgreich sein.

Die Verlagerung des Geschäfts ins Internet wird den Druck auf die kleineren Zeitungsverlage erhöhen. Derzeit ist Axel Springer am aktivsten. In der Rangliste der Nachrichtenportale besetzt er mit *bild.de* und *welt.de* die Plätze eins und vier. Die publizistische und politische Macht des Konzerns wird dadurch noch größer (zumal er auch der drittgrößte Zeitschriftenverlag ist).

Nutzerzahlen allein bedeuten aber noch keine Erlöse. Nach wie vor fehlt ein überzeugendes Geschäftsmodell für Zeitungsverlage im Internet. Es ist bisher nirgends gelungen, die Kosten eines Medienportals auch nur näherungsweise über Abogebühren hereinzuholen. Auch nicht in den USA: Rupert Murdoch zahlte 2011 bei *The Daily*, der ersten nur fürs iPad entwickelten Tageszeitung, mindestens 40 Millionen Dollar drauf.

Überhaupt das iPad: Auf den neuen „intelligenten“ Handys und Tablet-Rechnern ruhen viele Hoffnungen der Verleger. Es sieht so aus, als wäre hier die Bereitschaft der Nutzer, für Inhalte zu bezahlen, höher als im stationären Internet. Axel Springer investiert viel. *bild.de* wurde Anfang 2011 für Smartphones und Tablets kostenpflichtig gemacht, musste aber Ende des Jahres wieder freigeschaltet werden. Trotzdem setzen Springer ebenso wie andere Verlage (*SZ, FAZ, FR*) weiter auf diesen Markt. Nur hat der den Nachteil, dass die Gerätehersteller die Hand aufhalten. Apple verlangt bei Verkäufen über Apps 30 Prozent des Verkaufsumsatzes und weigert sich, die Kundendaten an die Verlage herauszugeben. Dieser Machtkampf ist noch längst nicht entschieden. Die Verlage führen ihn auch nicht, sie reiten lieber Angriffe auf die „Tagesschau-App“ der ARD, die ihnen angeblich das Geschäft verdirbt.

Vielleicht setzt sich aber auch ein anderes Geschäftsmodell durch. Holtzbrinck praktiziert es derzeit am konsequentesten: der Kauf oder die Gründung von Plattformen für Versandhandel, Preisvergleich, Wohnungsvermittlung oder Karriereförderung – mit dem Ziel, sie profitabel weiterzuverkaufen. Aus dem digitalen Verleger wird ein Portfolio-Manager. Das kann allerdings schnell in die Hose gehen, wie Holtzbrinck gerade bei „StudiVZ“ erleben muss.

Gert Hautsch ■

ZAK beanstandet Werbeverstöße

Mehr Informationen:

http://www.mebucom.de/news/medienpolitik/34-Zulassungen-20-Beanstandungen-drei-Untersagungen-3028

Die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) hat im Jahr 2011 im bundesweiten privaten Rundfunk insgesamt mehr als 100 Aufsichts- und Zulassungs-Verfahren sowie Plattformanzeigen behandelt. Sie beanstandete insgesamt 20 Rechtsverstöße und sprach drei Untersagungen aus. Im Bereich Werbung betraf das Schleichwerbung, die Missachtung des Trennungsgebots bzw. die Kennzeichnungspflicht oder unzulässige Produktplatzierung. Kritisiert wurde in fünf Fällen die unerlaubte Werbung für Glücksspiel, dreimal wurde diese untersagt. Wiederholt stellte die ZAK klar, dass eine gut sichtbare Kennzeichnung von Werbung und ihre klare Trennung vom Programm unerlässlich seien. Anlässe waren dafür unter anderem die so genannten „Move-Splits“, die verschiedene Programmveranstalter zeigten. Als „Move-Splits“ werden Werbeeinblendungen an einer beliebigen Stelle des Bildschirms bezeichnet, auf die die Kamera zoomt, bis die Werbung Bildschirm füllend zu sehen ist. „Move-Splits“ sind grundsätzlich zulässig.

Auf die deutliche Kennzeichnung kommt es auch bei Produktplatzierung an. Eine Schwerpunktanalyse im Auftrag der ZAK zeigte ein Jahr nach Einführung dieser neuen Werbemöglichkeit, dass die Programmveranstalter davon zunächst noch verhalten Gebrauch machten. Dabei hielten sie sich ganz überwiegend an die gesetzlichen Vorgaben. **Red.** ■

Medienpolitischer Meilenstein

Ab 2013 ein Haushalt, ein Rundfunkbeitrag – keine Gebührenerhöhung

Grünes Licht für die Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkfinanzierung: Nachdem alle Länderparlamente zugestimmt haben, kann die neue Gebührenregelung ab 2013 in Kraft treten. Die von der Finanzkommission KEF empfohlene Nullrunde wirft jedoch Fragen auf.

Künftig keine Kontrollen mehr

Die Nordlichter votierten zuletzt. Im Dezember billigte auch der Kieler Landtag den nach jahrelanger Debatte paraphierten neuen 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Damit kommt es ab 2013 hierzulande zu einer wichtigen rundfunkpolitischen Zäsur. Künftig gilt für alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik die Regel: ein Haushalt, ein Rundfunkbeitrag. Diese so genannte Haushaltsabgabe löst das bisherige System der gerätebezogenen Gebühr ab.

ver.di hatte sich von Anfang an für diese Neuordnung der Rundfunkfinanzierung stark gemacht. Denn „durch die stetig fortschreitende Konvergenz ist die bisherige geräteabhängig erhobene Rundfunkgebühr längst an ihre Umsetzungsgrenzen gelangt“, heißt es in einer Stellungnahme der Gewerkschaft, in der exemplarisch an die teilweise absurden Streitigkeiten um die Gebührenpflicht für neuartige Rundfunkgeräte („PC-Gebühr“, Smartphones, etc.) erinnert wird. Solchem Unsinn werde mit der neuen Haushaltsabgabe ein Riegel vorgeschoben. Die neue Form der Rundfunkfinanzierung, so ver.di, dürfe allerdings „nicht zu Lasten der öffentlich-rechtlichen Anstalten gehen“. Das künftige Beitragsaufkommen müsse „daran gemessen werden, dass es aufkommensneutral ist und die Anstalten weiterhin in die Lage versetzt, ihrem Auftrag nachzukommen“.

Ob diese Bedingungen erfüllt werden, erscheint nach der Publikation des jüngsten Berichts der „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“ (KEF) zumindest zweifelhaft. In ihrem 18. Bericht empfiehlt die KEF erstmals eine Gebühren-Nullrunde, das heißt, eine vorläufige Beibehaltung des Monatsbeitrags von 17,98 Euro. Sie begründet dies mit der „großen Unsicherheit infolge der Umstellung des Finanzierungssystems“, die „eine verlässliche Prognose der Erträge“ nicht zulasse. Wahr daran ist zumindest, dass eine seriöse Schätzung der Einnahmen aus der neuen Haushaltsabgabe allgemein als schwierig erachtet wird. Die Ankündigung der KEF, die Auswirkungen der Gebührenumstellung in ihrem nächsten Bericht zu berücksichtigen, dürfte allerdings für ARD, ZDF und Deutschlandradio nur ein schwacher Trost sein. Zwar hatten die Sender von sich aus zunächst keine Erhöhung der Gebühr gefordert. Sie gehen intern von einigen Hunderttausend zusätzlichen Zahlern bis Ende 2016 aus, was die laufenden Kostensteigerungen in der neuen Gebührenperiode kompensieren könnte.

Wie auch in früheren Perioden üblich, hatten die Sender ihren finanziellen Mehrbedarf für den Zeitraum 2013 – 2016 bei der KEF angemeldet. Wie üblich, hatte die Kommission von diesem Mehrbedarf nur einen Teil anerkannt: in diesem Fall von 1,4 Milliarden Euro nur den bescheidenen Anteil von 304 Millionen Euro. Diese Mehrkosten müssten eigentlich laut KEF die neue Haushaltsabgabe um 18,35 Cent monatlich steigen lassen. Die von der KEF empfohlene Nullrunde bedeutet aber, dass sich ARD, ZDF und Deutschlandradio vorerst mit einem ungedeckten Finanzbedarf von mehr als 1 Milliarde Euro abfinden müssen. Für ver.di ist diese Vorgehensweise nur dann „gerechtfertigt, solange zeitnah nach dem vollzogenen Gebührenumstieg der Finanzbedarf der Anstalten wieder berücksichtigt wird“. Zugleich fordert die Gewerkschaft, dass die Anstalten „künftig in stärkerer Eigenverantwortung entscheiden können müssen, wie und an welchen Stellen sie die von der KEF auferlegten Sparvorgaben umsetzen“. Hintergrund dieser Forderung sind recht forsche Streichungen der Kommission bei den Personalmitteln der Anstalten, um 42 Millionen bei der ARD, gar um 75 Millionen beim ZDF. Für ver.di steht dies im Widerspruch zur Programmautonomie der Anstalten, denn Personaleinsparungen können sich auch auf das Programm auswirken.

Günter Herkel ■

Wichtigste Neuerungen

Zur Erinnerung die wichtigsten Neuerungen einer Regelung, die Kurt Beck, der Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, als „medienpolitischen Meilenstein“ bezeichnete.

- Anders als bisher wird fortan der neue Rundfunkbeitrag nicht mehr von jeder Person und für jedes Empfangsgerät erhoben. An ihre Stelle tritt eine Abgabe, die von jedem Haushalt und jedem Betrieb entrichtet wird. Sie soll vorerst die Höhe der bisherigen Gebühr von 17,98 Euro pro Monat nicht überschreiten.
- Die Differenzierung zwischen Grund- und Fernsehgebühr und damit zwischen TV, Radio, Handy und PC wird aufgehoben.
- Die Haushaltsabgabe ist unabhängig davon, wie viele Personen wie viele Empfangsgeräte nutzen. Anders als bisher müssen Kinder mit eigenem Einkommen, die noch bei ihren Eltern leben, keine zusätzliche Gebühr zahlen.
- Andererseits werden auch Haushaltsvorstände, die bislang – wie glaubhaft auch immer – völlige TV-Abstinenz geltend machten, künftig mit dem vollen Beitrag zur Kasse gebeten.
- Für Zweit- oder Ferienwohnungen soll ein Drittel der Haushaltspauschale erhoben werden. Im nicht-privaten Bereich gilt künftig eine Betriebsstättenabgabe, deren Höhe nach der Mitarbeiterzahl gestaffelt ist.
- Auch für jedes nicht privat genutzte Auto wird ein Drittel der Abgabe fällig.
- Für privat genutzte Arbeitszimmer – etwa von freien Journalisten – muss kein extra Rundfunkbeitrag bezahlt werden.

Mehr Informationen unter:

http://medien-kunst-industrie.verdi.de/bundesfachbereich/archiv/rundfunkgebuehr

Fotos: Tüspion: Dan Race / Schild: Tom-Hanisch.de beide Fotolia.com

Schnittstellen im zehnten Jahr

LiMA – Medien neu denken und neu Gedachtes ausprobieren

In diesem Jahr heißt das Zauberwort „Schnittstellen", zu englisch „interfaces". Die Linke Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz – kurz LiMA – findet zum neunten Mal statt. Erstmals in den Häusern der Technischen Universität Berlin und der Universität der Künste, also zentral, mittendrin, anregend.

Seit die LiMA auf Erfolgskurs ist, neigen die Veranstalter ein wenig dazu, den Zahlen die größte Beweiskraft zu unterstellen: Über 200 Podiumsdiskussionen, Werkstätten, Workshops, Kurse, Trainings, mehr als 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und über 100 Dozentinnen und Dozentinnen sollen es werden. Der Stolz und die Freude über diese beachtliche Vorab-Bilanz lässt sich verstehen, wenn man sich an die erste Medienakademie im Jahr 2002 erinnert, zu der gerade mal zwölf Menschen kamen. Das gleicht schon fast einer Tellerwäscher-Geschichte, wenn bei einem aufklärerischen Projekt wie diesem ein solcher Vergleich gestattet ist.

Der Titel LiMA ist immer Programm – so auch in diesem Jahr. Er baut auf die These, dass nur an Schnittstellen echter Dialog entsteht, nur Schnittstellen es vermögen, das vermeintlich Gegensätzliche zu verbinden und echte Lösungen hervorzubringen. Als Arbeitsgrundlage ist das tauglich.

In gewisser Weise ist die LiMA von Beginn an selbst eine Schnittstelle – versucht sie doch Medienschaffende, die sich in dieser Gesellschaft im großen und weiten Sinn links verorten, zu vernetzen und zugleich die analoge mit der digitalen Welt zu verbinden. Das Miteinander des Verschiedenen kann auf dem Kongress und zwischen den Kongressen auf den zahlreichen regionalen Veranstaltungen der LiMA geübt werden. Das Internet hat dabei eine besondere Rolle inne: Nicht nur, weil es dem Begriff Kollaboration nach und nach seine negative Bedeutung stiehlt, indem es als Plattform die Kollaboration zur Handlungsmaxime erhebt. Sondern auch, weil es als freier Raum der Meinungs- und Willensbildung Möglichkeiten eröffnet, Medien neu zu denken und neu Gedachtes auszuprobieren.

Betrachtet man die LiMA als Gesamtkonferenz, entwickelten sich in den letzten Jahren große Subkonferenzen dazu: LiMAcampus, LiMAdigital und LiMA-unioncamp. Alle drei sind Angebote zum Diskutieren, Lernen, Vernetzen.

LiMA Linke Medienakademie

Das unioncamp bietet zum dritten Mal aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern die Möglichkeit, in Workshops, Seminaren und Werkstätten zu lernen, wie man sich vernetzt, moderne Medien für Gewerkschaftsarbeit nutzt und gewerkschaftliches Engagement qualifiziert. ver.di und die Mitgliederzeitungen „ver.di PUBLIK" und „M – Menschen Machen Medien" sind wieder Partner der LiMA.

Kathrin Gerlof ■

Renaissance der Solidarität

Gewerkschafter fühlen sich bei der LiMA gut aufgehoben

Eine Mitstreiterin der LiMA ist Renate Angstmann-Koch, Redakteurin beim *Schwäbischen Tagblatt*, Tübingerin, stellvertretendes Mitglied im dju-Bundesvorstand und erfahrene Tarifverhandlerin im Auftrag der Gewerkschaft. „M" sprach mit ihr darüber, warum LiMA und Gewerkschaft so gut miteinander können.

Auf den ersten Blick passen die altehrwürdige Institution Gewerkschaft und ein alternativer Medienkongress, der sich mit der digitalen Gesellschaft befasst, nicht so recht zusammen.

Als ich das erste Mal von der LiMA hörte, dachte ich: Ich bin zwar nicht die Zielgruppe, aber das klingt interessant. Also habe ich eine Mail geschickt und gefragt:

Foto: Erich Sommer

Habt Ihr Verwendung für mich? Und sie hatten. Ich habe zwei Workshops angeboten – zum politischen Lokaljournalismus und zur Sozialberichterstattung im Lokaljournalismus.

Und, wie ist das angekommen?

Ehrlich gesagt, ich hatte noch nie ein solch interessiertes, begeisterungsfähiges Publikum. Das hat unglaublich viel Spaß gemacht und ermutigt. Inzwischen war ich zwei Mal bei der LiMA, werde in diesem Jahr wieder dabei sein und habe auch zwei Mal die LiMA regional in Stuttgart mitorganisiert.

Also passen Gewerkschaft und Linke Medienakademie tatsächlich zusammen?

Ich finde, wir sind bei der LiMA gut aufgehoben. Es geht um unabhängige, kritische Medien, es geht um Qualität, um Verantwortung, um Vernetzung und Handwerk. Alles Sachen, die uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter interessieren.

Außerdem finde ich gut, dass sich bei dem Kongress Profis und Amateure, Ältere und Jüngere, Lernende und Lehrende treffen. Aber eben nicht nur das – sie wechseln auch die Rollen. Wer in der einen Veranstaltung etwas lernt, bringt in der nächsten anderen etwas bei. Oder bietet im darauffolgenden Jahr selbst ein Seminar oder einen Workshop an. Das ist gut. Auch wenn dann nicht immer alles reibungslos und perfekt klappt. Ein wenig Chaos gehört zur LiMA, zumal sie bisher weitgehend von Ehrenamtlichen organisiert wird. Das liegt am Grundkonzept, das eher offen als starr, eher experimentell als feuerfest erprobt ist. Und mit den Podiumsdiskussionen und verschiedenen Veranstaltungsformen wird dies alles noch in einen gesellschaftlichen Rahmen gestellt. Damit ist die LiMA sozusagen ein lernendes System geblieben. Und das ist gut.

Das unioncamp trägt den mutigen Titel „Renaissance der Solidarität". Mutig, weil er zum einen konstatiert, dass die Solidarität fast oder ganz verschwunden war aus unserem Leben. Und weil er die Hoffnung ausspricht, dass Solidarität nun doch wieder im Kommen ist.

Ja, der Mut ist angebracht. Bewegungen wie Occupy wehren sich gegen diese Entsolidarisierung. Wir als dju wollen über unsere Tarifauseinandersetzung des vergangenen Jahres an den Tageszeitungen berichten. Über die Ansage der Kolleginnen und Kollegen „Nach uns die Sintflut? Von wegen!". Die künftigen Medienschaffenden sollten bis zu 25 Prozent Einbußen hinnehmen müssen. Aber dazu wäre es nur gekommen, wenn wir uns nicht solidarisiert hätten. Nicht nur untereinander, sondern auch mit denen, die nach uns einsteigen und Zeitung machen werden. Online oder analog. Und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hält die Keynote an diesem Tag.

Worüber soll beim unioncamp noch diskutiert werden?

Wir wollen auf dem unioncamp über Rahmenbedingungen journalistischen Arbeitens reden. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen werden außertariflich bezahlt. Technisch kann man heute Zeitung mit wenigen Leuten und ein paar Handgriffen machen. Das sagt aber noch nichts über die Qualität der Inhalte, denn Qualität braucht gute Leute, viel Know How, solides handwerkliches Können und Zeit für Recherche. Wir halten als dju – in der Zwitterrolle, Gewerkschaft und Berufsverband zugleich zu sein – die Rolle des Journalismus hoch, weil er das Gemeinwesen mitprägt und mitgestaltet, weil es ohne Pressefreiheit keine Demokratie gibt. Wir sind auch in beiden Rollen bei der LiMA gefragt. Es geht um anspruchsvollen Journalismus - kritisch, unabhängig, aufklärerisch und fortschrittlich. Mit diesen Begriffen und der Vorstellung von einem anwaltschaftlichen, engagierten Journalismus hinterlege ich das Vorhaben „Linke Medienakademie", und damit kann ich mich gut identifizieren.

Warum bietest du auch in diesem Jahr einen Workshop zum Thema „Sozialberichterstattung im Lokalen" an?

Dieser Workshop ist sehr beliebt und er ist wichtig. Mein Ansatz ist: Es gibt regelmäßig Hetzkampagnen – gegen Arbeitslose, Wohnungslose, Menschen, die um Asyl ersuchen. Wenn es politisch passt, werden sie stigmatisiert, für faul erklärt, zu Schmarotzern stilisiert.

Der Lokaljournalismus kann, wenn er gut und seriös gemacht wird, dagegen halten. In einer Gesellschaft, die sich immer stärker spaltet, nehmen viele die Lebenswirklichkeit der Menschen außerhalb ihres eigenen Umfelds nicht wahr, übersehen etwa Armut oder die Verzweiflung von Menschen, die keine anständig bezahlte Arbeit finden. Guter Journalismus kann helfen, über die tatsächlichen Verhältnisse aufzuklären. Lokale Medien sind deshalb dafür so gut geeignet, weil sie eine hohe Glaubwürdigkeit besitzen. Ihre Behauptungen sind für die Leser oder Hörer schnell überprüfbar. Außerdem interessieren sich die Leute in der Regel besonders stark für das Geschehen direkt vor ihrer Haustür.

Und was ist die Basis guter, aufklärerischer Texte?

Man muss Quellen checken, darf sich nicht auf Pressemitteilungen verlassen. Man muss Zahlen nennen, aber vor allem auch konkrete Menschen ins Blatt bringen. Guter Lokaljournalismus arbeitet gegen aufkommende Neiddebatten und trägt zu der Überzeugung bei, dass man Menschen nicht stigmatisieren und herabsetzen darf.

Ich rede also in dem Workshop auch darüber, wie wichtig es ist, für die Recherche glaubwürdige Verbindungen zu suchen, seriöse Netzwerke zu knüpfen. Mit Hilfsorganisationen, Sozialorganisationen, Kirchen.

Wo siehst du künftig eurer Engagement bei der LiMA?

Für uns als dju bietet die LiMA die Chance, mit künftigen hauptberuflichen Journalisten ins Gespräch zu kommen, aber auch mit ehrenamtlichen, die bloggen, Websites unterhalten, Stadtteilblätter herausgeben oder alternatives Radio machen, weil sie mit den klassischen Medien unzufrieden sind. Bei der LiMA stellen wir also auch die Entwicklungen der Branche und unsere eigene Arbeit zur Diskussion.

Das unioncamp dient vor allem der Vernetzung und der Debatte über die gewerkschaftliche Praxis. Wir wollen über die Medienbranche hinaus die veränderten Bedingungen von Arbeitskämpfen diskutieren. Und bei der Podiumsdiskussion „Renaissance der Solidarität" werden wir präsent sein und uns als Partnerin der LiMA einbringen. Ich hoffe, dass das LiMA-unioncamp wächst und sich weiter etabliert.

Das Gespräch führte Kathrin Gerlof ■

Infos

- Die LiMA „Schnittstellen /// interfaces" findet vom 21. bis 25. März 2012 in Berlin statt.
- Veranstaltungsorte: TU Berlin und UdK Berlin, Straße des 17. Juni 135 in 10623 Berlin.
- Die Teilnahme wird als Bildungsurlaub anerkannt.
- Die LiMAarena bündelt Podien, Fachvorträge, Ausstellungen, Theater, Networking und cometogether.
- In der LiMAWerkstatt werden mehr als 200 workshops angeboten. Sie decken alle Themenfelder der Medienpolitik und der praktischen Arbeit ab.
- Das LiMAunioncamp findet am 23. März statt und beginnt um 10 Uhr mit der Keynote von Frank Bsirkse.
- Anmeldung und Tickets: http://www.lima12.de Unter „Partner Tickets" findet man die ermäßigten Karten verschiedener Kategorien für ver.di-Mitglieder.

Der lange Schatten von Stuttgart21 oder ...

Wie viel Pressefreiheit darf es sein?

„Dass so viele Leute zu einer Veranstaltung zum Thema Pressefreiheit kommen, hätte ich nicht gedacht." So der Mainzer Fernsehjournalist Uli Röhm vor über 400 Menschen im überfüllten großen Saal des Stuttgarter Gewerkschaftshauses bei einer von der dju Baden-Württemberg organisierten Veranstaltung.

Das Interesse war wohl auch deshalb so groß, weil viele Besucher in den Folgetagen einen massiven Polizeieinsatz gegen Demonstranten und Blockierer am Stuttgarter Hauptbahnhof befürchtet hatten und dabei eine Einschränkung der freien Berichterstattung. Denn die Polizei hatte einigen wenigen Journalisten „embedded journalism" angeboten. Andere sollten nicht vom Ort des Geschehens berichten dürfen. „Der Begriff embedded journalism erinnert an den Irak-Krieg", sagt Uli Röhm von ver.di im ZDF. Als Journalistengewerkschaft lehne ver.di diese Art von Bevormundung prinzipiell ab. „Es könne nicht angehen, dass das Polizeipräsidium einigen Kollegen die exklusive Berichterstattung garantiert und die anderen in eine Bericht-Zone zweiter Klasse verweisen will", ergänzt Renate Angstmann-Koch vom Landesvorstand der dju. Eingebetteter Journalismus widerspreche Artikel 5 des Grundgesetzes. Auch nach immer noch gültigen „Verhaltensgrundsätzen für Presse / Rundfunk und Polizei", die die Innenminister 1993 beschlossen hatten, müssten Medien „aus unmittelbarer Kenntnis und Beobachtung" berichten dürfen, so die Redakteurin des *Schwäbischen Tagblatts*.

Die Proteste der Journalisten und ihrer Gewerkschaft fruchteten nur teilweise. So sah sich das Polizeipräsidium veranlasst, die Zahl der „Eingebundenen" zu erhöhen. Die gemeinsamen Stunden im Polizeibett selbst waren dann eher belanglos. Pressefotograf Jo Röttgers fasst sein Exklusiverlebnis so zusammen: „Warten, warten, warten." Zuletzt durften die Medienleute zusammen mit einer Hundertschaft zum Einsatzort am Südflügel des Bahnhofs laufen, dem Ort, auf den es ankam. Denn dort versuchten Stuttgart21-Gegner mit einer Blockade zu verhindern, dass ein Bauzaun errichtet wird.

dju kritisiert „embedded journalism". „Damit endete der Einsatz als eingebetteter Reporter", berichtet Sandro Mattioli von der *Kontext:Wochenzeitung*. „Denn auf dem zu räumenden Gebiet konnten sich alle Journalisten frei bewegen." Erst Stunden später forderte ein Polizist Kameraleute und Fotografen auf, das Gelände zu verlassen: „Sie haben sich hier lange genug aufhalten dürfen." Oder: „Sie sind nicht akkreditiert; sie sind kein Pressemann."

Foto: Joe E. Roettgers

Mit Linienbussen werden bayerische Bereitschaftspolizisten zur Räumung der Straße vor dem Südflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs gefahren. Und die Bahn wirbt für ihre Sparpreise!

Hintergrund: Im September 2010 waren im Schlossgarten gleich neben dem Hauptbahnhof bei einer gewaltsamen Räumung mehrere hundert Demonstranten gegen Stuttgart21verletzt worden; der Ingenieur Dieter Wagner hatte durch einen Strahl aus dem Wasserwerfer sein Augenlicht verloren. Mittlerweile haben der Polizeipräsident und die Regierung gewechselt. Dem schwarzen Stefan Mappus folgte der grüne Winfried Kretschmann, der eine neue Politik des „Gehört-Werdens" verkündet hat. Doch weder sein neuer Innenminister Reinhold Gall (SPD) noch Polizeipräsident Thomas Züfle sind der Einladung der dju gefolgt, bei ihrer Veranstaltung über Pressefreiheit zu sprechen.

Der baden-württembergische ver.di-Mediensekretär Gerhard Manthey hat Züfle und seinem Pressesprecher Stefan Keilbach die Kritik des dju-Landesvorstands nochmals in einem Schreiben erläutert. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass ver.di jedem dju-Kollegen Rechtsschutz geben wird, wenn er nachweislich an der freien Berufsausübung gehindert werde. Begrüßt hat Manthey die Absicht des Polizeichefs, ausgewählte Vertreter neuer Medien wie hauptberuflich tätige Journalisten zu behandeln. Gemeint sind vor allem die Kamera-Leute der Gruppe CamS21, die ihre Aufnahmen über das Internet live verbreiten.

Kameras beschlagnahmt. Kristian Frank, der Rechtsanwalt der Live-Streamer, muss sich zurzeit aber mit einem anderen Fall eingeschränkter Pressefreiheit beschäftigten. Die Polizei, so berichtete er bei der Veranstaltung im Gewerkschaftshaus, habe letztes Jahr Festplatten, Kameras und Rechner der Bildreporter beschlagnahmt. Man werfe ihnen schweren Landesfriedensbruch vor: Sie hatten über die mehrstündige Besetzung eines eingezäunten Baugeländes berichtet, an der sich mehrere 1.000 Menschen beteiligt hatten. Mit einem ähnlichen Problem musste sich Rechtsanwalt Martin Heiming herumschlagen. Er vertrat Pressefotografen, die 2010 die kurzzeitige Besetzung des Nordflügels beobachtet hatten. Die Polizei hatte sie mehrere Stunden lang festgehalten und an der Ausübung ihres Berufes gehindert. Die Verfahren wegen Hausfriedensbruchs sind mittlerweile eingestellt.

Die Medienrechtlerin Stefanie Brum berichtete über einen Video-Clip zur Volksabstimmung über Stuttgart21, dessen Verbreitung das Landgericht per Einstweiliger Verfügung auf Antrag von Arbeitgeberchef Dieter Hundt untersagt hatte. Auch dies sei ein Angriff auf die Meinungsfreiheit gewesen, erklärte Walter Sittler, der in dem 40-Sekunden-Spot auftrat. Der Schauspieler sah sich darin die Arbeitgeber-Werbung im Kino an und kommentierte sie. Für Dieter Hundts Anwalt eine Verletzung des Urheberrechts. Stefanie Brum dagegen berief sich auf das Zitatrecht. Das Verfahren wurde nach der Volksabstimmung eingestellt. Die Arbeitgeber übernahmen die Kosten.

Kurz vor Redaktionsschluss hat die Polizei weitere Einsätze rund um den Stuttgarter Bahnhof angekündigt. Wieder soll sondiert werden: „Maximal zwölf Medienvertreter können aus organisatorischen Gründen den Polizeieinsatz eingebunden begleiten." Wegen der „Übersicht der Einsatzkräfte" sollen diese Reporter farbige Westen tragen.

Hermann G. Abmayr ■

Foto: Ch. v. Polentz / transitfoto.de

ver.di FilmUnion präsentierte Sozialstudie in Berlin

Abgedreht und abgelehnt

„Unter dem Titel „Abgedreht und abgelehnt" hat die ver.di FilmUnion die Befragungsergebnisse einer Sozialstudie unter Film- und Fernsehschaffenden am 24. Januar in Berlin präsentiert und nötige Änderungen in der Arbeitslosenversicherung mit Fachpolitikern der Bundestagsfraktionen vor 120 Betroffenen aus der Filmbranche zur Sprache gebracht.

Nur 5,5 Prozent der Befragten erhielten Arbeitslosengeld 1 nach der verkürzten Anwartschaftszeit. Über zwei Drittel der gestellten Anträge wurde abgelehnt, weil der Anteil der Anwartschaftstage aus kurzen Beschäftigungen bis zu 6 Wochen Dauer zu gering war oder die Verdienstgrenze von 30.240 € pro Jahr überschritten wurde. Daher sind 41 Prozent der Befragten auf öffentliche oder private Transferzahlungen angewiesen (M berichtete in 12/2011: „Viele Anträge abgelehnt").

„Diese Umfrage innerhalb der Medienschaffenden besitzt eine übergeordnete Relevanz. Denn die Kreativwirtschaft ist der Prototyp für zukünftige Beschäftigungsverhältnisse im ganzen Land und in vielen Sparten", verdeutlichte die Verfasserin der Studie, Prof. Dr. Andrea D. Bührmann, die Brisanz der Ergebnisse. In der Wissenschaft, bei den Leiharbeitern, bis hin zu den Erntehelfern gebe es immer mehr lediglich projektbezogene, kurzfristig Beschäftigte, die Regelung über die verkürzte Anwartschaft gelte für diese genauso wie für Kreative.

Die Vertreter aller Parteien verkündeten, dass es eine Neuregelung geben werde „noch vor dem 31. August diesen Jahres", versprach Gitta Connemann von der CDU. Uneinigkeit herrschte über einige inhaltliche Fragen. So war kein Konsens darüber zu erreichen, wie lange die Befristungsdauer sein sollte, 10, 12 oder sogar 13 Wochen, ob die Jahresendgeldgrenze angehoben, oder das Sozialsystem sogar komplett umgekrempelt werden müsse. **Christoph Brandl** ■

Anzeige

8. Journalistenpreis
„Bezahlen mit Karte im Alltag"

1. Preis: 5.000 €, 2. Preis: 3.000 €, 3. Preis: 2.000 €

S-CARD Service
DSV Gruppe
Deutscher Sparkassenverlag

Die S-CARD Service, ein Tochterunternehmen des Deutschen Sparkassenverlags, vergibt zum achten Mal einen Journalistenpreis zum Thema „Bezahlen mit Karte im Alltag". Einsendeschluss für Ihre Beiträge ist der 15.03.2012. Weitere Informationen: **www.scard.de/presseforum**

Gewerkschaften gewannen viele Prozesse für freie Journalisten

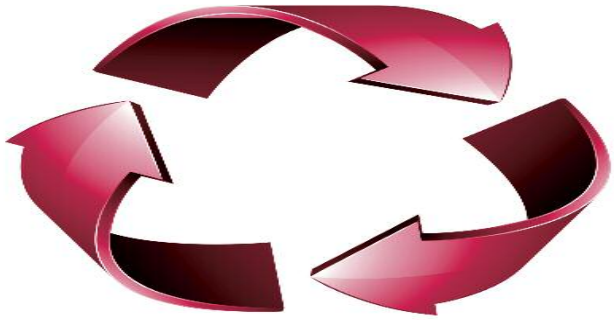


Abb: Beboy / Fotolia.com

Erfolgreich gegen Buy-out-Verträge

Erfolgreich abgewehrt – dafür steht das Jahr 2011 gleich zweifach. Mit Streiks und anderen Aktionen konnten Journalistinnen und Journalisten ihre Verleger stoppen, die angetreten waren, die Redakteurseinkommen kräftig und dauerhaft zu kürzen. Nicht weniger effektiv war der „juristische Abwehrkampf" gegen Buy-out-Verträge, die freie Text- und Bildjournalisten um ihre Rechte bringen.

Auch auf diesem Feld agieren die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di und der Deutsche Journalisten-Verband gemeinsam – im Jahr 2011 besonders erfolgreich. Nach Springer- und Zeit-Verlag ergingen positive Gerichtsentscheidungen gegen Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) weiterer namhafter Medienunternehmen – Bauer und Gruner+Jahr, WAZ und Süddeutsche Zeitung, Südkurier und Ruhr Nachrichten, Nordkurier und Braunschweiger Zeitung sowie kurz vor Jahresende noch gegen die Mittelbadische Presse.

Am 12. Januar 2012 wurde erstmals vor dem Bundesgerichtshof verhandelt. Es ging um die „Honorarbedingungen (Text / Bild) für freie Journalistinnen und Journalisten" der Axel Springer AG. Als der Konzern diese AGB im Januar 2007 an die Freien seiner Zeitungen und Zeitschriften verschickte, hatte dies einen wahren Proteststurm ausgelöst. Das lag an seiner Bedeutung in der bundesdeutschen Medienlandschaft und der Anzahl der betroffenen Freien, an der weitreichenden Rechteeinräumung zum pauschalen Ersthonorar und nicht zuletzt daran, dass ein Vertreter des Springer-Konzerns direkt an den Verhandlungen über gemeinsame Vergütungsregeln beteiligt war.

Springer 2007: Blick zurück im Zorn. Richtig verständlich wird die damalige Empörung aber erst, wenn man noch einmal zehn, zwölf Jahre weiter zurückblickt. Vom Internet als neuem Informationsmedium erhofften sich natürlich auch die freien Journalistinnen und Journalisten in den 1990er Jahren eine neue Erlösquelle. Stattdessen mussten sie die Erfahrung machen, dass Zeitungs- und Zeitschriftenverlage ihre Artikel und Fotos online stellten, ohne sie dafür zu bezahlen. Dasselbe geschah mit CD-Roms oder Pressedatenbanken, ohne Genehmigung der Urheber, also illegal.

Später begannen die Verlage, sich in „Verträgen über freie Mitarbeit" einen umfangreichen Katalog an digitalen Nutzungsrechten abtreten zu lassen, meist gegen ein – selten erhöhtes – Pauschalhonorar. Oft wurden diese Rechtekataloge auch auf herkömmliche Medien ausgeweitet. Die zusätzliche Honorierung für den Zweitabdruck entfiel, die eigene Mehrfachverwertung in anderen Medien wurde verhindert. Seitdem hat sich die wirtschaftliche Lage der freien Journalistinnen und Fotografen dramatisch verschlechtert.

Diese Praxis der Verlage führte nicht nur zu Unmut und Gegenwehr, sondern auch zu gesetzgeberischen Initiativen, die kräftig befördert unter anderem von der damaligen IG Medien schließlich in der Reform des Urhebervertragsrechts mündeten. Durchgesetzt wurde das „Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern" gegen den massiven Widerstand der Medienkonzerne und ihre Lobbyarbeit unter Einsatz von vielen Millionen Euro.

Urhebervertragsrecht brachte die Reform. Seit dem 1. Juli 2002 steht im Urheberrechtsgesetz der Leitsatz (§ 11, Satz 2 UrhG): Das Urheberrecht „dient zugleich der Sicherung einer angemessenen Vergütung für die Nutzung des Werkes." Die Reform hat die vertragliche Rechtsstellung der Urheber entscheidend verbessert. Zwar wurde der Anspruch auf eine „angemessene Vergütung" im Gesetz nicht so klar und durchsetzungsstark geregelt, wie die Urhebervereinigungen es gefordert hatten, doch der neue Leitsatz gilt für alle Regelungen im Urheberrecht wie auch bei den Vereinbarungen der Urheber mit ihren Vertragspartnern.

Dies wirkt sich insbesondere bei der Möglichkeit der gerichtlichen AGB-Kontrolle aus, für die „das Prinzip der angemessenen Vergütung als wesentlicher Grundgedanke des Urheberrechts" – wie es in der Gesetzesbegründung heißt – heranzuziehen ist. Erst auf dieser neuen gesetzlichen Grundlage sind die Gerichtserfolge der Gewerkschaften gegen Verlags-AGB möglich geworden. Außerdem gelang es, einen anderen wesentlichen Punkt im Gesetz zu verankern: Verbände von Urhebern und Verwertern können gemeinsame Vergütungsregeln aufstellen, also Kollektivvereinbarungen für freie Urheber. Die Verhandlungen mit den Verbänden der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger über Vergütungsregeln wurden von der dju in ver.di und dem DJV Anfang 2003 aufgenommen, ein Abschluss für Tageszeitungen bekanntlich aber erst nach sieben Jahren erreicht.

Nach der langen Auseinandersetzung um die Urheberrechtsreform war es ruhiger geworden um die Verlags-AGB. Zum einen waren sie in nicht wenigen Verlagen bereits vorher eingeführt worden, zum anderen erhoffte man sich durch die neuen rechtlichen Möglichkeiten die Vereinbarung einer Branchenregelung. Nach vier Jahren Verhandlungen über gemeinsame Vergütungsregeln brachte der Springer-Konzern nun aber seine neuen AGB in Umlauf. Das führte zum Knall.

Als alle gemeinsam von dju, DJV und der Fotografenvereinigung FreeLens getragenen Proteste den

Verlage ließen sich vertraglich nahezu alle Nutzungsrechte abtreten, gegen ein – selten erhöhtes – Pauschalhonorar. Die zusätzliche Honorierung für einen Zweitabdruck entfiel, ebenso wie die eigene Mehrfachverwertung in anderen Medien.

Konzern nicht zur Rücknahme bewegen konnten und der Springer-Vorstandsvorsitzende Döpfner eine gemeinsame Aufforderung, die neuen Honorarbedingungen bis zum Abschluss der Vergütungsregeln auszusetzen, zurückwies, wurde im März 2007 eine einstweilige Verfügung beantragt.

Pauschales Honorar nichtig. Die erste Verbandsklage gegen Verlags-AGB brachte bereits mit dem ersten Urteil des Landgerichts Berlin im Juni 2007 einen Erfolg in einem zentralen Punkt, den Pauschalabgeltungsklauseln. Der Kern aller Buy-out-Vereinbarungen, „Ein Honorar für alle denkbaren Nutzungen“, wurde für unrechtsmäßig erklärt.

Dass die Freien an der Mehrfachnutzung ihrer Beiträge wirtschaftlich zu beteiligen sind und eine Abgeltung mit einem einmaligem Honorar nicht zulässig ist, entschieden danach auch alle anderen zu dieser Frage von den Journalistengewerkschaften angerufenen Gerichte. Durchgängig sind in den ergangenen Urteilen solche Klauseln für unwirksam und nichtig erklärt worden – mittlerweile auch von Oberlandesgerichten in Hamburg, Berlin, München, Hamm (AGB der *Ruhr Nachrichten*) und Karlsruhe (*AGB Südkurier*).

Bei Verlagen, bei denen die Einführung von Buy-out-AGB zunächst am Widerstand der Freien und ihrer Gewerkschaften gescheitert war, so bei der *Süddeutschen Zeitung* 2001 und der *Zeit* 2007, führten ihre späteren Versuche „nachzuziehen“ nun zum gerichtlichen Verbot. Der Zeitverlag kassierte ein entsprechendes Urteil im Juni 2010, die *SZ* im April 2011.

Abb: G.G. Lattek / Fotolia.com

Selbst in der Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof am 12. Januar verfing der Versuch des Springer-Anwalts, noch einen höchstrichterlichen Umschwung zu bewirken, nicht. „Angesichts der schwachen Stellung des Urhebers ist es nicht realistisch“, entgegnete der Vorsitzende Richter des I. Zivilsenats, Joachim Bornkamp, dass ein freier Journalist nachträglich eine Vertragsanpassung verlangen werde. Es sei gerade dieser „Schutzgedanke, bei dem die AGB-Kontrolle ansetzen kann.“

Das Verfahren gegen Springer ist mittlerweile zum langwierigsten AGB-Prozess geworden. Zwar wurde dem Medienkonzern auch im Hauptsacheverfahren vom LG Berlin im Dezember 2008 die Verwendung wesentlicher Teile seiner umstrittenen AGB-Klauseln untersagt, doch gingen beide Seiten in die Berufung.

Für die Gewerkschaftsseite hat sich das ausgezahlt. Im Urteil vom März 2010 ging das Kammergericht Berlin zugunsten der Freien noch über das Landgericht hinaus. Für unzulässig erklärte wurde, dass die Nutzung auch durch Dritte erfolgen und die Nutzungsrechte auch ohne Zustimmung der Urheber weiter übertragen werden könnten. Auch eine Regelung, nach der bei einer werblichen Nutzung der Beiträge eine Vergütung gesondert vereinbart werden kann, aber nicht muss, darf der Verlag nicht weiter nutzen. Gleiches gilt für den Passus, dass bei fehlender Urhebernennung keine gesonderten Ansprüche der Journalisten entstehen.

Anders als das Landgericht untersagte das Kammergericht außerdem die Verwendung einer Abschlagstaffel bei mehreren Fotos aus einer Produktion. Gekippt wurden auch alle Regelungen zu „Ausfallhonoraren“. Insgesamt sind zahlreiche Klauseln vom Verbot betroffen, so dass bereits wesentliche Teile der AGB der Axel Springer AG nicht mehr verwendet werden können.

Globale Rechteabtretung widerspricht Vertragszweck. Das Urteil des Kammergerichts hat allerdings aus gewerkschaftlicher Sicht einen entscheidenden Makel. Die nahezu vollständige Abtretung aller Nutzungsrechte an den Verlag wurde von den Berliner Richtern nicht untersagt. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofs von 1982, nach dem auch umfängliche Rechtseinräumungsklauseln, wenn die Rechte einzeln aufgeführt werden, nicht im Rahmen der AGB-Kontrolle angreifbar sind.

Erstmals hatte das Oberlandesgericht Hamburg in seinem Urteil vom Juni 2011 im Verfügungsverfahren gegen Bauer Achat mit dieser alten BGH-Rechtsprechung gebrochen und Rechtseinräumungsklauseln, nach denen praktisch kein Nutzungsrecht mehr beim Urheber zurückbleibt, für unwirksam erklärt. Die Entscheidung des OLG, dass die auch als „Zweckübertragungstheorie“ bezeichnete Regelung des Urheberrechts (§ 31 Abs. 5 UrhG) zumindest seit der Urhe-

dju-Broschüre und AGB-Urteile online

Eine Zwischenbilanz zu den AGB-Prozessen hat die dju in einer neuen Veröffentlichung gezogen. Die 28-seitige Broschüre „Buy-out-Verträge stoppen - Fair Pay für freien Journalismus. Gewerkschaftsprozesse gegen die AGB von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen“ soll auch als Arbeitsmaterial für die gewerkschaftliche und juristische Praxis genutzt werden. Die PDF-Broschüre (700 kB) und die wichtigsten Gerichtsentscheidungen zu Verlags-AGB stehen zum kostenlosen Download auf der dju-Webseite zu den Vergütungsregeln bereit:

https://dju.verdi.de/freie_journalisten/verlags-agb

bervertragsrechtsreform von 2002 einer globalen Rechteübertragung in AGB entgegensteht, bestätigt die langjährige Rechtsauffassung der Journalistengewerkschaften – ein Erfolg auch für ihren Rechtsvertreter in den AGB-Prozessen, Prof. Dr. Christian Donle, der seine Doktorarbeit zur „Bedeutung des § 31 UrhG für das Urhebervertragsrecht" bereits 1993 veröffentlicht hatte.

Dieser Rechtsprechung des OLG Hamburg hatten sich im zweiten Halbjahr 2011 mehrere Landgerichte angeschlossen, so das LG Hamburg in seinem Urteil zu den AGB der G+J Wirtschaftsmedien und das LG Braunschweig im Urteil zur *Braunschweiger Zeitung*. Im November folgte das LG Bochum in seiner Entscheidung über die Vereinbarung des WAZ Fotopools für freie Fotografen und zuletzt auch das LG Mannheim im Urteil zur Mittelbadischen Presse (Reiff Verlag), das im Übrigen zeigt, dass erfolgreich auch gegen knappste, aber nicht weniger verheerende AGB auf Abrechnungsformularen vorgegangen werden kann. Ob der BGH das auch so sieht, wird sich erst in seinem Urteil zeigen, das am 4. April 2012 verkündet werden soll.

Foto: privat

Rechtsanwalt Christian Donle: „Wir haben wirklich eine Menge erreicht." Verlage verzichten mittlerweile „freiwillig" auf unzulässige Klauseln oder lassen es zumindest nicht erst auf ein Urteil ankommen.

„Knebelbedingungen" untersagt. Das Verfahren gegen die Achat KG – eine der vielen Töchter der Bauer Media Group, in der Frauenzeitschriften wie *bella* erscheinen – war von dju und DJV bereits im Juli 2009 eingeleitet worden, nachdem FreeLens mit einer einstweiligen Verfügung nur gegen wenige Passagen der Fotografen-AGB vorgegangen war. Das Hamburger OLG-Urteil hingegen untersagt die Verwendung von insgesamt sieben AGB-Klauseln. Der Bauer-Konzern hat das Urteil mittlerweile akzeptiert und nach einem Mitte 2010 geschlossenen Zwischenvergleich auch auf die AGB der Bauer-Tochter Premium übertragen.

Überhaupt ist in den AGB-Urteilen seit 2007 die Verwendung einer ganzen Reihe von Klauseln als rechtswidrig untersagt worden. Darunter sind einerseits solche, in denen es um die urheberrechtlichen Nutzungsrechte geht, wie deren Übertragung an Dritte, ausschließliche Nutzungsrechte für Tageszeitungen oder Einräumung von Nutzungsrechten nach Vertragskündigung und dem Rückrufsrecht, andererseits solche zu Urheberpersönlichkeitsrechten, also die Namensnennung und das Bearbeitungsrecht. In mehreren AGB sind aber auch weitere Regelungen untersagt worden, die Freie unzulässig knebeln, etwa Wettbewerbsverbote, Klauseln zur Nichtabnahme von Beiträgen, aber auch zur Haftung oder zu verkürzten Ausschlussfristen für die Geltendmachung von Honorar- und Spesenansprüchen.

Nachdenken gefördert. „Wir haben wirklich eine Menge erreicht", sagt der Berliner Rechtsanwalt Donle. „Vor allem haben die Gerichtsentscheidungen das Nachdenken über AGB bei vielen Verlagen befördert. Das ist eine positive Entwicklung." Verlage verzichten mittlerweile „freiwillig" auf unzulässige Klauseln oder lassen es zumindest nicht erst auf ein Urteil ankommen. So willigte die WAZ in einen gerichtlichen Vergleich ein, um dann aber bei ihrem Fotopool erneut unrechtmäßige Klauseln zu verwenden, die vom LG Bochum untersagt wurden.

Ohne Prozess kam es zur Einigung bei der *Lausitzer Rundschau* und nach einer Unterlassungserklärung im Januar 2012 bei der *Celler Zeitung*. Bei Spiegel Online wird noch über die neuen AGB verhandelt. Auch der Hamburger Jahreszeiten Verlag, der bereits mit seinen Fotografen-AGB 2009 einen Proteststurm entfachte, hat seine „Rahmenvereinbarung Textproduktion" zunächst zurückgezogen, um eine Klage der Journalistengewerkschaften zu umgehen.

Rüdiger Lühr ■

Bildhonorare gehen in die Schlichtung

Abb: kaipity / Fotolia.com

Entgegen einer ersten Erklärung ist der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) doch bereit, für die Festlegung der Bildhonorare im Rahmen der gemeinsamen Vergütungsregeln für freie Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen in die vom Gesetz vorgesehene Schlichtungsstelle zu gehen.

Die Tabellen für Bildhonorare waren bei den am 1. Februar 2010 in Kraft getretenen Vergütungsregeln frei geblieben, weil eine Einigung nicht möglich war. Stattdessen gab es Empfehlungen zu angemessenen Bildhonoraren des BDZV einerseits und von dju und DJV andererseits sowie die Vereinbarung, über die Höhe der Bildhonorare 2011 erneut Verhandlungen aufzunehmen.

In der vierten Verhandlungsrunde am 29. September 2011 erklärte die Verlegerseite, dass höhere Bildhonorare als die bereits 2010 von ihrer Seite als „angemessen" empfohlenen innerhalb des BDZV nicht durchsetzbar seien. Mit der Erklärung, dass der BDZV für die Schlichtung nicht „ermächtigt" sei, wurden die Verhandlungen beendet.

Diesen Rechtsstandpunkt hält der Verlegerverband zwar aufrecht, erklärte aber am 30. November, dass er nunmehr durch die Vollmacht einzelner Verlage, die für rund zwei Drittel der Gesamtauflage stehen, zur Schlichtung „bevollmächtigt" sei. Es wird also zur Schlichtung kommen. Gleichzeitig waren für 2012 bereits in den Vergütungsregeln Gespräche über deren Umsetzung und die Honorarhöhen (Text) vereinbart worden. Bei den Zeitschriften geht es demnächst ins neunte (!) Verhandlungsjahr. Nächster Termin (der 41.) ist am 28. Februar. **lü** ■

Urteil gegen freie Fotografie

Schlösser-Stiftung darf „Knipsgebühr" erheben – Verfassungsbeschwerde geplant

Es war bisher ein jahrelanger Kampf durch mehrere Instanzen. Den Fotografen ging es um die freie Berufsausübung- der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) um ihr vermeintliches Eigentumsrecht. Das Oberlandesgericht Brandenburg hat der Stiftung Mitte Dezember Recht gegeben und die Berliner Agentur Ostkreuz auf Schadensersatz, Unterlassung und Auskunft verurteilt (AZ 5 U 13/09; AZ 5 U 14/09). Sie muss nachträgliche „Knipsgebühren" zahlen für Fotografien, die sie in den Garten-Anlagen aufgenommen hatte. SPSG soll ihrerseits für jedes Foto ihres Anwesens, für das sie Gebühren verlangt, Grundbuchauszüge vorlegen.

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di sieht in der Vorgehensweise der Stiftung einen „Angriff auf die Pressefreiheit", so Renate Gensch, stellvertretende dju-Bundesvorsitzende. Gensch spricht zudem von einer „verheerenden Signalwirkung". Das Beispiel könne Schule machen und die Arbeitsbedingungen der Fotografen dadurch weiter einschränken. „Fotografen arbeiten häufig für schlechte Honorare, müssen mit ihrer Technik ohnehin in Vorleistung treten und sollen nun auch für den Verkauf von beispielsweise Feature-Fotos eines öffentlich zugänglichen Schlossgartens umständliche Genehmigungen einholen und eine Gebühr bezahlen, die sie wahrscheinlich bei einem Foto-Abdruck nicht erstattet bekommen." Die dju hat sich daher entschlossen, gemeinsam mit den anderen Verbänden, die seit Prozessbeginn hinter Ostkreuz stehen, Verfassungsbeschwerde einzulegen. Neben der dju hatten auch der Deutsche Journalistenverband (DJV), Freelens e.V., der Verband der Fotojournalistinnen und Fotojournalisten und der Bundesverband der Pressebild-Agenturen und Bildarchive e. V. (BVPA) die Klagen von Fotografen-Agentur unterstützt.

Die Stiftung weist jegliche Vorwürfe, die Pressefreiheit einzugrenzen, von sich und sagt, dass man darauf angewiesen sei, für die Bestandspflege der Schlösser und Gärten zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Die Gebühren und Genehmigungen beträfen nur gewerbliche Fotoaufnahmen, so heißt es auch in der Klagebegründung. Aktuelle Berichterstattung sei nicht betroffen.

Doch was damit gemeint ist, ist laut Thomas Meyer, Geschäftsführer von der Agentur Ostkreuz unklar. Denn die Agentur der Fotojournalisten arbeitet auch für tagesaktuelle Medien.

Laut Alexander Koch, Geschäftsführer der BVPA, werde mit dem Urteil neben dem Urheber- ein neues Parallelrecht eingeführt. „Man braucht im Grunde genommen ein Jurastudium, um zu entscheiden, was man heute noch fotografieren darf und was nicht", sagt Koch. „Wissen Sie, wenn Sie vom Spandauer Damm aus das Schloss Charlottenburg fotografieren wollen, ob Sie da noch auf öffentlichem Grund stehen?"

Bislang konnten sich Fotografen auf die Panoramafreiheit berufen: Das Recht, urheberrechtlich geschützte Werke von öffentlich zugänglichen Wegen aus aufzunehmen. Es gebe jedoch einen Trend, Staatseigentum in Stiftungen des öffentlichen Rechtes zu überführen, die als Eigentümer aufträten und nachträglich Gebühren und Genehmigungen von den Fotografen verlangten, sagt Lutz Fischmann, Geschäftsführer von Freelens e. V. Klagen auch gegen Kollegen nähmen zu.

Das OLG Brandenburg hatte eine von der Stiftung beanstandete Eigentumsverletzung durch Ablichtungen von Ostkreuz vor fast zwei Jahren verneint und die Klage abgewiesen. Der Bundesgerichtshof (BGH) sprach in der nächsten Instanz hingegen dem Eigentümer einer Sache ein alleiniges Verwertungsrecht der Aufnahmen über seinen Besitz zu, insofern diese auf dessen Grundstück aufgenommen wurden. Er verwies die Klage an das OLG zurück, um zu klären, ob die SPSG Eigentümerin oder nur Verwalterin der Anlage sei.

Foto: Siegfried Heim

Für Christian Donle, Anwalt der Agentur Ostkreuz, ist dies bis heute nicht geklärt, „da die SPSG nur wenige Grundbuchauszüge vorgelegt hat." Dennoch werde sie in dem Urteil so behandelt, als ob sie Eigentümerin wäre.

dju und DJV sind sich einig, dass die Stiftung als Treuhänderin der Allgemeinheit kein privater Eigentümer ist. Fotojournalisten hätten einen öffentlichen Auftrag und sollten ein Zutrittsrecht zu allen öffentlichen Veranstaltungen erhalten, auch in für die Allgemeinheit zugänglichen Parks. Dies müsse in die Landespressegesetze übernommen werden, heißt es in einer DJV-Pressemitteilung.

Die Stiftung gibt sich hingegen zufrieden mit dem Urteil. Es sei ihr um eine „grundsätzliche Klärung" gegangen. Auch Ostkreuz und dem ebenfalls beklagten DVD- Anbieter geht es um ein Grundsatzurteil und zwar für eine freie Berufsausübung. Deswegen wollen sie letztendlich bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Der DVD-Anbieter war vom Gericht zwar nicht auf Schadensersatz verurteilt worden. Die Kosten des Rechtsstreites werden ihn jedoch finanziell ruinieren. „Eine Insolvenz ist für uns unvermeidlich", sagte ein Vertreter.

Die dju wird den Gang vor das Bundesverfassungsgericht gemeinsam mit den anderen Journalistenverbänden weiter unterstützen. Gensch: „Wir werden alle Rechtsmittel ausschöpfen." **Barbara Hübner** ■

Verwalter oder Schlossherr, das ist die Frage?

Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Brandenburgs, über das M aktuell berichtet, soll am Ende das Bundesverfassungsgericht entscheiden, wem erlaubt wird, im öffentlichen Park Sanssouci ohne Gebühr zu fotografieren. Wie weit darf die Pressefreiheit beschnitten werden?

Erfolgreicher Streik beim Schwarzwälder Boten

Foto: Joe E. Roettgers

August 2011: Streik der Redakteure der Tageszeitungen in Oberndorf am Neckar

Nach zähen Verhandlungen und mehr als drei Monaten Streik konnte am 20. Dezember 2011 ein Kompromiss für die Beschäftigten der Medienvermarktungs- und der Redaktionsgesellschaften beim *Schwarzwälder Boten* vereinbart werden.

Erreicht wurde ein Anerkennungs-Tarifvertrag für Mitarbeiter/innen, die bis zum 8. Dezember 2011 bei diesen Gesellschaften beschäftigt waren. Sie fallen unter die jeweiligen Angestellten- und Redakteurs-Tarifverträge, die mit dem baden-württembergischen Verleger-Verband abgeschlossen worden sind. Damit gibt es bis zum Ende der Laufzeiten zum 31. Dezember 2014 für die Angestellten und bis zum 30. April 2014 für die Redakteure die von ver.di geforderte Tarifsicherheit. Die Einigung gilt auch für Beschäftigte des *Grafikboten*.

Nicht erreicht werden konnte eine Einbeziehung von Neueingestellten ab dem jetzigen Zeitpunkt. Die Volontäre, die 2012 eingestellt werden, fallen noch unter den Anerkennungs-Tarifvertrag. Dafür haben die beschäftigten Redakteure als Kosten-Kompensation auf ihre Einmalzahlung im Februar 2013 verzichtet.

Gleichzeitig wurde vereinbart, im kommenden Jahr Tarifverhandlungen für neue Tarifverträge in den beiden Gesellschaften aufzunehmen.

„Die Kolleginnen und Kollegen beim *Schwarzwälder Boten* haben mit ihrem monatelangen Arbeitskampf ein klares Signal gegeben: Gegen Tarifflucht muss und kann man sich erfolgreich stemmen. Das Beispiel Oberndorf macht Mut auch in der Südwestdeutschen Medienholding“, sagte Leni Breymaier, Leiterin des verdi-Landesbezirks Baden-Württemberg. „95 Prozent unserer Streikziele sind erreicht. Mit den fehlenden fünf Prozent müssen wir leben. Wir wissen, dass dies ein Ergebnis unserer Geschlossenheit und unseres langen und konsequenten Streiks ist. Möglich wurde das Ergebnis auch durch die großartige Solidarität der Beschäftigten im Konzern und in der Öffentlichkeit. Allen, die unterstützt haben, gilt der Dank der Streikenden“, sagte Gerd Manthey, der Verhandlungsführer von ver.di Baden-Württemberg.

Die Verhandlungskommissionen von ver.di und des DJV haben dem Ergebnis zugestimmt. **Red.** ■

Verhandlungen bei Nordwest-Zeitung anberaumt

Im dritten Sondierungsgespräch der Gewerkschaften DJV und ver.di mit der Geschäftsführung der *Nordwest-Zeitung (NWZ)* aus Oldenburg am 1. Februar im ver.di-Haus in Berlin wurde die Aufnahme von Tarifverhandlungen vereinbart. Die erste Runde wird am 15. Februar und eine zweite am 22. März stattfinden.

Gegenstand dieses Sondierungsgespräches waren keine inhaltlichen Fragen zur Ausgestaltung eines möglichen Haustarifvertrages. Besprochen wurden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der *NWZ* und die generelle Tarifsituation im Verlags- und Redaktionsbereich. Schließlich ging es auch vor allem um die Situation der Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer der Nordwest-Personaldienstleistungen (NWP), die seit Jahren im Verlag arbeiten aber zu den Konditionen des branchenfremden Zeitarbeits-Tarifvertrags beschäftigt werden. So haben die Gewerkschaften darauf aufmerksam gemacht, dass das in der NWP und *NWZ* praktizierte Konzept zum Einsatz der Leiharbeit auch im Visier der Bundespolitik ist. In einem ersten Schritt wurde das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geändert und lässt seit dem 1. Januar 2012 den Einsatz von Leiharbeit nur noch vorübergehend zu. Und immer mehr Stimmen plädieren nun auch in der Regierungskoalition für ein „equal pay“, also die Gleichbehandlung im Einkommen von sogenannten Stammbeschäftigten und Leiharbeitnehmern.

Ein Haustarifvertrag soll die bisher noch in der NWP beschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Verlag und auch im Haustarifvertrag integrieren, darüber waren sich beide Seiten einig. Wie dies geregelt werden soll, wird nun in ergebnisoffenen Tarifverhandlungen ab Mitte Februar besprochen. **Fin** ■

Schon entdeckt

**Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt.
Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.**

Foto: Michael Vogel

Zeitschrift der Straße

Ein merkwürdiges Blatt: Mal heißt es „Sielwall", mal „Bahnhofsplatz", mal „Breitenweg". Halt, Irrtum! Der richtige Titel steht ganz klein unter den fetten Ortsbezeichnungen: „Die Zeitschrift der Straße" (ZdS). Diese Titelblattgestaltung ist nicht das einzige Besondere an der vielleicht ambitioniertesten Obdachlosenzeitschrift Deutschlands, die seit nunmehr einem Jahr in Bremen und Bremerhaven erscheint.
Obdachlose? Die ZdS nennt sie lieber Wohnungslose. In der Redaktion arbeiten sie bisher nicht mit, aber sie verkaufen das Blatt. Von zwei Euro behalten sie die Hälfte. So weit, so üblich.
Ungewöhnlich an der ersten lokalen Straßenzeitung im Zwei-Städte-Staat ist einiges andere. Initiator war ein Professor für Tourismusmanagement und Betriebswirtschaft an der (Fach-) Hochschule Bremerhaven. Michael Vogels Studierende sollten lernen, ein Magazin auf den Markt zu bringen. Vogel fand bald Mitstreiter: Die Innere Mission zum Beispiel stellte den Kontakt zu Wohnungslosen her und sammelte Spenden für das derzeit noch defizitäre Projekt ein. Die Bremer Hochschule für Künste kümmert sich um die Optik, samt opulenter neunseitiger Fotostrecke. Mit seiner kleinen Schrift ist das 48-Seiten-Blatt zwar nicht gerade lesefreundlich, aber wegen seiner anspruchsvollen Gestaltung wurde es bereits prämiiert: von der „International Society of Typographic Designers". Auch beim Wettbewerb „Generation D. Ideen für Deutschland" kassierte das Projekt eine Auszeichnung.
Für die Texte sorgen vor allem Studierende, teils aus dem Bremer Fachjournalistik-Studiengang. Einziger Profi ist Armin Simon, freier Journalist und nebenbei ZdS-Chefredakteur mit Honorarvertrag. Alle anderthalb Monate komponiert die fünf- bis zehnköpfige Redaktion ein neues Heft. Anders als der „Asphalt" aus Hannover, der auch auf Bremer Straßen verkauft wird und teils regionale, teils bundesweite Themen aktuell abhandelt, konzentriert sich die ZdS auf je eine Straße und entdeckt dort das Ungewöhnliche im Alltäglichen, meist zeitlos. Die Titel machen neugierig: „Das Knistern der Butter", eine Blindenverein-Reportage. Oder: „Seelsorger der Pforte", ein Hochhauspförtner-Interview.
Mit ihrem besonders schmalen Hochformat erinnert die ZdS an eine Speisekarte. Entsprechend regt sie den Appetit an. „Andere Straßenzeitungen werden oft aus Mitleid gekauft", meint Chefredakteur Simon. „Wir wollen so hochwertig sein, dass die Leute das Heft wegen des Inhalts kaufen." Allmählich klappt das: Bisher wurde zwar weniger als die Hälfte der 13.000 Exemplare pro Ausgabe verkauft, aber, so Simon, „die Kurve geht nach oben" – zumal auch ältere Hefte weiterhin nachgefragt werden. Denn sie sind ja zeitlos interessant.

Eckhard Stengel ■

www.zeitschrift-der-strasse.de

Harte Fronten bei 1. dpa-Tarifrunde

Mit einer inhaltlich heftigen Konfrontation haben am 25. Januar 2012 die Tarifverhandlungen für die dpa GmbH begonnen. Bei der ersten Runde in Berlin begründeten die Gewerkschaften ver.di/dju und DJV ihre Forderung nach vier Prozent mehr Gehalt für die rund 700 Beschäftigten. Die Geschäftsführung legte kein Angebot vor und sprach von einer kontraproduktiven und harten Forderung, die für das Unternehmen nicht finanzierbar sei.

Die Geschäftsführung wies auf eine anhaltend schwierige Marktlage mit einem extrem aggressiven Mitbewerber hin. Sie forderte die Tarifkommissionen von DJV und ver.di/dju auf, diese besonderen Rahmenbedingungen nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die Gewerkschafter konterten, dass sich auch die Lebensverhältnisse der Beschäftigten mit Preissteigerungen in allen Bereichen seit langem ständig verschlechterten. Der reale Lohnverlust der vergangenen Jahre müsse endlich gestoppt werden. Mit der im Vergleich zu anderen Branchen ohnehin moderaten Gehaltsforderung von vier Prozent habe man den dpa-spezifischen Gegebenheiten ohnehin schon Rechnung getragen, betonten die Vertreter von ver.di/dju und DJV. Man dürfe auch nicht vergessen, dass die Gehaltsentwicklung bei der dpa GmbH im vergangenen Jahrzehnt deutlich hinter der allgemeinen Lohnentwicklung in Deutschland zurückgeblieben sei.

DJV und ver.di/dju fordern auch eine unveränderte Fortgeltung der dpa-Manteltarifverträge. Die Tarifverhandlungen sollen Anfang März in Berlin fortgesetzt werden. PM ■

Sparen um jeden Preis bei der Eßlinger Zeitung

Noch beschäftigt die *Eßlinger Zeitung* 34 Redakteure, die Gesamtauflage (Stadt und Umgebung) stieg leicht von 44.561 (IVW 4.2010) um 1,32 Prozent auf 45.151 (IVW 4.2011) – eigentlich sollte die Welt von Verlegerin und Redaktion in Ordnung sein. Eigentlich, denn seit Wochen gärt es in der Redaktion. Ein Unternehmensberater kam ins Haus, mit dem Ergebnis, dass vier Redakteure gehen sollen. Zunächst sollten sogar fünf Stellen gestrichen werden.

„Die Verlegerin Christine Bechtle-Kobarg ließ der Redaktion über den Geschäftsführer mitteilen, dass es notwendig sei zu sparen, um die Zeitung zukunftsfähig zu machen", sagt Redakteur Klaus Harter. Dem würde sich die Redaktion prinzipiell auch gar nicht verschließen. Doch betroffen seien auch zwei junge Redakteure, deren Zeitvertrag nicht verlängert werden soll.

Die Redaktion wählte einen dreiköpfigen Sprecherrat und schrieb geschlossen einen Brief an die Verlegerin, in dem sie die Forderung des Betriebsrats unterstützen, „klare und nachweisbare Zahlen über die angestrebten Kosten- und Personaleinsparungen zu erhalten". Sie fordern außerdem, dass bis dahin die beiden jungen Kollegen weiterbeschäftigt werden. Bis Redaktionsschluss gab es noch kein Ergebnis. sil ■

„Vocer" für Medienkritik

Neues Debattenportal sieht sich als Pionier der Slow Media Bewegung

Auf große Resonanz stößt „Vocer", ein Non-Profit-Portal für „Medien.Kritik.Debatte", das am 31. Januar offiziell startete. Knapp eine Woche später haben fast 500 Facebook-Nutzer den „Gefällt mir"-Button geklickt. Medien wie das *Hamburger Abendblatt* oder der *Spiegel* würdigen das „Kursbuch für die moderne Medienwelt", wie Initiator Stephan Weichert das Internetprojekt bewirbt. Was und wer steckt hinter „Vocer"?

„Vocer begleitet die digitale Medienrevolution und analysiert kritisch die damit verbundenen sozialen und kulturellen Folgen", erklärt Stephan Weichert, Journalistik-Professor an der privaten Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation (MHMK) in Hamburg. Der 38-jährige Weichert ist wie seine engsten Mitstreiter mit digitalen Medien sozialisiert und bestens vernetzt. Ziel von „Vocer" sei es, kontroverse Debatten über Medienqualität in Deutschland anzustoßen und zusammenzuführen.

Die Stimme erheben. „Vocer" ist ein Kunstname, der seine Wurzeln im Lateinischen hat und so viel wie „die Stimme erheben" bedeuten soll. Diese Stimme wird vor allem in Medienwissenschaft und Journalismus gehört, bestätigt Redaktionsleiterin Carolin Neumann erste Eindrücke von den Portalinhalten. „Vocer" richte sich aber nicht nur an die Branche, sondern darüber hinaus an alle, die sich für die digitale Gesellschaft interessieren.

Das Portal bietet wortstarke Kolumnen wie die von NDR-Reporter Christoph Lütgert zur Causa Wulff und längere medienkritische Texte gebündelt in Dossiers zu Themen wie „Kritik der Medienkritik" oder „Medienmacher von morgen". Unter „Digitale Mediapolis" gibt es auch Interviews im Video. Die Beiträge sind Erstveröffentlichungen oder erschienen bereits bei Kooperationspartnern. So findet sich im Dossier „Der neue Journalismus" z. B. ein Essay des Hamburger Journalistikprofessors Volker Lilienthal über die „öffentlichen Vordenker", der 2010 in der Sueddeutsche.de-Reihe „Wozu noch Journalismus?" publiziert wurde. Die Reihe stellte Weichert mit Leif Kramp, einem seiner „Vocer"-Mitherausgeber, bereits mit Blick auf das Internetprojekt zusammen. Etwa die Hälfte der Texte seien Zweitveröffentlichungen, die anderen Originale, so Redaktionsleiterin Neumann.

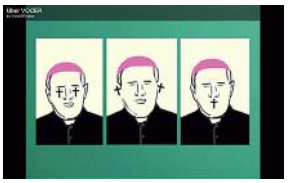
Ziel ist hintergründiges Reflektieren. Im Unterschied zu anderen Medienportalen und -blogs zielt „Vocer" nicht auf tagesaktuelle Kritik, sondern auf hintergründiges Reflektieren über journalistisches Handeln, seinen Output und die Mediennutzung in der schnelllebigen digitalen Welt. „Wir verstehen uns als einer der Pioniere der Slow Media Bewegung in Deutschland", erläutert Neumann. Slow Media entstand in den USA, gelangte über Großbritannien nach Europa und ist inzwischen auch in Deutschland angekommen.

Der Bewegung geht es um eine Entschleunigung des Journalismus, mehr Zeit und Geld für intensive Recherchen, die Medienqualität erst ermöglichen. Zwei Prominente der Slow-Media-Idee kommen bei „Vocer" zu Wort: Paul Steiger, Gründer der US-amerikanischen Organisation „Pro Publica", die mit ihrem investigativen Journalismus den Pulitzerpreis gewann und Sabria David, Mitherausgeberin des 2010 verabschiedeten Slow Media Manifests in Deutschland.

Steiger meint, ein wirtschaftlich unabhängiges Projekt wie das Redaktionsbüro „Pro Publica", das sich über Stiftungsgelder finanziert, könne auch in Deutschland funktionieren, wo es doch auch „noch ein paar Milliardäre" gebe. Aber bisher klappt das Slow-Media-Modell hierzulande nur im Kleinen: So wird die vom „Verein für ganzheitlichen Journalismus" herausgegebene Online-Zeitung *Kontext:Wochenzeitung* von Stuttgarter Bürgern getragen. Auch „Vocer" finanziert sich über Stiftungsgelder und Spenden, um unabhängig über die Medienbranche berichten zu können. Das Geld für den technischen und redaktionellen Betrieb kommt von der Stiftung Pressehaus NRZ, der Bundeszentrale für politische Bildung, Rudolf-Augstein-Stiftung und Fazit-Stiftung sowie Privatspendern. Die Summen bewegen sich wohl noch in anderen Dimensionen als in den USA. Für ihre Redaktionsleitung erhält die freie Journalistin Carolin Neumann ein Honorar, doch die zumeist renommierten und finanziell abgesicherten Autoren und Autorinnen aus Medien und Wissenschaft schreiben ohne Entgelt für „Vocer". Herausgeber Weichert meint aber, dass es bald möglich ist, die Kolumnen zu honorieren und Mittel für freie Journalisten bereitzustellen, die Rechercheaufträge übernehmen.

Medienlabor für journalistischen Nachwuchs. Träger von „Vocer" ist der gemeinnützige Verein für Medien- und Journalismuskritik (VfMJ) in Hamburg, der 2009 gegründet wurde, um Medienkritik und journalistische Nachwuchsförderung miteinander zu verbinden. So bietet „Vocer" neben der Denkfabrik auch ein Medienlabor, in dem der journalistische Nachwuchs sich ausprobieren kann. In Kooperation mit der Hamburger MHMK entstand ein Projekt zu Datenjournalismus, aus dem der Beitrag „Mundtot – Journalisten hinter Gittern" hervorging. Studierende haben die Jahresbilanz 2011 von Reporter ohne Grenzen datenjournalistisch aufgearbeitet: Ausgehend von einer Weltkarte und Länderflaggen lassen sich Hintergrundberichte und Einzelschicksale abrufen – ein nutzerfreundliches Resultat aus dem Zusammenspiel von technischen Entwicklern und Redaktion. Nun sind die Kommentare von Lesern und Leserinnen gefragt – damit das Debattenportal „Vocer" auch außerhalb des eigenen Dunstkreises Gehör findet! **Bärbel Röben** ■

www.Vocer.de



Screenshots: vocer.de

The show must go on!

BAVARIA FILM

Bavaria Studios und ver.di haben sich am 7. Dezember in der 6. Verhandlungsrunde über den Abschluss eines Sanierungstarifvertrages für die Abteilung Dekorationsbau geeinigt.

Vereinbart wurde eine Beschäftigungssicherung über 5 Jahre. Die Bühnenbauer geben dafür zwei Tage Urlaub, die Bereitschaft zu 9 Stunden unbezahlter Mehrarbeit im Monat; Streichung des Sommergeldes, Fahrgeldes, Urlaubsgeldes und eine Reduzierung des 13. Monatsgehaltes auf 87,5 %. Desweiteren sicherten die Arbeitgeber zu, dass keine Ausgliederung in ein tarifloses Tochterunternehmen stattfindet.

Mit dieser Einigung wurde ein geplanter Warnstreik abgewendet. Diese Warnstreiks hätten direkt zur Folge gehabt, dass Sendungen wie Menschen 2011, Aktenzeichen XY, Abenteuer Forschung und „Neues aus der Anstalt" nicht hätten stattfinden können oder die Produktion der Shows und TV-Sendungen deutlich gestört würden. „Die Gesellschafter ZDF und Bavaria Film GmbH haben sich erst nach einer massiven Streikandrohung bewegt", erklärte der ver.di-Gewerkschaftssekretär, Jörg Reichel, „ohne Bühne, Technik und ortskundige Bühnenbauer wären die Sendungen ausgefallen. Es wurde ein tragfähiger Kompromiss für beide Seiten vereinbart." Die Laufzeit des Sanierungstarifvertrages soll am 31. Dezember 2016 enden. Beide Tarifvertragsparteien erklärten sich bereit, 12 Monate vor Auslaufen des Tarifvertrages neue Verhandlungen aufzunehmen.

http://www.facebook.com/pages/connexxav-co-verdi/130035237079184

CinemaxX -Verhandlung kurzfristig abgesagt

Die zweite Verhandlungsrunde zwischen ver.di und der CinemaxX AG in Hamburg am 18. Januar wurde kurzfristig abgesagt. Die Arbeitgeberseite war aufgrund eines Rechtsstreits mit einem Mitglied der ver.di-Kommission nicht zu Verhandlungen bereit. Ein neuer Termin konnte für den 15. Februar vereinbart werden.

ver.di fordert die Erhöhung der Stundenentgelte um einen Euro. Servicekräfte bekommen derzeit 8 € in der Stunde. Im kommenden Jahr sollen die Vergütungen um weitere 10 Prozent steigen. Auch sollen zusätzliche Tätigkeiten in den Tarifvertrag aufgenommen und somit tariflich vergütet werden. Darüber hinaus fordert ver.di Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wie z.B. die Erhöhung des Urlaubs auf 31 Tage für alle.

Die Arbeitgeber haben bisher kein nennenswertes Angebot vorgelegt. In einem Eckpunktepapier wird u.a. von der Einführung einer Tarifgruppe für neue Servicekräfte bis zu einem Jahr Beschäftigungszeit mit abgesenkten Entgelten sowie der Schaffung einer neuen flexiblen, offen formulierten Struktur im Entgeltrahmentarifvertrag gesprochen. Das würde eine Abkehr von den bisher formulierten Berufs-/Tätigkeitsgruppen und somit eine komplette Veränderung der Tariftabelle bedeuten – kein Weg für ver.di. **Red.** ■

Anzeige

AUS- UND WEITERBILDUNG
FÜR JOURNALISTEN

Das ifp bietet 2012 folgende Seminare in München an:

- **„Achtung Studio!" - TV-Moderation für Fortgeschrittene**
  mit Sandra Quellmann, Moderatorin, WDR,
  Redaktion „Daheim und Unterwegs", Düsseldorf
  17.06.–19.06.2012
- **Live on air - Schaltentraining für TV-Reporter**
  mit Rainer Munz, Redaktionsleiter, RTL infoNetwork-Hauptstadtstudio,
  Berlin und Andreas Bachmann, Moderator, BR, München
  27.06.–29.06.2012
- **Die Geschichte hinter der Nachricht -**
  Reportage für Fortgeschrittene
  mit Holger Gertz, Reporter, Süddeutsche Zeitung, Seite 3, München
  02.09.–05.09.2012
- **Geschliffene Meinung - Kommentar für Fortgeschrittene**
  Joachim Frank, Chefkorrespondent, Mediengruppe DuMont, Köln
  09.09.–12.09.2012
- **Audio-Slideshows - Crossmedial arbeiten**
  mit Dr. Matthias Eberl, Freier Journalist, München
  12.09.–14.09.2012

Weitere Seminare im Internet. Anmeldung online möglich.

Traumberuf Journalist?

Sie haben das Talent, sich verständlich mitzuteilen. Sie sind katholisch.
Wir bieten Ihnen für Ihre Zukunft in Print, Rundfunk und Onlinemedien eine fundierte und crossmediale Ausbildung an. Als

Volontär/in in katholischen Medien

werden Sie innerhalb von zwei Jahren zum/zur Redakteur/in ausgebildet.
Das Volontariat findet in einer Stammredaktion statt (u.a. KNA, domradio, Bistumszeitungen, Onlinemedien), hinzu kommen mehrmonatige überbetriebliche Praktika bei Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Fernseh- bzw. Radiosendern.
In multimedialen Ausbildungskursen vermitteln wir Ihnen das journalistische Handwerkszeug sowie crossmediales Arbeiten. Unsere praxiserfahrenen Referenten arbeiten in renommierten Redaktionen. Nach erfolgreich absolvierter Ausbildung profitieren Sie vom Netzwerk der katholischen Journalistenschule.
Weitere Informationen finden Sie im Internet: www.ifp-kma.de.

Bewerbungsschluss:
01. März 2012

ifp Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses e.V.

Kapuzinerstraße 38, 80469 München,
Tel. 089 / 54 91 03-0 | Fax: 089 / 5 50 44 86,
E-Mail: info@ifp-kma.de | Internet: www.ifp-kma.de

Zu wenig für Popcorn

Tarifverweigerung bei Cinestar – Beschäftigte im Streik

Euro: Laurent Renault / Popcorn: LoopAll / beide Fotolia.com

Die teuerste Popcorntüte im Dortmunder Kino Cinestar kostet 6,90 Euro. Das ist mehr als viele Beschäftigte, die das Popcorn verkaufen, in einer Stunde verdienen. Der Stundenlohn für die Beschäftigten im Ticketverkauf, bei der Einlaßkontrolle und beim Gastronomieverkauf fängt bei 6,30 Euro an und steigt auch nach Ablauf der Probezeit nur auf 6,80 Euro.

„Das ist viel weniger als vergleichbare Kinounternehmen ihren Beschäftigten zahlen", rügt der ver.di-Kino-Tarifsekretär Frank Schreckenberg. Einen Tarifvertrag für die Beschäftigten gibt es bei Cinestar nicht. Die Cinestar-Gruppe weigert sich als einziger deutscher Kino-Konzern, einen Tarifvertrag anzuwenden. Damit dies nicht so bleibt, entschlossen sich die gut 100 Beschäftigten gemeinsam mit ver.di, den Arbeitgeber, der insgesamt 73 Kinos in Deutschland betreibt, zu Haustarifverhandlungen aufzufordern.

Mitte Dezember letzten Jahres kam es in Hamburg zur ersten Verhandlungsrunde der Tarifparteien. Auf die Tarifforderungen von ver.di und den Beschäftigten wenigsten 8,50 Euro für die Beschäftigten und eine Anhebung der Stundenlöhne der Filmvorführer auf mindestens 10,20 Euro statt wie jetzt 9,00 Euro wollte sich die Arbeitgeberseite nicht einlassen. Sie bot lediglich eine am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens orientierte Einmalzahlung an. „Eine solche erfolgsabhängige Zahlung ist in Managementkreisen üblich, jedoch im Niedriglohnbereich völlig absurd", fand Verhandlungsführer Schreckenberg und erklärte die Verhandlungen für gescheitert.

Seit Mitte Dezember wird gestreikt. An 27 Streiktagen waren bis zu 100 Beschäftigte vor der Tür, dazu kamen noch Kolleginnen und Kollegen vom Cinestar in Osnabrück, wo es seit Mitte November ebenfalls Streiks für einen Haustarifvertrag gibt. „Wir haben in Dortmund eine überragende Solidarität erlebt", freut sich Thomas Winzberg – im Bundesvorstand der Fachgruppe Medien für den Kinobereich zuständig und Mitglied der Verhandlungskommission. Diese Solidarität gibt es nicht nur unter den Beschäftigten, auch die Dortmunder Kinobesucher, denen auf Flyern die Hintergründe für den Arbeitskampf erklärt werden, zeigen großes Verständnis für den Streik gegen Lohndumping.

Neben den Gehaltsforderungen sollen in dem Haustarifvertrag Zuschläge für die Überstunden (25 %) und eine Jahressonderleistung in Höhe eines vollen 13. Monatsgehalts vereinbart werden. Außerdem soll es eine Besitzstandregelung geben. Und für den Fall, dass es im Cinestar Dortmund zu einer 100 prozentigen Digitalisierung kommen sollte, muss klar sein, dass dann über den Wegfall von Arbeitsplätzen der Filmvorführer ein zwingender Interessenausgleich und ein Sozialplan verhandelt wird.

Die Kinokette, an der unter anderem der australische Investor AHL beteiligt ist, hat nach inzwischen 27 Streiktagen keine Bewegung erkennen lassen. Von 2004 bis 2010 gab es für die Beschäftigten überhaupt keine Lohnerhöhung, für 2010 zwei und für 2011 drei Prozent Lohn mehr.

Frank Biermann ■

Stand der Dinge

Der Dortmunder Cinestar gehört zu den zehn besucherstärksten Kinos in Deutschland. Es bietet in 14 Sälen 3700 Besuchern Platz.

Nicht nur im Dortmunder Cinestar gibt es eine Haustarifbewegung auch in Kassel, Frankfurt und Bamberg rührt sich nach Informationen des Dortmunder Mediensekretärs Norbert Szepan etwas.

Beschäftigungssicherung für Nordsee-Zeitung

Am 2. Februar haben die Verhandlungskommission von DJV und ver.di mit der Geschäftsführung der *Nordsee-Zeitung (NZ)* eine Verlängerung des für die Redaktion geltenden Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrages vereinbart.

Damit ist bis Ende 2013 garantiert, dass kein Beschäftigungsabbau, Outsourcing oder Einsatz von Leiharbeit in der Redaktion der Nordsee-Zeitung stattfindet. Zudem wird der bestehende Stellenplan für die Kolleginnen und Kollegen in der Redaktion (Redakteurinnen und Redakteure sowie Verlagsangestellte) für den gleichen Zeitraum festgeschrieben, im Falle von Personalveränderungen finden Nachbesetzungen statt.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage der *Nordsee-Zeitung* wird abweichend vom Flächentarifvertrag eine abgesenkte Jahresleistung und Urlaubsgeld gezahlt. Doch anders als im vorhergehenden Tarifabschluss wird nun ein volles 13. Monatsgehalt gezahlt, statt der bisher vereinbarten 12,65 Gehälter. Ansonsten gelten die Flächentarifverträge für die Redaktion der *Nordsee-Zeitung* uneingeschränkt.

„Für die Kolleginnen und Kollegen in der NZ-Redaktion haben wir ein weiteres Mal die Garantie der Arbeitsplätze erreicht. Im Vergleich zum Abschluss in 2009 haben wir wegen der verbesserten Rahmenbedingungen nun volle 13 Monatsgehälter mit der Geschäftsführung vereinbaren können. Insgesamt ist dies eine faire Regelung, die den Bestand der Redaktion in Bremerhaven und die Anbindung an den Flächentarif sicherstellt", erklärten Gerda Theile (DJV) und Matthias von Fintel (ver.di) als Verhandlungsführer der Gewerkschaften.

Red. ■

„Daten, Recherchen, Geschichten“ am 24. / 25. März 2012 in Hamburg

Wie gelangt man als Journalist an Daten? Mit welchen Tools und Techniken wertet man sie aus? Wie sichert man seine Ergebnisse und Kontakte? Und wie entsteht daraus eine journalistische Geschichte?

Diesen Fragen widmet sich die Fachkonferenz des netzwerk recherche in Kooperation mit dem Henri Nannen Preis am 24. und 25. März im Verlagshaus Gruner + Jahr, Am Baumwall 11, 20459 Hamburg.

Bereits zugesagt haben u.a.: Brant Houston (USA), James Ball (Guardian), Chris Taggert (Journalist, UK), Marco Maas und Lorenz Matzat (OpenDataCity), Christina Elmer (stern), Stefan Wehrmeyer (Frag den Staat), David Schraven (WAZ), Marcus Lindemann (Autorenwerk), Paul Myers (BBC Academy of Journalism).

Details und Anmeldung

unter http://daten.netzwerk-recherche.de

Auch zur nr-Jahreskonferenz am 1./2. Juni ist die Anmeldung bereits möglich: http://jahreskonferenz.netzwerkrecherche.de

Faires Honorar für Kameraleute

Protestmarsch an „Heilige Drei Könige“ durch Münchens Innenstadt

Freie Kameraleute werden häufig mies bezahlt. Oft reicht es kaum zum Leben, für eine Altersvorsorge schon gar nicht. Deshalb fordert der Bundesverband für Kameraleute faire Honorare. Mit einer „Königs“-Aktion in München unter dem Motto „Faires Geld für Bild und Ton“ wurde diesem Ansinnen Nachdruck verliehen.

Foto: Kersten Hüttner

„Königs-Spektakel“ in München – festgehalten in Bild und Ton

Als die „Heiligen Drei Könige“ am 6. Januar durch die Münchener Innenstadt zogen, wurden sie von 80 Kameraleuten begleitet, die das Spektakel in Bild und Ton festhielten. Damit wollten der Bundesverband der Fernsehkameraleute (BVFK) und ver.di auf die Missstände bei der Berufsausübung der Medienleute aufmerksam machen. Die Aktion fand regen Zuspruch in der Öffentlichkeit. Vielen Passanten war die dramatische Lage der Kamerafrauen und -männer, die die Bilder für Nachrichten und Magazine liefern, nicht bewusst.

Weniger Gage, höhere Anforderungen. Seit 20 Jahren stagnieren oder sinken die Gagen für freiberufliche Kameraleute sowie Kameraassistenten und -assistentinnen, Zuschläge werden gestrichen und Anforderungen erhöht. Gerade für die so genannten EB-Teams, die aus Kamerafrau/-mann, Kameraassistent/in und der dazugehörigen Kameratechnik bestehen, ist es heute fast nicht mehr möglich für die eigene soziale Absicherung aufzukommen. Ein Grundproblem sind die zu knappen Budgets, die die Sender für TV-Produktionen zur Verfügung stellen. Die jahrelange Stagnation der Honorare lässt auch keinen Spielraum für Rücklagen zur Investition in HD-Technik. Gleichzeitig zwingen die Sender mit immer neuen Anforderungen nach neuer Kameratechnik und Zubehör freie Kameraleute zu regelmäßigen Investitionen in immer kürzeren Abständen. Dabei steht vielen oft nicht einmal genügend Einkommen zur Verfügung, um eine Familie zu ernähren, geschweige denn, eine Rente zu finanzieren. Altersarmut ist programmiert. Im Krankheitsfall oder bei Arbeitslosigkeit tauchen selbstständige Kameraleute in keiner Statistik auf und werden dann automatisch zu Hartz4-Empfängern.

Gemeinsam kämpfen. „Wir müssen uns endlich mit den Produzenten zusammenschließen, um gemeinsam für eine angemessene Budgetierung durch die Sender und in der Folge bessere Honorierung zu kämpfen. Damit wir mit angemessenen Honoraren, an genügend Drehtagen mit menschenwürdigen Arbeitszeiten handwerklich und inhaltlich gute Filme drehen können. Damit wir wieder von unserer Arbeit leben können“, so Stefan Nowak (ver.di FilmUnion und BVFK) in seiner flammenden Rede auf der Podiumsdiskussion im Münchner PresseClub. Sie fand im Anschluss an den Protestmarsch der „Könige“ statt mit Vertretern des BVFK, Ertunç Eren von connexx.av und Dietmar Lyssy, der dieses Thema aus Produzentensicht darstellte. Der BVFK e.V. hatte die so genannten „Freien Kameraleute“, die für das Fernsehen arbeiten, aufgefordert, im Vorfeld der Aktion für eine Buchung am 6. Januar exemplarisch 100% Feiertagszuschlag zu verlangen.

Die wichtigste Erkenntnis des Abends war relativ einfach: „Nein sagen, wenn mal wieder lächerliche Tagessätze angeboten werden. Mit Kollegen über Honorare sprechen und ihre Preise nicht unterbieten, sie motivieren, nicht für Hungerhonorare zu unwürdigen Arbeitsbedingungen aufzutreten. Auf Pausen bestehen und Überstunden berechnen. Mehr Geld verlangen, um eine Altersversorgung aufzubauen“, so der freie Kameramann Stefan Nowak. **Red.** ■

Pressevertriebssystem vor Veränderung?

Bauer Media Group gegen Grosso-Verband vor Kölner Landgericht

Seit dem 24. Januar wird vor dem Landgericht Köln die Klage der Bauer Media Group gegen den Bundesverband Presse-Grosso verhandelt. Schon zu Beginn hat der Vorsitzende Richter Bernd Paltzer Verständnis für die Klage erkennen lassen. Sollte sich Bauer durchsetzen, könnte dies die Struktur des deutschen Pressevertriebssystems grundlegend verändern und sich negativ auf die Pressevielfalt im Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt auswirken. Eine Urteilsverkündung ist für den 14. Februar 2012 geplant.

Presse-Grosso

Betriebe: 69
Zahl der Grosso- und Filialbetriebe: 82
Grossisten mit Verlagsbeteiligung: 12
Umsatz zu Abgabepreisen an den Einzelhandel: . . . . . 2,604 Mrd. Euro
Belieferte Verkaufsstellen: 122.272

Aufgabe: Belieferung des Einzelhandels mit Presseerzeugnissen

Basis der Arbeit bildet die gemeinsame Erklärung von VDZ, BDZV und Bundesverband Presse-Grosso. Darin geregelt sind folgende Grundsätze:
. . . Dispositionsrecht
. . . Remissionsrecht
. . . Preisbindung
. . . Verwendungsbindung
. . . Neutralitätspflicht auf Grosso-Ebene
. . . Gebietsbezogenes Alleinauslieferungsrecht

Quelle: Bundesverband Presse-Grosso 2010

www.pressegrosso.de

Bauer will das auf Gebietsmonopolen basierende Presse-Grosso System aufbrechen und künftig statt mit dem Grosso-Verband mit jedem einzelnen Grossisten die Konditionen eigenständig aushandeln. Zudem will Bauer dem Verband untersagen lassen, für die Pressegroßhändler in Deutschland einheitliche Konditionen, vor allem Handelsspannen und Laufzeiten, mit den Verlagen und Nationalvertrieben zu vereinbaren. Künftig soll es dem Bundesverband Presse-Grosso auch nicht mehr erlaubt sein, Grossisten dazu aufzufordern, bilaterale Verhandlungen mit Bauer zu verweigern.

Bauer wendet sich damit gegen die geübte Branchenpraxis. Diese besagt nämlich, dass über ein zentrales Mandat der Bundesverband Presse-Grosso im Auftrag seiner Mitglieder mit den Verlagen die Konditionen für die Vertriebsleistungen der Pressegroßhändler verhandelt.

Durch die Klage verspricht sich der Bauer Verlag aufgrund seiner Marktstellung einen klaren Wettbewerbsvorteil im seit Jahren stagnierenden Pressevertriebsmarkt. Begründet wird die Klage auf Basis des Kartellrechts: Mit der zentralen Verhandlung der Preise und Konditionen für seine Mitgliedsfirmen bilde der Presse-Grosso ein Kartell und übe damit einen Wettbewerbsverstoß aus.

Die Befürchtungen des Bundesverbands Presse-Grosso, dass bei einem Erfolg der Klage die Pressevielfalt und -freiheit in Deutschland ernstlich bedroht wären, könne das Gericht nicht erkennen, so Richter Paltzer. Aus dem bisherigen Verfahrensverlauf kann deshalb geschlossen werden, dass auch dieses Urteil zugunsten des Bauer Verlages ausfallen wird.

Erstes Grundsatzurteil. Einen Teilerfolg in Sachen Presse-Grosso hat Bauer bereits errungen. Im Oktober 2011 hatte der Bundesgerichtshof den Presse-Grossisten einen schweren Schlag versetzt. In einem Grundsatzurteil hatte er die Kündigung des Elmshorner Grossisten Grade durch den Bauer-Verlag für rechtens erklärt und damit eine Belieferungsgarantie aller Grossisten durch die Verlage verneint. Als Folge des Urteils wurde der Grossist Grade mittlerweile verkauft – ein Großteil der Belegschaft hat ein Übernahmeangebot bekommen.

Kartellrechtler im Wirtschaftsministerium hatten früh davor gewarnt, Grundlagen des Grosso-Systems vor Gericht zu verhandeln, berichtet *Werben & Verkaufen*. Das deutsche Pressevertriebssystem basiert auf kartellrechtlich geduldeten Absprachen zwischen Verlagen und dem Grosso. Zugrunde liegt die Annahme, dass in einem wettbewerbsfreien Vertriebsnetz die Überallerhältlichkeit und Vielfalt des Kulturgutes Presse am effizientesten gesichert werden kann. Rechtlich einklagbar ist das allerdings nicht.

Konzentrationsprozess gefährdet kleinere Verlage und Titel. „Das Presse-Grosso ist eine wichtige Säule unserer Presselandschaft und für die Pressevielfalt unerlässlich“, betonte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke bereits Ende 2010, als der Streit um das Vorgehen Bauers eskalierte. Bauer war damals aus dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) ausgetreten, da dieser öffentlich eine kritische Position gegenüber Bauer einnahm. „Nur das Presse-Grosso mit einem starken Dispositionsrecht gäbe sowohl den kleineren Verlagen und Titeln eine Chance am Markt und sichere Leserinnen und Lesern den Zugang zu vielfältigen Publikationen“, erklärte Werneke. Er forderte alle Verlage auf, sich zum „flächendeckenden Grosso-System zu bekennen. Sollten Branchenlösungen nicht länger funktionieren, sei aus Sicht von ver.di der Gesetzgeber unmittelbar gefordert.

Sollte Bauer das Verfahren tatsächlich gewinnen, drohen dem Pressevertriebssystem grundlegende Veränderungen. Zum einen stünde das Alleinauslieferungsrecht eines Grossisten in seinem Vertriebsgebiet in Frage. Einen Zuschlag für die Belieferung der Einzelhändler würden dann nur die wirtschaftlich stärksten Grossisten erhalten, die bessere Konditionen bieten können. Das würde den Konzentrationsprozess unter den Grossisten verstärken und könnte zur Schließung vieler Betriebe und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Zum anderen wäre der Neutralitätsgrundsatz ernsthaft gefährdet, der die Gleichbehandlung von kleinen und großen Verlagen durch das Presse-Grosso zur Aufgabe hat. Marktmächtige Verlage könnten in den Margenverhandlungen bessere Konditionen aushandeln, was zu Lasten kleinerer Verlage führen könnte, für die sich der Zugang zu einem Platz im Regal künstlich verteuern würde.

Bekenntnis zum Grosso-System. Die Branche beobachtete das Geschehen aufmerksam. Alle anderen bedeutenden Großverlage bekennen sich bisher mit langfristigen Verträgen bis zum Jahr 2018 ausdrücklich zum Grosso-System und zu Grundsätzen wie Alleinauslieferungsrecht und Neutralität. Dazu gehören neben MZV (Burda) vor allem der Axel Springer Verlag und DPV (Gruner+Jahr). Doch was danach geschieht, hängt sicherlich auch vom Ergebnis des Prozesses in Köln ab.

Der 1. Vorsitzende des Bundesverbands Presse-Grosso Frank Nolte äußerte sich überzeugt, dass das Kölner Rechtsverfahren in der Politik mit hoher Aufmerksamkeit registriert werde. Die Überlegungen und konkreten Schritte, mit dem Ziel einer politischen Absicherung eines unabhängigen Pressevertriebssystems, würden signifikant an Relevanz und Dringlichkeit gewinnen.

Konkrete Maßnahmen dazu gibt es bereits. So wollen die Verlegerverbände VDZ und der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) zusammen mit dem Grosso-Verband beim Bundeswirtschaftsministerium einen Vorschlag für die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) einreichen. Gemeinsam soll eine Erweiterung des § 30 GWB erzielt werden, der die Preisbindung von Zeitungen und Zeitschriften regelt. Verlage als Preisbinder sowie Grossisten als Abnehmer preisgebundener Zeitungen und Zeitschriften sollen untereinander über Konditionen und Leistungen verhandeln dürfen.

Die Beratungen über die neue GWB-Novelle sollen bis zum Sommer abgeschlossen sein, das Gesetz bis Anfang 2013 in Kraft treten, so der Branchendienst *Kontakter*. Auch hier geht der Bauer Verlag einen Alleingang. Da er nicht mehr Mitglied im VDZ ist, nimmt er weder direkt noch indirekt an den Gesprächen zur Novellierung des GWB teil. **Eugen Baier** ■

DGB protestiert gegen Bauer-Deal mit Rechtspostille

Das rechtsextreme Magazin *Zuerst!* wird seit Erscheinen der ersten Ausgabe vor zwei Jahren von der 100%igen Bauer-Unternehmenstochter Verlagsunion vertrieben und gelangt auf diesem Wege an die Kioske der gesamten Republik. In einem Offenen Brief hat Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund Ende Dezember die Verlegerin Yvonne Bauer aufgefordert, die Zusammenarbeit mit dem rechtsextremen Magazin einzustellen. In dem Blatt, dass von dem Kieler Verleger Dietmar Munier in seinem Verlag „Lesen und Schenken“ herausgegeben wird, fallen Sätze, wie: „Deutschenmobbing wird für Ausländerkinder zum Pausensport“, oder „der typische Serientäter ist männlich, arabischer Herkunft und bleibt auch als Erwachsener kriminell.“ Zahlreiche andere Beispiele für die menschenverachtende Einstellung der Magazin-Macher lassen sich in jeder Ausgabe finden.

„Wir alle müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass in diesem Land und überall auf der Welt Rechtsextreme mit ihrem rassistischen, menschenverachtenden und volksverhetzenden Gedankengut keine Chance haben“, schreibt Uwe Grund in seinem Brief. Er fordert die Unternehmensspitze auf: „Setzen Sie ein persönliches Zeichen und sorgen Sie dafür, dass der Vertrieb dieses Magazins zukünftig nicht mehr durch ein Unternehmen ihres Konzerns stattfindet.“

Auch der Betriebsrat der Bauer Media Group hatte mehrfach gegen die Zusammenarbeit von Bauer mit dem rechten Verleger protestiert. Antworten blieben aus. Gegenüber *Spiegel Online* und dem TV-Medienmagazin *ZAPP* erklärte eine Verlagssprecherin: „Pressefreiheit soll Meinungsfreiheit im Rahmen der geltenden Gesetze ermöglichen und deckt das volle politische Spektrum ab!“ Das müsse eine Demokratie aushalten. **Red.** ■

Nazis wegputzen! Dann klappt's auch mit dem Nachbarn ...

Foto: verdi jugend

Anzeige

UVK: Neue Fachbücher für Journalisten

Mehr Glanz und Eloquenz

Stefan Brunner vermittelt das nötige Handwerkszeug des bedeutenden Teils der journalistischen Arbeit. Wie man beim Redigieren vorgeht, verdeutlichen auch die zahlreichen Praxisbeispiele sowie die Erfahrungen von Korrektoren namhafter Publikationen, die im Buch zu Wort kommen.

Stefan Brunner
Redigieren
2011, 138 Seiten
20 s/w Abb., broschiert
ISBN 978-3-86764-259-0
€ (D) 17,90

Planung und Produktion von kurzen TV-Beiträgen

Michael Schomers beschreibt die unterschiedlichen Varianten der kurzen Fernsehbeiträge und ihre Produktionsbedingungen – von der kurzen NiF (Nachricht im Film) bis zur 10-Minuten-Reportage. Unterhaltsam und mit vielen Beispielen aus der Praxis erklärt er die Produktionsabläufe von der Idee bis zur Ausstrahlung.

Michael Schomers
Der kurze TV-Beitrag
2012, 250 Seiten
20 s/w Abb., broschiert
ISBN 978-3-86764-235-4
€ (D) 24,99

www.uvk.de/journalismus

UVK

Abkehr von Fensterreden?

WAZ-Belegschaft nach Grotkamp-Übernahme zuversichtlich

Nun ist es besiegelt: Petra Grotkamp, Tochter des WAZ-Gründers Jakob Funke, ist neue Mehrheitseignerin der WAZ-Mediengruppe. Zusätzlich zu ihren Anteilen von 16,66 Prozent hat Grotkamp, die mit dem langjährigen WAZ-Geschäftsführer Günther Grotkamp verheiratet ist, den 50-Prozent-Anteil der Familie Brost übernommen. Der Kaufpreis wurde offiziell nicht bekannt gegeben, er soll rund 500 Millionen Euro betragen.

Nicht zum Zug gekommen ist der Springer-Konzern, der sich mit einer eigenen Offerte in die WAZ-internen Verhandlungen zwischen den Erben der beiden WAZ-Gründer Erich Brost (Brost Holding) und Jakob Funke (Funke Familiengesellschaft) eingemischt hatte. Zeitgleich mit dem Kauf hat der bisherige Geschäftsführer Bodo Hombach nach zehn Jahren an der Unternehmensspitze alle Geschäftsführungsmandate niedergelegt, er hatte die Brost Holding vertreten. Hombach wird die WAZ-Mediengruppe aber weiterhin im Initiativkreis Ruhr vertreten und beratend zur Verfügung stehen. Seine Zeit bei der WAZ schätzt er selbst in einer Erklärung als „wirtschaftlich und publizistisch erfolgreich“ ein. Als alleiniger Geschäftsführer der Gruppe verbleibt nun Christian Nienhaus.

Nach ersten Aussagen in einem WAZ-Interview will sich die Familie Grotkamp in Zukunft auf das klassische Kerngeschäft mit den regionalen Tageszeitungen konzentrieren. Weitere Einsparungen in den Redaktionen – die WAZ-Gruppe hatte sich in den letzten Jahren von 300 Redakteurinnen und Redakteuren getrennt – hält der 85jährige Günther Grotkamp, der von sich selbst sagt, er habe „in der Tat immer auf die Kosten geachtet“, nicht für „nötig“. Auch im Verlag, dort sind insgesamt nach Informationen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in den vergangenen drei Jahren 780 Stellen abgebaut worden, soll nicht mehr gestrichen werden. Immer unter der Voraussetzung, dass sich die WAZ-Gruppe mit ihren vier Zeitungstiteln in NRW positiv entwickeln wird. Wovon Grotkamp aber „optimistisch“ ausgeht. An der Ausrichtung der Blätter (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Neue Ruhr / Neue Rhein Zeitung, Westfälische Rundschau* und *Westfalenpost*) wollen die neuen Mehrheitseigener nichts ändern genauso wenig wie die unterschiedlichen Identitäten der Titel beeinträchtigt werden sollen.

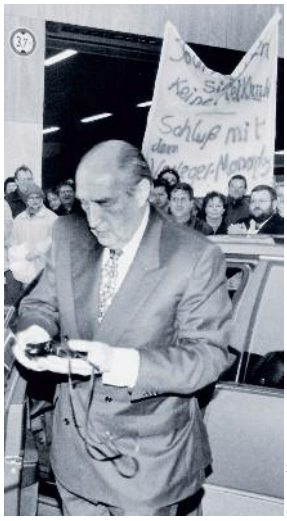


Foto: Archiv

Bei der Tarifrunde 1997 griff WAZ-Verleger Günter Grotkamp angesichts der Streikenden vor dem Essener Verlagshaus der WAZ am 4.12.97 selbst zur Kamera (M 12/97).

Positive Stimmung. In Teilen der Belegschaft wird die Änderung der Mehrheitsverhältnisse positiv aufgenommen. Zum Beispiel von Erich Kowoll, Fachbereichsvorsitzender des FB 8 im ver.di-Bezirk Westliches Westfalen und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender im Druck-und Verlagszentrum in Hagen-Bathey. Er hofft, dass dem Leser „im Ruhrgebiet zukünftig im Lokalteil wieder mehr geboten wird und der Abonnent wieder eine Lokalzeitung wie in der Vergangenheit zugestellt bekommt.“ Davon verspricht er sich auch eine Stabilisierung der Auflage.

Kowoll ist nicht der einzige Arbeitnehmervertreter, der den Eigentümerwechsel bei der WAZ begrüßt. Auch Betriebsräte aus den Zeitungsredaktionen, die nicht namentlich genannt werden wollen, berichten von einer durchweg positiven Stimmung nach der Grotkamp-Übernahme. Insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen, die Grotkamp noch in seiner aktiven Zeit als WAZ-Geschäftsführer erlebt hätten. Damals sei ein Ja noch ein Ja und ein Nein eben ein Nein gewesen. Mit ihr verbunden wird die Hoffnung auf eine „klare Richtung“ und die „Abkehr von den Fensterreden der Vergangenheit“. Insbesondere in den Lokalredaktionen wachse die Zuversicht, dass mit dem Segen der neuen Eigentümer wieder mehr in die Qualität und den Umfang der lokalen Inhalte investiert wird.

Redaktionsalltag bis an die Grenzen der Belastbarkeit. Ansonsten bleibt es in den Belegschaften trotz dieser historischen Zäsur und des heftigen Rauschens im Blätterwald, die der Eigentümerwechsel ausgelöst hat, erstaunlich still. Bei allen Bekenntnissen zur gedruckten Zeitung, die auch vom neuen starken Mann bei der WAZ, dem NRW-Verlagsgeschäftsführer Manfred Braun kommen, scheint der Alltag in den Redaktionen von Arbeitstagen gekennzeichnet zu sein, die zeitweise bis an die Grenzen der Belastbarkeit gehen. Und von teils sinkenden Etats für freie Mitarbeiter. Was den festangestellten das redaktionelle Alltagsgeschäft erschwert und die Einnahmequellen der freien Mitarbeiter weiter versiegen lässt. Jedenfalls hat der Betriebsrat des Zeitungsverlages Westfalen, in dem die *Westfälische Rundschau* erscheint, im Januar dieses Jahres die Redakteurinnen und Redakteure der Zeitung auf die tariflichen Arbeitszeiten und deren Einhaltung hingewiesen. Der konkrete Hintergrund sei, dass es Redaktionen gebe, die gegenüber dem Vorjahr mit Honorarkürzungen konfrontiert seien. Es könne nicht Aufgabe der Redakteurinnen und Redakteure sein, einen solchen Sachverhalt durch zusätzlichen Zeiteinsatz zu kompensieren, meint der Betriebsrat.

An liquiden Mitteln scheint es der Verlagsgruppe, die das Jahr 2011 bei einem Umsatz von 1,1 Milliarden und einem Gewinn von 110 Millionen Euro abschloss, nicht zu mangeln. Im neu entstehenden Univiertel am Berliner Platz im Zentrum Essens will sich die WAZ-Mediengruppe eine repräsentative Zentrale bauen. Ziel sei „modernsten Anforderungen an ein Medienhaus zu genügen. Auch wenn die Entscheidung für diesen Standort von der Gesellschafterversammlung des Unternehmens nicht ganz WAZ-untypisch erst „in einem mehrere Jahre (!) andauernden Prozess gefunden wurde“ (*WAZ* vom 22.12.2011), so ist der Neubau der Konzernzentrale vielleicht doch ein Signal für die von Bodo Hombach bei seinem Abschied beschworene „große Chance für eine neue *WAZ*-Ära in einer im Umbruch befindlichen Medienlandschaft“? Auch im *WAZ*-Land stirbt die Hoffnung bekanntlich zuletzt!

Frank Biermann ■

Neuer Auftritt – neue Inhalte

Deutsche Welle erweitert Angebot in Englisch und Spanisch

Die Deutsche Welle startet durch: Seit dem 6. Februar präsentiert sich der Auslandsrundfunk mit neuem Erscheinungsbild und neuen Inhalten. Die Intendanz spricht von einem „Meilenstein auf dem Weg zu einem umfassenden Multimedia-Unternehmen".

Kern der Programmreform ist eine Erweiterung des englischsprachigen Angebots der Welle. Bislang wurde stündlich alternierend in Deutsch und Englisch berichtet. Seit kurzem sendet der in Nordamerika, Afrika, Asien und Australien empfangbare Basiskanal rund um die Uhr in englischer Sprache. Das Ganze garniert mit der stündlichen Nachrichtenschiene „Journal", bei Bedarf soll auch flexibel mit Breaking News reagiert werden. Zusätzlich gibt es regionale Programme wie etwa DW Asien oder DW Arabia. TV-Programme werden auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch ausgestrahlt. Im Regionalkanal für Europa sendet DW 18 Stunden Englisch und zur Prime Time sechs Stunden auf Deutsch.

Eine besondere Aufwertung erfährt das Programm für Lateinamerika. DW Latinoamérica kann jetzt 20 Stunden täglich (bislang zwei) in spanischer Sprache empfangen werden, die restlichen vier Stunden auf Deutsch. Zusätzlich ist in Latein- und Nordamerika auch DW Amerika zu sehen, und zwar 20 Stunden in deutscher sowie vier Stunden in englischer Sprache. Die Programme sollen grundsätzlich „attraktiver und dynamischer" rüberkommen, versprach Bettermann. Die Ausweitung der Präsenz gerade in Lateinamerika spiegle die Bedeutung des Kontinents für die deutschen Außenbeziehungen.

Mediale Visitenkarte. Insgesamt gehe es bei der Reform darum, den deutschen Auslandsrundfunk als „mediale Visitenkarte" konkurrenzfähiger zu machen. Vor 20 Jahren seien nur drei Anbieter in englischer Sprache weltweit präsent gewesen: BBC World, CNN und die Deutsche Welle. Mittlerweile tummelten sich 25 Sender auf dem globalen Kommunikationsmarkt.

Auch der Webauftritt der Welle wurde geliftet und gibt ihr ab sofort – so Bettermann – ein „ein sympathisches Gesicht". Unter der neuen Adresse www.dw.de finden interessierte Nutzer Texte, Videos, Audios und interaktive Elemente in 30 Sprachen. Sympathischer rüberkommen soll die Welle auch durch ein neues Logo: zwei ineinander greifende Kreise, einer dunkelblau, einer weiß mit den Buchstaben D und W.

Bei der Neugestaltung des TV-Programms greift die DW verstärkt auf Material von ARD und ZDF zurück. Dazu gehören etwa die Talkshows von Jauch, Maischberger, Illner etc. Bettermann würde diese Kooperation gern auf Unterhaltungsformate wie zum Beispiel den „Tatort" ausdehnen. Entsprechende Gespräche mit ARD und ZDF laufen. Alle Neuerungen im Programm wurden „im Wege der Ersatzbeschaffung" finanziert. Betroffen ist vor allem der Hörfunk. So habe die DW ihre analogen Kurzwellenausstrahlungen im vergangenen Herbst weitgehend eingestellt. Nach wie vor würden aber Hörfunkprogramme in 30 Sprachen ausgestrahlt.

Kürzungen beim Personal. Für 2012 beträgt der DW-Etat rund 271 Millionen Euro und liegt damit geringfügig niedriger als im Vorjahr (273 Mio.). Frühere Anträge der Intendanz, die Finanzmittel angesichts neuer Aufgaben aufzustocken, waren von der Bundesregierung abschlägig beschieden worden (vgl. M 03/2011). Damals war eine Deckungslücke in Höhe von 23 Millionen Euro bis 2014 errechnet worden. Vage Ankündigungen, der strukturelle Umbau der Welle werde nicht ohne eine Verringerung von Arbeitsplätzen „im dreistelligen Bereich" abgehen, hatten seinerzeit in der Belegschaft für erhebliche Unruhe gesorgt.

Der Kostenaufwand für die aktuelle Reform soll bei einem Millionenbetrag „in zweistelliger Höhe" liegen. Mangels zusätzlicher Mittel sah sich der Sender zu Umschichtungen gezwungen. Auch beim Personal wird gekürzt. Es sei nötig, rund 150 Stellen abzubauen, bedauerte Bettermann, dies geschehe aber „auf sozialverträgliche Weise", unter Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. In einigen Bereichen gebe es sogar Neueinstellungen: die Ausdehnung des spanischsprachigen Programmangebots habe per Saldo ein Plus von 80 zusätzlichen „Festen Freien" erbracht.

Stefan Dege, Personalratsvorsitzender der DW am Standort Bonn, hält die personellen Schnitte „angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen" für eine „faire Lösung". Die Welle sei aufgrund sinkender Bundeszuschüsse „seit 15 Jahren strukturell unterfinanziert". Im Rahmen eines größeren Vorruhestandsprogramms würden „knapp 80 Festangestellte" bis Ende 2012 den Sender verlassen, bei gleichzeitiger Streichung der frei werdenden Stellen. Weniger weich dürfte eine nicht exakt bestimmte Zahl freier Mitarbeiter fallen. In vielen Redaktionen würden derzeit „Einschränkungs- und Beendigungsmitteilungen verschickt", bedauerte Dege.

Vor dem Hintergrund weiterhin knapper Ressourcen mochte die Intendanz sich eine sanfte Kritik an der Politik nicht verkneifen. „Nicht alle Kräfte im Bundestag seien offenbar „ davon überzeugt, dass die mediale Visitenkarte der Bundesrepublik Deutschland gestärkt werden muss", monierte Bettermann.

Günter Herkel ■

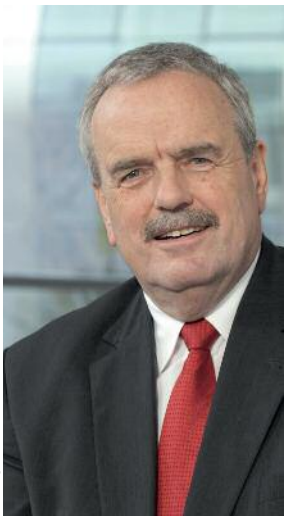


Foto: Jürgen Schulzki / DW

Deutsche Welle

Facelifting

Neues Programmschema, neuer Web-Auftritt, neues Corporate Design – bei der Rundumerneuerung des Auslandsrundfunks sei nahezu „kein Stein auf dem anderen geblieben", sagte DW-Intendant Erik Bettermann (Foto) bei der Vorstellung des umfassenden Faceliftings der Welle Ende Januar in Berlin.

Foto: DW / J. Röhl

Carlos Delgado, Leiter der Spanisch-Redaktion der Deutschen Welle und Moderatorin Pía Castro

Digitale Hehler hinter Gittern

Gelungener Schlag gegen Pirateriesystem – aber: nach kino.to ist vor kino.to

In den knapp vier Jahren ihres Bestehens scheffelten die Macher des live-Streaming-Portals kino.to Millionen von Euro. Im Sommer 2011 setzte die Polizei dem Treiben ein Ende, verhaftete mittlerweile 13 Mitarbeiter und schaltete die Server dauerhaft ab. Der entscheidende Tipp zum Schlag gegen das System kino.to kam von Insidern, die sich an die Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen (GVU) wandten.

Im Herbst 2007 muss ein Aufschrei des Entsetzens durch die Berliner GVU-Büros gegangen sein, als klar wurde, welcher Natur die Seite war, die da gerade ans Netz gegangen war. Denn was zunächst klang wie ein Service von und für Filmliebhaber, war in Wirklichkeit ein unglaublich einträgliches Geschäftsmodell, das seinen Machern Millionen von Euros in die Kasse spülen sollte. Das live-streaming Portal kino.to war so lukrativ, dass seine Betreiber sich einen Lebensstil leisten konnten, von dem andere nur träumen können: Luxuskarossen, Hightech-Computer, Wohnungen im Ausland, teure Reisen.

Millionenvermögen durch Werbung und Abofallen. Auf den ersten Blick schien kino.to so einfach wie logisch und schien ideal für den Internetbenutzer, der sich nicht des illegalen Downloads von Filmen und Serien strafbar machen wollte. Moderne Technik, größere Bandbreite, schnellere Computer, erhöhte Erreichbarkeit von Servern hatten es möglich gemacht, Filme zu streamen, also live auf dem eigenen PC zu betrachten. Die Bedienung war kinderleicht, die Ton- und Bildqualität meist gut, und das Beste: Das Ganze kostete keinen Cent, und es wurde nichts auf dem Computer gespeichert.

Allerdings musste auch dem gutgläubigsten User klar sein, dass es hier nicht mit rechten Dingen zugehen konnte. Zumal kino.to regelmäßig auch aktuelle Kinofilme im Angebot hatte, oft sogar vor dem hiesigen Kinostart und in Originalversion. In der Tat: Was die „digitalen Hehler“ (Duktus: GVU) taten, war höchst illegal, denn mitnichten wiesen sie lediglich auf die sich bereits illegal im Netz befindlichen Filme hin, wie sie immer wieder behaupteten. Vielmehr luden sie illegal erworbene Filme selbsttätig auf sogenannte filehosting-Computer hoch, die sich auch noch in ihrem Besitz befanden. Auf diese Weise waren mehrere tausend Videos kostenlos abrufbar.

© mipan / Fotolia.com

Ihr Millionenvermögen erzielten die Hehler durch das Aufschalten von Werbebannern und -layern, und indem sie User auf Bezahlseiten und in Abofallen lockten, ihnen Downloads der Filme und Pornodienste verkauften. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass den Verhafteten nicht nur die Hoster gehörten, sondern auch viele dieser Abzock- und Bezahlseiten. Die GVU ist ein eingetragener Verein, der im Auftrag von Unternehmen und Verbänden der Film- und Unterhaltungssoftwareindustrie seit fast 30 Jahren dazu beiträgt, geistiges Eigentum zu schützen und die Verbreitung von illegalen Kopien einzudämmen. Nach dem Erscheinen von kino.to war der GVU klar, dass schleunigst etwas unternommen werden müsse. Nach drei Jahren eigener „Ermittlungen“ im Umfeld von Dirk B., dem Kopf des Systems kino.to, war es schließlich ein wohl enttäuschter kino.to-Mitarbeiter, der der GVU die fehlende Information zutrug. Nicht umsonst, wie sich herausstellte, die GVU prämierte den Tippgeber mit einer niedrigen, sechsstelligen Summe. Im April 2011 schließlich war die GVU gut genug vorbereitet, um gegen kino.to Strafantrag bei der Kriminalpolizei zu stellen. Und es dauerte nur zwei weitere Monate, bis die Ermittler der INES, der integrierten Ermittlungseinheit Sachsens, ausreichendes Beweismaterial zusammengetragen hatten, um die Hälfte der kino.to-Macher zu verhaften.

Der Jubel bei der GVU war groß, als die digitalen Hehler in Leipzig inhaftiert worden waren. Den Ermittlungsbeamten war etwas gelungen, was selten ist im Kampf gegen Rechtsverletzungen im Internet wie Kinderpornografie oder eben auf dem Gebiet des Urheberrechts. Die Seite kino.to wurde nicht nur gesperrt, was nicht viel gebracht hätte, denn mit ein paar Handgriffen hätte man zu einem anderen Hoster umziehen und sie sofort wieder öffnen können. Stattdessen wurden die kino-to-eigenen Server selbst abgeschaltet und befinden sich seitdem nicht mehr am Netz. Die deutschen Ermittler hatten sich in kürzester Zeit gezielt internationale Rechtshilfe organisiert, um die europaweit platzierten kino.to-Server abschalten zu können. Wie genau das gelang, kann oder will die Generalstaatsanwaltschaft jedoch nicht verraten.

Gegen die Verantwortlichen von kino.to wurde wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung zur gewerbsmäßigen Begehung von Urheberrechtsverletzungen ermittelt, und zwar in über einer Million Fällen! Vier der über 20 Beschuldigten sind bereits verurteilt, zum Teil zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Staatsanwalt Dietmar Bluhm sagte bei der Urteilsverkündung in Leipzig, diese Leute hätten die „denkbar schwerste Urheberrechtsverletzung in der deutschen Geschichte“ begangen. Das Verfahren gegen den Kopf der Bande, Dirk B., auf dessen Konten sich in Deutschland und Spanien über 2,5 Millionen Euro fanden, steht noch aus.

Streamen von Filmen legal? Spätestens seit dem Ende von kino.to ist der Streit, ob das Streamen von Filmen im Internet legal sei, wieder hochgekocht. Der Leipziger Amtsrichter Mathias Winderlich, der die Urteile gegen die kino.to-Betreiber verfasste, stellte in seiner Urteilsbegründung klar, dass beim Streamen eine Verbreitung und Vervielfältigung stattfindet. Mit dem Begriff „vervielfältigen“ habe der Gesetzgeber das „Herunterladen“ gemeint. Dazu gehöre auch das nur zeitweilige Herunterladen. Nichts anderes finde beim Streaming statt: Es würden Datenpakete nämlich,

wenn auch nur vorübergehend, sukzessive heruntergeladen. Auch die GVU und die Lobbyorganisation „Respect Copyrights“ haben sich diese Argumentation zu eigen gemacht. Andere, Juristen, Presseorgane wie *Die Zeit* und *Der Spiegel* sowie Internetaktivisten halten dem entgegen, dass eine Kopie im temporären Arbeitsspeicher gemäß § 44a UrhG keine illegale Kopie sei. Entsprechende Klagen und richterliche Entscheidungen stehen bisher noch aus.

„Nach kino.to ist vor kino.to“, sagte Christine Ehlers, die Pressesprecherin der GVU, und ist davon überzeugt, „dass der 4-Felder-Ansatz der GVU – Information, Prävention, Sanktion, Interessenvertretung, d.h.: Kommunikation im politischen Umfeld – erfolgversprechend ist, im Kampf der Organisation gegen illegale Streaming-Portale“. Seit der polizeilichen Schließung von kino.to gibt es bereits einige Nachfolgeseiten, die das System kino.to teilweise eins-zu-eins zu kopieren versuchen. Kinox.to ist eine davon, und auch gegen sie bereitet die GVU gerade einen Strafantrag vor. Wenn alles gut läuft, und die Beamten wieder so gründlich ermitteln, könnte es auch hier noch dieses Jahr zu ersten Verhaftungen kommen. **Christoph Brandl** ■

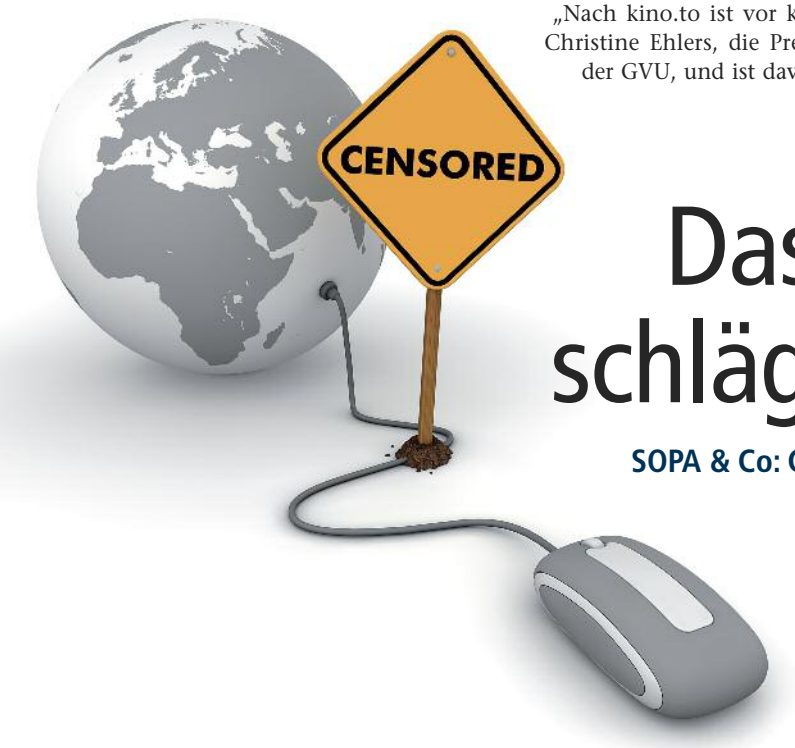


Abb: PixBox / Fotolia.com

Das Imperium schlägt zurück

SOPA & Co: Cyberkrieg ums Urheberrecht

Perfekte Dramaturgie. Am Tag, als die Medien im „Kampf zweier Giganten“ ein „1:0 für das Internet“ bilanzierten, setzte Hollywood seinen Counterstrike in Szene. Keine schwarzen Bildschirme. Beim Gegenschlag gab es – passend zu Kinospots über Raubkopierer – Action mit Verhaftungsszenen plus Totalenschwenk über den Luxuskarossenabtransport vor Millionärsvillenkulisse.

Megaupload

Früher wurden Musik- und Videodateien vor allem über Peer-to-Peer-Netzwerke (P2P) „getauscht“. Sharehoster sind riesige Datenspeicher, auf denen auch Raubkopien hoch- und zum Herunterladen angeboten werden können. Einer der größten, nämlich Megaupload, wurde aufgrund von Ermittlungen des US-Justizministeriums am 19. Januar 2012 abgeschaltet – mehrere Hauptverantwortliche, darunter Gründer Kim Schmitz, wegen Verschwörung zur Bildung einer kriminellen Vereinigung zum Begehen von Urheberrechtsverletzungen verhaftet.

Doch konnte der Showdown nicht verhindern, dass die Gesetzinitiativen SOPA (Stop Online Piracy Act) und PIPA (Protect Intellectual Property Act) in den USA zunächst auf Eis gelegt wurden. Denn das Vorhaben lässt sich weder auf den Kampf zwischen Hollywood und Silicon Valley reduzieren noch durch eine FBI-Aktion entscheiden. Dass die Megaupload-Chefs prächtig am Geschäft mit Raubkopien verdienen, war lange bekannt. Dass aber die US-Majors eine rechtliche Handhabe gegen den Sharehoster haben, demonstriert eher, wie unnötig SOPA und PIPA sind.

Nicht nur unnötig, sondern gefährlich. Der „Wikipedia-Streik“ am 18. Januar gegen beide Gesetze war mehr als angemessen, wenn die Aktionsform auch nicht neu. Bereits am 1. Oktober 1998 sah man in Deutschland graue Bildschirme, seinerzeit um „Verletzungen des Urheberrechts im Internet anzuprangern“. Die grauen Seiten sollten zeigen, „was wäre, wenn alle Leute, die Inhalte für das Web erstellen, ihre ganze Arbeit löschen.“

Damals hat das nicht richtig geklappt. Nur das Prinzip der grauen Seiten hatten die Verwerter von Musik, Filmen und Büchern lange verinnerlicht. Statt den Nutzern Angebote im Internet zu machen, setzten sie auf Verteuerung und den Schutz alter Verwertungsketten. Seit „Tauschbörsen“ und dann Sharehoster ihren Profit schmälern, verlangen sie Bestrafung und Kontrolle.

Internetfilter sind aber immer auch ein Angriff auf die Meinungs- und Medienfreiheit. Vielleicht tragisch, dass es gleichzeitig für einige auch um die „Freiheit im Internet“ geht, viel Geld mit fremden Inhalten zu verdienen, ohne deren Schöpfer daran teilhaben zu lassen. So protestierten auch Google und Microsoft gegen SOPA, ohne allerdings ihre Geldmaschine abzuschalten. Auch in Deutschland blieben nur nichtkommerzielle Webseiten schwarz.

Kontrolle des Internetverkehrs. Gesetze für Internetsperren sind weder neu noch auf die USA begrenzt. SOPA und PIPA sollen US-Institutionen ermächtigen, das Sperren von Webseiten durch Provider oder Suchmaschinen zu veranlassen, die ihrerseits für die Inhalte haftbar gemacht werden können und so zur Kontrolle des Internetverkehrs gebracht werden.

Ursprünglich waren dafür auch Manipulationen am Domain Name System vorgesehen. Das DNS sorgt dafür, dass eine Webadresse einer bestimmten IP-Adresse zugeordnet wird. Dieses Verfahren wurde hierzulande durch „Zensursulas Stopp-Schilder“ bekannt. Die Proteste führten allerdings dazu, dass das Zugangserschwerungsgesetz nie angewendet und schließlich am 1. Dezember 2011 vom Bundestag aufgehoben wurde.

Internetfiltern steht auch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs entgegen. In seiner Entscheidung vom 24. November 2011 verwarf der EuGH die Anordnung eines belgischen Gerichts gegen einen Internetprovider, Sperrfilter gegen „Tauschbörsen“ zu errichten, weil eine „allgemeine Überwachung“ sämtlicher Daten mit der E-Commerce-Richtlinie unvereinbar sei. Der Gerichtshof stellte außerdem fest, dass ein solches Filtersystem „auch Grundrechte der Kunden dieses Providers beeinträchtigen kann, näm- ▶

Fortsetzung von Seite 37

lich ihre durch die ... Charta geschützten Rechte auf den Schutz personenbezogener Daten und auf freien Empfang oder freie Sendung von Informationen."

Verstoß gegen EU-Grundrechtscharta. Die EU-Kommission war schon vorher von Internetsperren abgerückt. Kommissarin Neelie Kroes hat aktuell sogar SOPA scharf kritisiert. Seit Websperren 2009 beim EU-Telekom-Paket am Protest des Europäischen Parlaments scheiterten, mussten die USA auch ihr Vorhaben aufgeben, diese im internationalen Handelsabkommen ACTA zu verankern. Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement stößt dort auch ohne die gestrichenen Klauseln auf Kritik.

In Spanien hingegen sorgte der US-Druck dafür, dass das Sinde-Gesetz im Januar 2012 in Kraft trat. Es sieht wie SOPA und der Digital Economy Act in Großbritannien vor, Provider behördlich zu zwingen, Websites mit Urheberrechtsverletzungen zu blockieren. Auf der Insel wurde auch eine „Three Strikes"-Regelung zur Sperrung von Internetanschlüssen bei Rechtsverletzungen im Gesetz verankert, wie sie zuerst von Nicolas Sarkozy in Frankreich installiert wurde. Dort überwacht die HADOPI-Behörde seit dem 1. Januar 2010 die Anschlussinhaber, verschickt Warnungen und legt Webzugänge lahm.

Sowas fordern in Deutschland nicht einmal mehr die Musik- oder Filmindustrie. Stattdessen treten sie für „Warnhinweise" beim Besuch von Webseiten ein, auf denen illegal Songs oder Filme angeboten werden. Doch auch die wären mit der Europäischen Charta nicht vereinbar, wenn nicht sichergestellt werden kann, dass keine Webseite fälschlicherweise betroffen ist, oder wenn mehrfache Urheberrechtsverletzungen sanktioniert werden sollen. Denn das würde ja die Speicherung von IP-Adressen voraussetzen.

Politiker, die das neue EuGH-Urteil zur Kenntnis genommen haben, sind bereits umgeschwenkt. So haben die CDU-Urheberrechtsexperten Günter Krings und Ansgar Heveling die Internetprovider zu freiwilligen Maßnahmen gegen Urheberrechtsverletzungen aufgefordert, wie sie in den USA zwischen Filmindustrie und Providern vereinbart wurden. Käme es nicht zu dieser „selbstbestimmten Lösung", sei eine „gesetzliche Verschärfung der Providerhaftung" nötig.

Rüdiger Lühr ■

ver.di zum Urheberrecht

http://medien-kunst-industrie.verdi.de/bereich_kunst_und_kultur/urheberrecht

Empfindliche Schlappe für Prinzessin Caroline

Gleich zwei kräftige Schlappen hat Caroline von Hannover zum Jahresende in ihrer seit über einem Jahrzehnt betriebenen Klagewelle gegen deutsche Illustrierte einstecken müssen. Zweimal bekam die Zeitschrift *Bunte* vor den höchsten deutschen Gerichten Recht. Während sich das Urteil des Bundesgerichtshof vom 18. Oktober 2011 (Az.: VI ZR 5/10) zur Veröffentlichung eines Fotos von Carolines Tochter in einer Reihe ähnlicher Entscheidungen einordnet, ist der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 2011 (Az.: 1 BvR 927/08) von besonderer Bedeutung für die Pressefreiheit.

Denn die monegassische Fürstentochter war doch tatsächlich mit ihren Unterlassungsklagen wegen ihrer bloßen Erwähnung in einem Reisebericht über die Skiregion Arlberg vor dem Land- und Kammergericht Berlin erfolgreich gewesen. Durch diese Entscheidungen werde die Meinungsfreiheit unzulässig eingeschränkt, urteilten nun die Verfassungsrichter. Die Berliner Gerichte hätten deren Bedeutung und Tragweite grundlegend verkannt und dem Persönlichkeitsrecht ein übermäßiges Gewicht eingeräumt.

Im Bereich der Wortberichterstattung biete das allgemeine Persönlichkeitsrecht keinen so weitreichenden Schutz wie bei der Veröffentlichung von Bildern. Es schütze nicht davor, überhaupt in einem Beitrag individualisierend benannt zu werden. Bei den knappen Textpassagen sei nicht die Intimsphäre, sondern allein die äußere Privatsphäre berührt. Unter dieser Maßgabe muss nun das Berliner Landgericht erneut entscheiden.

Ob die Sache damit geklärt wird, bleibt aber abzuwarten. Schon einmal war die Prinzessin gegen Entscheidungen beider Karlsruher Gerichte erfolgreich vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gezogen und hatte 2004 ein Urteil erreicht, das die Rechtsprechung zu Foto-Veröffentlichungen in Deutschland verändert hat. lü ■

Karikatur: Reinhold Löffler

Zeitungsklagen in Straßburg abgewiesen

Die Verurteilung einer Zeitung zu einer Geldentschädigung wegen einer identifizierenden Berichterstattung über ein Verbrechensopfers verletzt nicht das Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in zwei Urteilen vom 13. Dezember 2011 entschieden, die Mitte Januar verkündet wurden (Appl. no. 3401/07 und 33497/07).

Geklagt hatten in Straßburg die *Kronen Zeitung* und der *Kurier* gegen die Republik Österreich in derselben Angelegenheit. Wegen der Berichterstattung über einen brutalen Fall familiärer Kindesmisshandlung waren sie sowohl vom Landesgericht Wien wie auch von der Berufungsinstanz zur Zahlung von insgesamt 30.000 Euro an das Opfer verurteilt worden. Beide Zeitungen hatten 2005 über den Strafprozess unter Nennung des Vornamens des Opfers und der Namen des Vaters und der Stiefmutter berichtet. Verurteilt wurden die Verlage aufgrund des österreichischen Mediengesetzes wegen der „Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches" des Opfers, die *Kronen Zeitung* auch wegen des Verstoßes gegen den „Schutz vor Bekanntgabe der Identität in besonderen Fällen". lü ■

Zensurfragen

Twitter, Google, Facebook und unerwünschte Nutzerinhalte

Während Twitter seine länderspezifische Zensur transparent dokumentiert, können Facebook-Nutzer nur rätseln, warum bestimmte Inhalte unterdrückt werden.

Abbildung: Modella / Fotolia.com

Der Microbloggingdienst Twitter kündigte Ende Januar an, eine länderspezifische Zensur einführen zu wollen, was viele im Netz zu dem Schluss brachte: „Eine Twitter-Revolution wird es nicht mehr geben." Netzaktivisten, die sich Twitters Vorgehen genauer angesehen habe, finden es allerdings akzeptabel. Wenn früher Twitter aufgrund eines Gerichtsbeschlusses einen Tweet blockierte, war er global nicht mehr verfügbar. Künftig wird dieser Tweet jedoch für Nutzer, die eine IP-Adresse außerhalb des jeweiligen Landes verwenden, sichtbar bleiben. Twitter besteht zudem darauf, ausschließlich aufgrund einer gerichtsfesten rechtlichen Grundlage entscheiden zu wollen und jede erfolgte Zensurmaßnahme – soweit möglich – auf der Website „Chilling Effects" zu veröffentlichen. Dort veröffentlicht auch Google regelmäßig erfolgte Eingriffe in den Suchindex oder in andere Google-Dienste.

Der Bielefelder Netzaktivist Padeluun, der auch als Sachverständiger für die FDP Mitglied der Internet-Enquete des Bundestags ist, sagt: „Damit wird die Zensur der Kontrolle der Öffentlichkeit unterworfen – eigentlich ist das genau das, was Zensur vermeiden will." Er hält die länderspezifische Zensur von Twitter für eine gute Lösung, „weil damit verhindert wird, dass der Dienst in bestimmten Gegenden komplett blockiert wird." Twitter-Justiziar Alex Macgillivray erklärte, dass das Unternehmen keine Inhalte filtern werde, bevor sie veröffentlicht werden, sondern nur auf Lösch-Anfragen reagiere. Bislang stammen die meisten Löschanträge von Firmen aus der Unterhaltungsbranche, die in Tweets Urheberrechtsverletzungen sehen. So monierte etwa das Schweizer Fernsehen SRF die Verwendung eines Avatars, also des von einem Twitter-Nutzer benutzten Bilds, weil dieser eine Comedy-Figur verwendet hatte, deren Rechte dem Sender gehören.

Entscheidend ist jedoch, dass Twitter tatsächlich alle Zensurmaßnahmen transparent dokumentiert. Google beispielsweise tut das nicht immer. Im Dezember wurde der Fall eines ägyptischen Menschenrechtlers und Bloggers bekannt, der Folterbilder in seinem Google-Blog veröffentlicht hatte. Der Beitrag wurde von Google gelöscht. Als Erklärung gab das Unternehmen an, dass er Urheberrechte verletzt habe. Bis heute wurde auf „Chilling Effects" nicht veröffentlicht, wer den Antrag auf Löschung gestellt hat. Netzaktivist Alvar Freude, der für die SPD Sachverständiger in der Internet-Enquete ist, sieht durchaus Schwächen in der Transparenzpolitik von Google. Er denkt, dass die Zensurmaßnahmen nicht genau genug erklärt werden: „Bei Google sind sehr viele Löschmaßnahmen unter der gleichen Kategorie bei Chilling Effects zu finden. Da ist keinerlei Unterscheidung möglich, da steht nur: „Eine Behörde hat uns darauf hingewiesen"." Er fordert: „Jeder ausgeblendete Beitrag sollte als solcher mit der dazu gehörenden Begründung gekennzeichnet sein."

Gleichwohl stehen Google und Twitter in den Augen der Netzaktivisten im Vergleich zu Facebook besser da. Facebook reagiert nämlich auf Hinweise seiner Nutzer wenig transparent. Das Facebook-Team entscheidet entsprechend seiner Community-Regeln, welche Inhalte unterdrückt werden sollen. Padeluun sagt: „Das Unternehmen beruft sich auf Community-Regeln, doch wer hat diese Regeln aufgestellt und wer setzt sie durch? Nutzer werden hier bei der Entscheidung, was zu blockieren ist, nicht direkt einbezogen." Das Unternehmen entscheide „völlig intransparent", weil es an keiner Stelle mitteile, was aus welchen Gründen zensiert wurde.

Unregelmäßigkeiten. Das sorgt mitunter für Verunsicherungen. So beschwerten sich im Oktober Castor-Gegner, dass ihnen die Adminrechte für ihre Facebook-Seiten mit dem Titel „Castor schottern" entzogen worden waren. Nachdem die *taz* darüber berichtete, waren sie nach einer 40-stündigen Sperre wieder verfügbar. Ein Facebook-Sprecher behauptete, dass das Netzwerk davon ausgegangen war, dass das Benutzerkonto gefälscht war. Auch mehrere deutsche Occupy-Aktivisten beobachteten Unregelmäßigkeiten: Informatiker Carlo von Loesch administriert schon seit Jahren verschiedene Facebook-Seiten. Während er mit seinen Seiten für Musik-Events nie Probleme hatte, beobachtet er bei seinen Occupy-Seiten immer wieder unerklärliche Unregelmäßigkeiten.

Padeluun kennt diese Diskussionen bereits aus Mailbox-Zeiten. Er erinnert sich: „Damals dachten einige Systemadministratoren, sie könnten darüber bestimmen, welche Nachrichten weitergeleitet werden sollten und welche nicht. Ihre Aufgabe war es aber lediglich, einen technischen Dienst zu liefern." Wenn etwas nicht gezeigt werden soll, muss das nach Auffassung von Padeluun aufgrund eines demokratisch legitimierten Verfahrens entschieden werden. Das heißt zum Beispiel, dass man sich nach dem hiesigen Rechtssystem orientieren sollte und auf gerichtlichen Beschlüssen beharrt. Anders ist das vielleicht bei Fragen, die die Community selbst betreffen. Padeluun sieht hier nur eine Lösung: „Bei der Selbstregulierung muss darauf geachtet werden, dass Entscheidungen transparent und unter Einbeziehung gewählter Nutzer getroffen werden – ohne eine Femegerichtsbarkeit zu etablieren." Das aber sei bei Facebook nicht der Fall.

Christiane Schulzki-Haddouti ■

Chilling effect

Chilling effect ist ein Begriff aus dem anglo-amerikanischen Recht und beschreibt eine Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Selbstzensur aufgrund befürchteter juristischer Konsequenzen. (wikipedia)

www.ChillingEffects.org

Tarifrecht mit Füßen getreten

Griechenland: Journalisten kämpfen für ihre Medien und ihren Arbeitslohn

„Unsere heutige Versammlung bedeutet das Ende der Illusion", dass das Unwetter vielleicht an den Medien vorbeiziehen könnte oder wenigstens nicht den eigenen Laden treffen würde, konstatierte ein Kollege im vollbesetzten Saal zur außerordentlichen Mitgliederversammlung der größten Journalistenvereinigung Griechenlands, ESIEA, am 24. Januar in Athen. Doch die trotz oder gerade wegen aller „Rettungsversuche" wachsende Wirtschaftskrise des EU-Randstaates hat längst auch die Informationsbranche getroffen.

Foto: Spyros Tsakiris

Panos Sokos, Vertreter der Journalisten im Streikkomitee der Tageszeitung Eleftherotypia, mit einer Streikzeitung.

Fünf Tageszeitungen, ein Fernsehsender und eine Großdruckerei stehen in Konkursverfahren oder haben bereits dicht gemacht, fast überall wurden unter Androhung der Schließung Löhne gesenkt und Mitarbeiter entlassen. „Die Branche durchläuft eine Krise ohne Ende oder Schutzwall", erklärte der Vorsitzende der ESIEA. „Vor dem Hintergrund der katastrophalen Ergebnisse der Sparmaßnahmenpolitik, die die Wirtschaft in einen nie erlebten Schrumpfungsprozess, in die Zerstörung ihrer Produktionsbasis, in eine explodierende Arbeitslosigkeit geführt hat", so Dimitris Trimis, „erleben wir einen unvergleichlichen Angriff auf die Erwerbstätigkeit, bei dem die Gläubigertroika aus EU, IWF und Europäischer Zentralbank, die Regierung und die Arbeitgeber gemeinsam an der Abschaffung des Mindestlohns, der Zerschlagung des Tarifrechts arbeiten."

Vieles davon ist für eine große Zahl von Medienarbeitern bereits Realität. Anstatt den ausgelaufenen Tarifvertrag zu erneuern, böten die Unternehmer allerorts nur noch Individualverträge mit mindestens 20prozentiger Lohnsenkung an, erläutert Dimitris Trimis. „Leider hat ihre Erpressungsstrategie Erfolg", meint der ESIEA-Vorsitzende. „Dabei weigern sie sich zu sehen, dass auch sie als Verlierer aus diesem Massaker hervorgehen werden, dessen größtes Opfer die achtbare, ernsthafte und zuverlässige Information der Bürger ist – die gerade in Zeiten wie heute glaubwürdige Medien benötigen."

Sender und Fernsehzeitschrift vor dem Aus. Um die aber geht es den tausenden Journalisten in Griechenland, die oft zu prekären Arbeitsbedingungen ihre Berufsehre hoch halten. Eine von ihnen ist Anneta Kavadia, die seit vielen Jahren in immer wieder erneuerten befristeten Verträgen für das staatliche Fernsehen arbeitet. Seit drei Monaten wehrt sie sich zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen gegen massive Umbaupläne im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen, ERT. Danach sollen einer der drei Fernsehsender, zahlreiche regionale Rundfunkkanäle und die älteste Fernsehzeitschrift des Landes eingestellt werden. Verbleibende Mitarbeiter will man als öffentliche Angestellte weiterbeschäftigen. Was sich für Außenstehende vielleicht erst einmal positiv anhört, wird von den Journalisten und Redakteuren beim ERT mehrheitlich abgelehnt. Das neue System sieht hierarchisierte Strukturen mit der Gefahr der verstärkten Einflussnahme auf die bisher noch recht frei über Inhalte bestimmenden Medienmacher vor. „Journalisten können auch nicht mit festen Dienstzeiten von acht bis vier arbeiten", meint Anneta. Auch bei den Lohneinbußen sei man am Ende des Erträglichen angelangt. „Seit 2009 hat man uns die Einkommen bereits um 35 Prozent gekürzt, mit der Übernahme in den öffentlichen Dienst wären weitere Verluste fällig", erläutert die erfahrene Redakteurin aus dem Ressort Politik, deren Vertrag seit kurzem abgelaufen ist. Von den insgesamt 171 mit befristeten Verträgen Arbeitenden sollen jetzt nur noch 63 weiterbeschäftigt wer-

Foto: Heike Schader

den. Trotz zahlreicher Arbeitsniederlegungen und Streiks in den vergangenen drei Monaten haben sie und ihre Kollegen gegen die „Reformpläne“ nicht viel erreichen können. Das Zugeständnis, statt des im öffentlichen Dienst mittlerweile geltenden Einheitslohns sollten die Ministerien für Finanzen und Massenmedien über die Lohnhöhe entscheiden, sieht sie kritisch. „Das ist eine Falle, die Gewerkschaften sollen nur noch angehört werden.“ Sie fordert die Aufrechterhaltung des geltenden Tarifrechts, das die Gewerkschaften als Verhandlungspartner vorschreibt.

Gewerkschaften fest an der Seite der Streikenden. Trotz so mancher struktureller Probleme spielen die Mediengewerkschaften eine wichtige Rolle in fast allen derzeit in der Branche laufenden Arbeitskämpfen. Vielerorts mussten sich die Streikenden dabei gegen die Forderung der Unternehmerseite wehren, nur mit Belegschaftsvertretern verhandeln zu wollen. Das Komitee beim Athener Fernsehsender ALTER setzt sich aus je einem Vertreter der beim Sender arbeitenden Journalisten, Techniker und Verwaltungsangestellten, sowie drei Vertretern ihrer jeweiligen Branchengewerkschaft zusammen. Bei ALTER wird einer der härtesten Arbeitskämpfe in der Medienbranche geführt. „Die Probleme begannen bereits im April 2010, mit Eintritt der Wirtschaftskrise“, erläutert Giorgos Filippakis, der für die ESIEA im Komitee sitzt. Damals fingen die Eigner des Kanals an, die Löhne nur noch unregelmäßig zu zahlen, was im November und Dezember des Jahres zu ersten Arbeitsniederlegungen und Streiks führte. Ab Januar 2011 bis zum Mai wurde gar nicht mehr bezahlt. Erst als sich die Belegschaft im April und Mai mit dem gesetzlichen Mittel der Retention (siehe Kasten) wehrte, lenkte die Unternehmensleitung ein, bezahlte einen Teil der ausstehenden Löhne und versprach den Rest in Raten über die kommenden Monate. „Das Versprechen wurde jedoch gebrochen“, sagt Filippakis. „Nachdem im Juni und Juli die Löhne bezahlt worden waren, kam nichts mehr. Auch kein Weihnachtsgeld.“ Seit dem 10. November ist man erneut in Retention, wobei die Belegschaft den Sender hält, über den täglich die Bekanntmachungen der um Löhne und Arbeitsplätze Kämpfenden über den Bildschirm gehen. Fünf Ausschüsse wurden gebildet, die sich um den Schutz des Gebäudes, die Organisation und Verteilung von Lebensmittelhilfe, die medizinische Versorgung und die Betreuung des Internetblogs der ALTERisten kümmern. Die Onlinejournalisten haben teilweise seit über einem Jahr keinen Lohn bekommen.

Erst vor wenigen Tagen erhielt man ein erstes Angebot der Eigner: Wenn wieder gearbeitet würde, wäre man bereit, die Schulden mit hohen Abschlägen zu begleichen. Freiwillig Aussteigende sollten auf 30, Bleibende auf 60 und bereits Ausgestiegene auf 90 Prozent ihrer Forderungen verzichten. Ein klarer Affront, lautete die einhellige Meinung auf der Versammlung der etwa 660 Mitarbeiter beim Sender, die ihre Vertreter gleichzeitig beauftragten, weiterhin an der Aufnahme ernsthafter Verhandlungen über eine Lösung zu arbeiten. „Die Eigentümer haben das nötige Geld, um unsere Forderungen zu erfüllen“, sagt Filippakis im Gespräch mit der M. „Sie weisen ihre Medienunternehmen als verlustbringend aus, haben aber mit ihrer Hilfe über Jahre hinweg Vermögen angehäuft.“

Quelle: Streikkomitee Alter

„Die Erwerbstätigen bei ALTER zeigen den Weg“ steht auf dem Transparent während des Streiks bei dem Fernsehsender.

Die Gesichter der Fotografierten wurden auf Wunsch der Belegschaft unkenntlich gemacht.

Unbezahlte Arbeit darf nicht legitimiert werden. Auch bei der zweitgrößten griechischen Tageszeitung *Eleftherotypia* wurden seit August letzten Jahres die Löhne nicht mehr bezahlt. Nach anfänglich großer Geduld mit der Unternehmensleitung stehen die etwa 850 Mitarbeiter des linksliberalen Traditionsblattes deswegen seit Ende letzten Jahres im Dauerstreik. Monatelang hatte man aus journalistischem Verantwortungsgefühl unbezahlt weitergemacht, aber damit ist nun Schluss. „Unbezahlte Arbeit darf auf Dauer nicht legitimiert werden“, meint Panos Sokos, Vertreter der Journalisten im Streikkomitee der *Eleftherotypia*. „Die Zeitung wird nur dann wieder erscheinen, wenn wir – wenigstens einen Teil – der uns geschuldeten Gelder erhalten.“ Es ist die Solidarität von Kollegen und Freunden, die einen am Leben erhält, sagt Georgia Dama, seit 1992 Journalistin bei der *Eleftherotypia*. Geld hat sie längst nicht mehr, um auch nur eine der auferlegten Sondersteuern, die Stromrechnung oder die Fahrkarte für den Bus zu zahlen. „Trotzdem geht es mir gut“, meint sie und zeigt lachend auf ihren Schrank, in dem diverse Päckchen Kaffee neben verschiedenen Sorten Reis stehen. „Alles von Freunden mitgebracht, sogar für das Futter für den Kater sorgen sie.“ Unzählige Titelgeschichten hat die mehrfach ausgezeichnete Journalistin geschrieben, war für ihre Zeitung an Kriegsschauplätzen und in Katastrophengebieten. Früher habe man ihr mehrfach Abwerbeangebote gemacht. Heute aber blieben ihr die Türen der Unternehmen, die sie damals haben wollten, verschlossen. „Wo immer ich anfrage, sagt man mir, du bist doch bekannt, du findest sicher leicht was, aber wir entlassen gerade.“ Um die Vielfalt der Medienlandschaft zu retten, brauche es die Unterstützung der Politik, meint Georgia. „Information ist keine Ware wie jede andere, von ihr hängt die Demokratie ab.

Heike Schrader, Athen ■

Fast jeder Platz besetzt bei der Versammlung der Journalistenvereinigung ESIEA im Januar.

Retention im griechischen Arbeitsrecht

Als Retention bezeichnet man das Recht, eine zu erbringende Leistung solange zurückzubehalten, bis ein Anspruch aus der Erfüllung dieser Leistung erbracht ist.

Im griechischen Arbeitsrecht kann der Arbeitnehmer eines Betriebes vor Gericht eine Retention erlangen, um die Unternehmensführung zur Begleichung bestehender Schulden ihm gegenüber zu zwingen.
Während der Dauer der Retention muss ein Arbeitnehmer weder arbeiten noch überhaupt am Arbeitsplatz erscheinen. Er hat sogar das Recht, während des Retentionszeitraums für andere Arbeitgeber zu arbeiten. Unter gewissen Umständen erhält der Betroffene in Retention eine Unterstützung vom griechischen Arbeitsamt, die jedoch nach Begleichung seiner Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber zurück zu zahlen ist.

Hungerstreik gegen Zensur

Neues Mediengesetz in Ungarn knebelt journalistische Unabhängigkeit

Foto: Dagmar Gester

Budapest: Fernsehjournalist Balazs Navarro Nagy im Hungerstreik vor dem Sitz des ungarischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens Magyar Televizio (MTV). Auf den Plakaten steht: „Bewegung für eine anständige Berichterstattung" und „Hungerstreik für anständige öffentlich-rechtliche Medien".

In Ungarn gilt seit Januar 2011 ein neues Mediengesetz, das die Pressefreiheit in mehrfacher Hinsicht einschränkt. Ein allmächtiger Medienrat, der ausschließlich aus Anhängern der rechtspopulistischen Regierungspartei Fidesz besteht, prüft ob die Berichterstattung „korrekt" ist, und kann gegebenenfalls hohe Geldstrafen verhängen. Vor allem in den öffentlich-rechtlichen Medien häufen sich die Fälle von Zensur oder Selbstzensur. Nachdem ein Regierungskritiker aus Bildern wegretuschiert wurde, sind mehrere Journalisten des staatlichen Fernsehens MTV in den Hungerstreik getreten.

Ungarn am EU-Pranger

Ungarn steht derzeit bei der EU in Straßburg massiv unter Druck. Der Vorwurf: Verletzung demokratischer Grundsätze im europäischen Recht. Die EU-Kommission hat mehrere Verfahren wegen des Verstoßes gegen EU-Recht eingeleitet. Grund sind Zweifel an der Unabhängigkeit der ungarischen Zentralbank, der Justiz sowie der Datenschutzbehörde.

Aranka Szávuly und Balázs Nagy Navarro haben ihre Feiertage 2011 in einem improvisierten Zelt verbracht, mitten in einem Gewerbegebiet der ungarischen Hauptstadt, vor dem Sitz des öffentlich-rechtlichen Fernsehens MTV. Zu Essen hatten sie nichts, sie begnügten sich mit Tee und Saft, doch sorgte der Sender für Musik: Tagelang brüllte aus den Lautsprechern „Jingle Bells". Und kurz nach Weihnachten bekamen die beiden MTV-Redakteure als eine verspätete Bescherung die Kündigung. Anfang Januar haben sie nach 22 Tagen ihren Hungerstreik aufgegeben – arbeitslos.

Der Grund für die Protestaktion war ein seltsamer Vorfall. In einem Nachrichtenbeitrag, der Anfang Dezember in mehreren öffentlich-rechtlichen Sendern lief, wurde das Gesicht von Zoltán Lomnici, dem ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofs und Kritiker der Orbán-Regierung, einfach wegretuschiert. Kurz darauf forderten Szávuly und Nagy Navarro, beide Betriebsräte und stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Film- und Fernsehmitarbeiter, eine rasche Aufklärung des Vorfalls. „Es gab keine richtige Untersuchung, obwohl es sich offensichtlich um eine gravierende politische Manipulation auf Wunsch der Chefredaktion handelte", empört sich Nagy Navarro. „Alle Zeugen sind sich einig, wenn sich auch nicht jeder traut, über das Thema öffentlich zu sprechen: Die Redakteure wurden darauf hingewiesen, dass sie Lomnici nicht zeigen dürfen. In einem Stressmoment haben sie die absurde Lösung mit der Verpixelung gewählt und der Skandal kam dadurch ans Licht", ergänzt Szávuly. „Wir hatten alle gesetzlichen Mittel ausgeschöpft und haben uns dann für den Hungerstreik entschieden."

Bis heute ist unklar, wer die Verantwortung für die Affäre trägt. Diejenigen, die gewiss darin verwickelt waren, mussten nur teilweise mit Konsequenzen rechnen. Einige mussten ihre Chef-Posten aufgeben wie der Nachrichten-Chef Dániel Papp. Aber er kann weiter für den Sender arbeiten. Das findet Nagy Navarro inakzeptabel. Papp, ein junger, ambitionierter Reporter, hatte erst vor Kurzem den großen Sprung geschafft, nachdem er einen Bericht über den grünen Europa-Abgeordneten und Orbán-Kritiker Daniel Cohn-Bendit grob manipuliert hatte. Der Beitrag wurde so geschnitten, als ob Cohn-Bendit eine Frage über sein Privatleben vermieden und den Raum verlassen hätte, obwohl er tatsächlich die Frage ausführlich beantwortet hatte.

Zahlreiche restriktive Bestimmungen. Nach dem neuen ungarischen Mediengesetz prüft ein allmächtiger Medienrat, der ausschließlich aus Anhängern der rechtspopulistischen Regierungspartei Fidesz besteht, ob die Berichterstattung „korrekt" ist, und kann gegebenenfalls hohe Geldstrafen verhängen. Zwar wurde das Gesetz auf Druck der EU-Kommission an einigen Stellen geändert und das ungarische Verfassungsgericht hat seinerseits manche Paragraphen kassiert. Doch nach Meinung vieler Beobachter und Experten, in Ungarn ebenso wie im Ausland, gibt es noch zahlreiche restriktive Bestimmungen. Betroffen sind nicht nur die öffentlich-rechtlichen, sondern auch die privaten Sender sowie Zeitungen und Internet-Nachrichtenportale.

An einem grauen Nachmittag Ende Dezember sitzt Balázs Nagy Navarro mit seinen Kollegen auf Klappstühlen vor dem Eingang des MTV. Sie empfangen Besucher, die ihnen gratulieren. „Was ihr hier macht, ist uns sehr sehr wichtig", sagt ein älterer Mann und umarmt den offenbar geschwächten Nagy Navarro. „Die Lomnici-Affäre war kein Einzelfall, sondern gehört mittlerweile zum Alltag der öffentlich-rechtlichen Medien", erklärt der Journalist. Ihm und Szávuly haben sich später zwei weitere Redakteure angeschlossen. Durch ihren Hungerstreikmarathon haben sie viele Unterstützer mobilisiert, nicht nur Kollegen aus den Medien, sondern auch Gewerkschafter, Aktivisten unterschiedlichster Organisationen der Zivilgesellschaft und Internet-Initiativen. „Obwohl die Aktion Anfang des Jahres aufgegeben wurde, war

sie ein Erfolg“, kommentiert Attila Mong, jener Moderator, der seine Stelle beim öffentlich-rechtlichen Radiosender Kossuth Rádió verloren hatte, nachdem er 2010 aus Protest gegen das Mediengesetz während seiner Sendung eine Schweigeminute gehalten hat. Tatsächlich scheint die Bewegung für die Pressefreiheit immer stärker zu werden. Vor wenigen Wochen gingen in Budapest mehr als 10.000 Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit dem privaten Klub Rádió zu zeigen. Der Sender galt als die einzig verbliebene kritische Stimme in der ungarischen Hörfunklandschaft. Doch Ende des Jahres haben die Medienbehörden nach einer umstrittenen Versteigerung die Frequenz an einen anderen Bewerber vergeben.

Nichtregierungsorganisationen und vor allem Web-Aktivisten und Blogger mobilisieren weiter auf ihren Internet-Seiten, auf Facebook und auf Twitter. Für den Nationalfeiertag am 15. März hat die Initiative „Eine Million für die ungarische Pressefreiheit“ zu einer großen Kundgebung aufgerufen. „Es wird ein heißes Frühjahr gegen Zensur und Selbstzensur“, prophezeit Attila Mong.

Silviu Mihai, Osteuropa-Korrespondent ■

Putin zeichnet Kritiker aus

Späte Einsichten des russischen Ministerpräsidenten oder nur Propaganda?

Mitte Januar kam es im Moskauer „Weißen Haus“, wo Wladimir Putin seinen Amtssitz hat, zu einem ungewöhnlichen Ereignis. Während einer Preisverleihung für kritische Journalisten umarmte der Premier den durch einen Überfall im November 2008 schwer gezeichneten ehemaligen Chefredakteur der *Chimkinskaja Prawda*, Michail Beketow. Der Journalist, dem Ärzte nach dem Überfall das rechte Bein und drei Finger amputieren mussten, geht heute an Krücken und kann nicht mehr sprechen.

In seiner Festrede erklärte Wladimir Putin, die Arbeit der Journalisten sei „sehr wichtig für alle Länder“. Im Gespräch erwähnte Putin später auch den in Syrien getöteten Fernseh-Reporter, Gilles Jacquier. Dass in Russland schon viele Journalisten ihre Arbeit mit dem Leben bezahlen oder brutale Überfälle ertragen mussten, erwähnte der Premier nicht. Putin sagte nur, zur Arbeit der Journalisten gehöre Mut, eine „Bürger-Position“ und Talent.

Der mit einem Preis ausgezeichnete Journalist Michail Beketow war durch sein Engagement gegen den Autobahnbau durch den Chimki-Wald nahe Moskau bekannt geworden. Durch den unerschrockenen Widerstand gegen die Zerstörung einer von Moskaus „grünen Lungen“ hatte der Journalist hohe Beamte und Geschäftsleute gegen sich aufgebracht, die sich von neuen Geschäftsansiedlungen große Gewinne versprechen. Experten meinen, dass diese Kreise auch hinter dem Überfall auf Beketow stecken.

Eine Bombe als Warnung. Unbekannte hatten Beketow im Mai 2008 vorgewarnt und eine Bombe in seinem Auto gezündet. Der Journalist beschuldigte den Bürgermeister der Stadt Chimki als Auftraggeber der Tat, worauf dieser Beketow wegen Verleumdung verklagte. Der Journalist wurde zu einer Strafe von 5.000 Rubel verurteilt, musste das Geld aber dann wegen Verjährung der Tat nicht zahlen.

Mehrere bekannte kritische Journalisten, die als Ehrengäste eingeladen worden waren, erschienen nicht zu der Zeremonie, bestritten aber, dass ihre Abwesenheit einen politischen Hintergrund gehabt habe. Die Leiterin der Umweltbewegung gegen die Abholzung des Chimki-Waldes, Jefgenia Tschirikowa, hatte die geplante Preisverleihung an Beketow bereits im letzten Jahr als „zynisch“ bezeichnet. Der Preis werde von Leuten verliehen, „welche das herrschende System aufgebaut haben“, begründete die Aktivistin ihre Kritik.

Nur Wahlkampftaktik? Was der russische Premier bei der Preisverleihung erklärte, ist erstaunlich, denn bisher hatte Putin den Eindruck erweckt, kritischer Journalismus sei eher störend als nützlich. So hatte der frisch gewählte Präsident Putin nach seinem Amtsantritt im Jahre 2000 gleich dafür gesorgt, dass die Redaktion des Kreml-kritischen Fernsehkanals NTW ausgewechselt wurde. Nach dem Mord an Anna Politkowskaja im Oktober 2006, hörte man von Putin kein Beileid, sondern eiskalt: der Tod der Journalistin habe Russland mehr geschadet als ihre kritischen Artikel.

Foto: ITAR-TASS / Valery Sharifulin

Journalist Michail Beketow und Premier Wladimir Putin bei der Preisverleihung in Moskau, während die Proteste von Regierungskritikern auf der Straße gegen den Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen nicht abreißen.

Doch angesichts der über 50 Millionen Internet-Nutzer in Russland, der nicht enden wollenden Protestbewegung gegen offensichtliche Wahlfälschungen und den nahenden Präsidentschaftswahlen, versucht sich der Ministerpräsident nun als Gralshüter der Demokratie zu präsentieren. So schrieb Putin in einem Grundsatzartikel für den *Kommersant*, die „Mechanismen der russischen Demokratie“ müssten „erneuert“ werden, da der Staat hinter der aktiven Zivilgesellschaft „zurückgeblieben“ sei.

Putins Lobeshymnen auf „mutige Journalisten“ und die „erwachsen gewordene Zivilgesellschaft“ hat jedoch da ihre Grenzen, wo er unpatriotisches Verhalten ausmacht. So kanzelte Putin bei einem Treffen mit russischen Chefredakteuren den Leiter des liberalen „Radio Echo Moskau“ Aleksej Wenediktow ab, weil „Echo Moskau“ die Gefahr der amerikanischen Abwehrraketen in Europa für Russland nicht anerkenne. Das Programm des Radio-Senders, der faktisch seit Jahren die Audio-Plattform der liberalen Szene in Russland ist, bezeichnete Putin als „Gequassel“.

Ulrich Heyden, Moskau ■

ROG: Angst und Repression in Aserbaidschan

Wie eng Demokratie und Medienfreiheit zusammenhängen, zeigt die Rangliste der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen (ROG) in diesem Jahr zum 10. Mal herausgibt. Sie spiegelt die turbulenten Ereignisse des vergangenen Jahres wider, die die Innenpolitik einzelner Staaten vor allem in der arabischen Welt gravierend veränderten. Die Gegensätze zwischen den europäischen Staaten verschärften sich weiter, am wenigsten frei sind die Medien in Belarus und Aserbaidschan. Die USA fielen ab, nachdem die Polizei die Berichterstattung über die Occupy-Proteste behinderte. An der Spitze der Rangliste stehen nach wie vor europäische Länder wie Finnland, Norwegen und die Niederlande, am Ende Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan. Erstmals besetzen auch afrikanische Länder vordere Plätze.

Aserbaidschan liegt auf der Rangliste mit Platz 152 noch hinter Ländern wie Irak oder Afghanistan. Mit Blick auf den Eurovision-Contest und die derzeit laufende Castingshow „Unser Star für Baku“ erinnert ROG an die schwierigen Bedingungen, unter denen die Journalisten im Land arbeiten. „Der Eurovision-Song-Contest darf nicht ausblenden, dass in Aserbaidschan ein Klima der Angst und Repression herrscht“, so ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske, „nur eine Handvoll Journalisten und Blogger wagt es, sich gegen das Regime zu stellen.“ Aserbaidschanische Medien werden größtenteils vom Staat kontrolliert – allen voran das Fernsehen, für viele die wichtigste Informationsquelle. Ausländische Rundfunksender wie BBC und Radio Free Europe kann die Bevölkerung schon seit 2009 nicht mehr im Radio empfangen. Deshalb sind in den vergangenen Jahren zahlreiche regimekritische Blogs entstanden.

Das Internet steht seither im besonderen Fokus der Behörden. So wurde der 29-jährige Blogger Bachtijar Hajijew, der über Facebook zu Demonstrationen aufgerufen hatte, im Mai zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt und sitzt seither in Haft. Zudem plant die Regierung neue Gesetze, um Internetmedien stärker zu kontrollieren.

Dass der regierungskritische Reporter Ejnulla Fatullajew im Mai nach vierjähriger Haft vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen wurde, wertet ROG nicht als Zeichen der Entspannung. „Mit der Freilassung einzelner Gefangener versucht das Regime ganz offensichtlich, dem Druck aus dem Ausland zu begegnen“, so ROG-Vorstandssprecher Rediske. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hatte schon im April 2010 von Aserbaidschan verlangt, Fatullajew freizulassen. Das Regime hatte sich jedoch über das Urteil hinweggesetzt. Erst wenige Tage nach dem Sieg Aserbaidschans beim Eurovision Song Contest begnadigte Präsident Alijew den Reporter. ■

Rangliste der Pressefreiheit (von ROG)

Die ROG-Rangliste der Pressefreiheit 2011 vergleicht die Situation der Medien in 178 Staaten und Regionen vom 1. Dezember 2010 bis zum 30. November 2011.

http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/rangliste-2011/

Aktion für Adel Walid Kharsa, Syrien

AMNESTY INTERNATIONAL

Journalist in Foltergefahr

Als der arabische Frühling im März 2011 auch nach Syrien übersprang und 2011 in mehreren Städten des Landes regierungskritische Proteste begannen, entschloss sich Adel Walid Kharsa als freier Journalist zu arbeiten. Schnell geriet er deshalb ins Visier der Machthaber, die mit aller Macht eine unabhängige Berichterstattung über die Demonstrationen und ihre brutale Niederschlagung verhindern wollten. Während der folgenden Monate, in denen sich der Aufstand gegen Präsident Assad ausweitete, wurde Adel Walid Kharsa zweimal festgenommen. Nach mehreren Drohungen war er das erste Mal am 17. August in der Großstadt Hama, einer der Hochburgen der Proteste, aufgegriffen worden. Dort hatte er sich in einem Haus versteckt, weil sich Mitarbeiter von Sicherheitsdiensten nach seiner journalistischen Arbeit erkundigt und nach ihm gefahndet hatten.

Am 23. Oktober wurde er – nach mehr als zwei Monaten in einem Gefängnis des staatlichen Sicherheitsdienstes in Damaskus ohne Kontakt zur Außenwelt – freigelassen. Doch bereits acht Tage später, am 31. Oktober, hielten Sicherheitskräfte ihn in einem Auto an einem Kontrollpunkt des Militärgeheimdienstes an. Seitdem weiß die Familie nichts über Adel Walid Kharsas Verbleib. Es besteht Anlass zur Sorge, dass er gefoltert wird. Auch der Bruder des Journalisten, Imad Walid Kharsa, ist festgenommen worden. Ob es einen Zusammenhang zwischen beiden Festnahmen gibt, ist unklar, weil die syrischen Behörden keine Auskunft erteilen.

Amnesty International geht davon aus, dass der 25-jährige Journalist Adel Walid Kharsa lediglich wegen der friedlichen Wahrnehmung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung festgenommen wurde. Die Menschenrechtsorganisation hat seit Beginn der Proteste im März 2011 eine Verhaftungswelle in Syrien dokumentiert. Diese betraf unter anderem viele Journalisten, Blogger sowie Menschen, die mit Medien zusammengearbeitet haben. Zahllose Menschenrechtler und Journalisten sahen sich seither gezwungen, unterzutauchen. Glaubwürdige Zeugenaussagen belegen, dass in syrischen Haftzentren Folter eingesetzt wird, um von Festgenommenen zu erfahren, ob und wie sie mit internationalen Medien zusammengearbeitet haben.

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an den syrischen Präsidenten und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung des Journalisten Adel Walid Kharsa. Schreiben Sie auf Arabisch, Englisch, Französisch oder Deutsch an:

President of State
Bashar al-Assad, Presidential Palace
Al-Rashid Street, Damascus
SYRIEN
Fax: 00 963 - 11 332 3410

Senden Sie eine Kopie an:
Botschaft der Arabischen Republik Syrien
S.E. Herrn Radwan Loutfi
Rauchstraße 25, 10787 Berlin
Fax: (030) 50 17 73 11, E-Mail: info@syrianembassy.de

amnesty
international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de

ver.di

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

Kommentiert

Türkischer Demokratie-Test

Hrant Dink ist ein Symbol für Pressefreiheit in der Türkei. Die Ermordung des armenisch-stämmigen Journalisten vor gut fünf Jahren in Istanbul beschäftigt bis heute die Gerichte und erhitzt die Gemüter. Mitte Januar hat ein Gericht einen zweiten Mann wegen des Mordes zu einer hohen Haftstrafe verurteilt; ein anderer mutmaßlicher Tathelfer wurde freigesprochen. Für besonderes Aufsehen sorgte aber die Aussage des Gerichts, hinter dem Mord habe keine Organisation und erst recht keine terroristische Vereinigung gestanden. Doch fast niemand, der sich mit der Tat näher befasst hat, glaubt, dass der – schon vor einiger Zeit zu 22 Jahren Gefängnis verurteilte – minderjährige Schütze und der bereits mehrfach straffällig gewordene jetzt verurteilte Helfer den Mord allein planten und umsetzten. Von wem sie gesteuert wurden, soll auch nach dem Urteil im Dunkeln bleiben.

Foto: dpa - Bildfunk / EPA / TOLGA BOZOGLU

Zum 5. Todestag der Ermordung von Hrant Dink demonstrierten Zehntausende vor dem Verlag Agos in Istanbul mit Tafeln, auf denen stand: „Wir sind alle Hrant und Armenier". Sie protestierten gegen die Gerichtsentscheidung vom 19. Januar 2012. Hrant Dink wurde 2007 vor seinem Istanbuler Büro erschossen.

Die Theorie der Einzeltäter führte dazu, dass seit Beginn der juristischen Aufarbeitung des Falls von insgesamt 19 Angeklagten nur einer wegen Anstiftung verurteilt wurde. Damit zeigt die türkische Justiz, dass sie nicht gewillt ist, die wahren Hintergründe des nationalistischen Mordes aufzuklären. Die Anwältinnen der Dink-Angehörigen haben von Beginn an vermutet, dass die Polizei wichtiges Beweismaterial zurückhält. So seien Verbindungsprotokolle der Telekommunikationsbehörden nicht überprüft worden, obwohl die beiden Beschuldigten am Tag des Mordes und aus der Nähe des Tatorts fünf Telefonnummern angerufen hätten. Etlichen Indizien, die auf Hintermänner im rechtsradikalen Milieu sowie im Polizei- und Geheimdienstapparat hinwiesen, wurde nicht nachgegangen. Der Fall erinnert an das Schicksal der russischen Journalistin Anna Politkowskaja, deren Ermordung auch nur sehr lückenhaft und nach öffentlichem und internationalem Druck sowie unter Ausblendung der Drahtzieher untersucht wurde.

Dass der Dink-Prozess in Istanbul von Anfang an darauf ausgelegt ist, lediglich die direkten Tatbeteiligten zu überführen, staatliche Stellen aber zu decken, wird der gesellschaftlichen Bedeutung des Dink-Mordes, der im Jahr 2007 hunderttausende Demonstranten auf die Straßen Istanbuls gebracht hatte, nicht gerecht. Noch hat die türkische Justiz die Möglichkeit, in der Berufungsverhandlung vor dem Obersten Gericht zu zeigen, dass sie Gerechtigkeit für Hrant Dink schaffen kann. Zu Optimismus gibt es derzeit jedoch wenig Anlass, denn die Repressionen gegen unliebsame Journalisten in der Türkei nehmen in jüngster Zeit wieder zu. Und auch der Diensteifer weiter Teile der Justiz richtet sich eher auf die Verfolgung als auf die Verteidigung von Journalisten.
Die große Zahl laufender Verfahren gegen Medienvertreter sowie die Inhaftierung von – je nach Quelle – bis zu 70 Journalisten macht deutlich, dass das türkische Rechtssystem weit davon entfernt ist, Vorkämpfer für die Pressefreiheit zu sein.

Harald Gesterkamp ■

ORF-Redakteure gegen Postenbesetzung

Der öffentliche Protest von Journalisten gegen eine vermutlich parteipolitisch begründete Personalie beim öffentlich-rechtlichen Österreichischen Rundfunk (ORF) war erfolgreich. Der umstrittene Kandidat zog seine Bewerbung zurück, wegen der öffentlichen Debatte, hieß es.

In einem Internet-Video hatten sich Journalisten des ORF gegen die eigene Geschäftsführung gewandt: „Wir, die Journalistinnen und Journalisten des ORF, stehen für einen unabhängigen ORF." Genau diese Unabhängigkeit aber sei gefährdet, heißt es in der knapp 90 Sekunden langen Botschaft auf Youtube. 55 Redakteure sind zu hören und zu sehen, darunter alle Moderatoren der ORF-Nachrichtensendungen. Gegenstand des Widerstands war die Personalentscheidung von ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz, den 25jährigen Nikolaus Pelinka zu seinem Büroleiter zu machen. Der PR-Mann war bislang vor allem als Parteipolitiker in Erscheinung getreten. Im Sommer sorgte er maßgeblich dafür, dass Wrabetz vom Aufsichtsgremium des ORF wiedergewählt wurde, mit großer Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei. Pelinka hatte auch einige Zeit den sozialdemokratischen Freundeskreis im ORF-Stiftungsrat, dem parteipolitisch besetzten Aufsichtsgremium des Senders, koordiniert. Kritik gegen die Postenbesetzung kam auch aus dem ORF-Betriebsrat, weil die Stelle nicht offiziell ausgeschrieben worden war.

Red. ■

EJF erstmals mit eigenem Generalsekretär

Erstmals hat die Europäische Journalisten-Föderation (EJF) einen eigenen Generalsekretär. Stephen Pearse (Bild) heißt der Mann aus England, der sein Amt bereits am 21. November 2011 antrat. Der 33jährige arbeitete viele Jahre in Brüssel und als Kommunikationsverantwortlicher für die britische Gewerkschaft National Union of Journalists.

Für die EJF ist dies ein erster Schritt auf dem Weg in die eigene Rechtspersönlichkeit innerhalb des Dachverbandes, der Internationalen Journalisten-Förderation (IJF). Eine entsprechende Satzungsänderung ist noch für dieses Jahr geplant. Die Eintragung der EJF als eigenständiger Verein soll dann bis spätestens Ende 2013 erfolgt sein. Bisher war die EJF nur nebenbei betreut worden. Aidan White hatte diese Aufgabe zusätzlich zu seinem Amt als Generalsekretär der IJF übernommen. Nach seinem Ausscheiden im Sommer 2011 wurde die Brasilianerin Beth Costa zur IJF-Generalsekretärin gewählt (Interview in M 4 – 5 / 2011). Der EFJ-Posten blieb zunächst vakant. Stephen Pearse wird künftig zugleich Costas Stellvertreter.

www.socialistsanddemocrats.eu

Red. ■

Würde, Kreativität und Vielfalt

Mediengewerkschaft UNI-MEI treibt Organisierung voran

„Würde, Kreativität und Vielfalt – wir bringen den Wechsel" unter diesem Motto fand die 4. Generalversammlung vom UNI-MEI vom 29. November bis 2. Dezember 2011 in Mexico City statt. Über 120 Delegierte vertraten mehr als 300.000 Medien- und Kulturarbeiter aus über 140 Gewerkschaften und Verbänden weltweit.

Fotos: UNI Global Union

Der Kongress wurde unter großer Medienbeteiligung in Anwesenheit des Arbeitsministers von Mexiko Javier Lozano Alarcón eröffnet. Für ver.di nahmen Cordula Bauermeister (Fachgruppe Medien), Toni Winter (Fachgruppe Theater und Bühnen) und Heinrich Bleicher-Nagelsmann als amtierender Präsident von UNI-MEI teil. Gastgeber und Organisatoren waren die Gewerkschaften SITATYR (Rundfunksektor) und STIC (Filmsektor).

(1) Der bisherige UNI-MEI Präsident Heinrich Bleicher-Nagelsmann mit Patricio Flores Sandoval von SITATYR.

(2) Abstimmung bei der UNI-MEI 2011 in Mexico City.

(3) Der mexikanische Arbeitsminister Javier Lozano Alarcon vor der Presse.

In verschiedenen Plenumsveranstaltungen wurden Schwerpunkte und Erfolge der Arbeit von UNI-MEI in den vergangenen vier Jahren bilanziert und weitere Aktivitäten für die kommenden vier Jahre beschlossen. Ein Hauptthema war die Bedeutung und der Schutz kreativer Arbeit. Die Mitgliedsgewerkschaften von UNI-MEI arbeiten intensiv daran, die Gesetzgebung im Interesse der Urheberrechte aller Medien- und Kulturschaffenden weltweit zu verbessern sowie ausreichende Vergütungen und Honorare für die Arbeit durchzusetzen.

Ein Schwerpunkt der Diskussion war das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, um für angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen besser eintreten zu können. An Beispielen aus Afrika, Lateinamerika und Asien wurde deutlich, wie schwierig diese Auseinandersetzungen sind. Mit der Unterstützung von UNI Global Union, die weltweit 20 Millionen Mitglieder in 700 Gewerkschaften organisiert, stehen Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung, die gewerkschaftliche Organisierung im Mediensektor auch dort voranzutreiben, wo die Bedingungen vor Ort äußerst schwierig sind. UNI-Generalsekretär Philip Jennings sicherte den Delegierten seine Unterstützung zu und stellte die Bedeutung von UNI-MEI als globaler Mediengewerkschaft heraus. Besonderes Augenmerk soll auf große Medienunternehmen gelegt werden. So soll in den kommenden vier Jahren der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter anderem in der amerikanischen Walt Disney Company weltweit voran getrieben werden. Der Konferenz vorausgegangen war ein eintägiges Seminar, in dem die speziellen Bedingungen an den verschiedenen Standorten von Disney diskutiert worden waren. Gemeinsam mit UNI-Graphical wird auch die Organisierung in anderen Medienkonzernen verbessert werden.

Die Gleichstellung von Frauen und die Durchsetzung gleicher Arbeits- und Bezahlungsbedingungen ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe. Im Rahmen des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene konnte dazu im Herbst des vergangenen Jahres eine Vereinbarung mit Arbeitgeberverbänden, darunter die Öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter (EBU), die privaten Rundfunkanbieter (ACT) und europäischen Filmproduzentenverbänden (CEPI) getroffen werden.

Die Förderung der Repräsentanz von Frauen ist auch in der Gewerkschaft selbst ein Thema. Die angestrebte Quote von 40 % besonders in den Führungsgremien ist vor allem in einzelnen Regionen Asiens, Lateinamerikas und Afrikas nicht leicht durchzusetzen.

Nach einer lebhaften solidarischen Diskussion im Plenum wurden verschiedene Solidaritätsresolutionen zur Sicherung von Medienpluralismus und gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen verabschiedet. Dies betraf insbesondere die Situation in Griechenland, Korea, Spanien und Ungarn. Dort hat insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit Budgetkürzungen, Arbeitsplatzverlusten und Eingriffen von Seiten des Staates zu kämpfen. Auch für die Kolleginnen und Kollegen bei der BBC in Großbritannien wurde eine Solidaritätserklärung abgegeben. Aufgrund eines dort bevorstehenden Streiks konnte der Generalsekretär der Rundfunk-Film und Theatergewerkschaft (BECTU), Gerry Morrissey persönlich nicht anwesend sein. Bei den Wahlen zum neuen Vorstand wurde er dennoch einmütig zum neuen Präsidenten von UNI-MEI für die nächsten vier Jahre gewählt. In einer Grußbotschaft per Video dankte er dem scheidenden Vorstand und insbesondere dem nicht wieder kandidierenden Präsidenten Heinrich Bleicher-Nagelsmann von ver.di sowie dem Head of Departments Johannes Studinger für die in den vergangenen vier Jahren geleistete Arbeit.

Die nicht ausreichende Repräsentanz von Frauen wird durch Zusatzmandate, über die der erweiterte Vorstand (Exekutivkomitee EC) entscheidet, ausgeglichen. Mit dem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten sowie weiteren Kolleginnen wird UNI-MEI auch im Vorstand von UNI Global Union vertreten sein. **Red.** ■

Der neue Vorstand von UNI-MEI

der Internationalen Gewerkschaft für Medien, Unterhaltung, Kunst und Sport

Präsident: Gerry Morrissey, BECTU Vereinigtes Königreich

Vizepräsidenten:

Matt Loeb . . . . . IATSE, USA und Kanada

Heinrich Bleicher-Nagelsmann . . . . . ver.di, Deutschland

Pierre Vantorre . . . . . CFDT, Frankreich

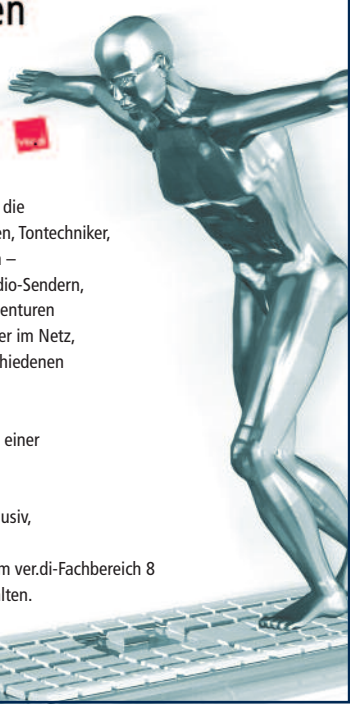
Chris Warren . . . . . MEAA, Australien

Patricio Flores. . . . . SITATYR, Mexiko

Im Internet: http://www.uniglobalunion.org/Apps/uni.nsf/pages/sec_meiEn

M Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift



Informativ, kritisch, analytisch richtet sich die Fachzeitschrift an Journalisten, Cutterinnen, Tontechniker, Schauspielerinnen – an alle Beschäftigten – Feste und Freie – in Verlagen, TV- und Radio-Sendern, Kinos, bei Filmproduktionen, in Medienagenturen und Internetfirmen, an freie Medienmacher im Netz, an Studentinnen und Studenten der verschiedenen Kommunikationsrichtungen.

M erscheint mit acht Ausgaben im Jahr in einer Auflage von 50.000 Exemplaren.

Das Jahresabo kostet 36 Euro und ist exklusiv, denn: M gibt es nicht am Kiosk!
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen im ver.di-Fachbereich 8 ist der Abo-Preis im Mitgliedsbeitrag erhalten.

Service / Leute / Preise finden Sie im Web: http://mmm.verdi.de/service

RIVIERA LEVANTO
Tor zur 5TERRE
FeWo mit Balkon und Meerblick, 30 m vom Strand.
Idealer Ausgangspunkt zum Wandern und Rad fahren.
Tel. 0039-3356871576
www.cinqueterreparadise.com

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint acht Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 17 gültig ab 1.1.2012
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller Tel. 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 1.2012: 20.01.2012
M 2.2012: 01.03.2012
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Richard-von-Weizsäcker-Journalistenpreis 2012 der Unionhilfswerk-Stiftung

„Alt und dement – und doch in Würde leben und sterben"
Mit dem Richard-von-Weizsäcker-Journalistenpreis möchte die Unionhilfswerk-Stiftung dazu beitragen, die Auseinandersetzung mit den Themen Sterben, Tod und Trauer in den Publikumsmedien zu befördern.

In besonderer Weise geht es bei dem alle zwei Jahre verliehenen Preis darum, ein Bewusstsein für das würdige Leben und Sterben alter Menschen zu schaffen. Wir wünschen uns Beiträge, die hochbetagte und/oder demente Menschen am Ende ihres Lebens in den Focus rücken und sich kritisch mit deren Lebenswelt auseinandersetzen.

Prämiert werden Beiträge aus den Bereichen Print, Rundfunk und Fernsehen, die zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 1. Juli 2012 in deutschen Publikumsmedien erschienen sind.

Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert, die Preisverleihung findet im November 2012 in Berlin statt.

Einsendeschluss: 2. Juli 2012

Ausschreibungsunterlagen unter
www.stiftung.unionhilfswerk.de/journalistenpreis

Unionhilfswerk-Stiftung
Richard-Sorge-Straße 21 A
10249 Berlin

UNION HILFS WERK Stiftung

Weitere Infos: Ursula Laumann, 030-49 77 84 59

Pressestellenanzeigen erhalten einen **Rabatt von 30 %** auf den Grundpreis.
Bei Fragen steht Ihnen Frau Claudia Härtig unter der Telefonnummer (030)255 94 160 gern zur Verfügung.

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Michael Pausder, Pressesprecher
Schellingstraße 31 · 80799 München · Tel. 089/21 17-217
Fax 089/21 17-280 · pausder@vdk.de · www.vdk-bayern.de

mediafon (01805 754444 mediafon.net

Das Beratungsnetz für Selbstständige

Gut beraten für gute Arbeit

mediafon informiert und berät Solo-Selbstständige aller Branchen. Wir sorgen für Austausch – etwa bei Honoraren, Verträgen und sozialer Sicherung. Wir arbeiten dafür, dass selbstständige Arbeit bleibt oder wird, was sie sein sollte: Eine ideale Arbeitsform – selbstbestimmt, unabhängig und geschützt.

mediafon hilft dabei, Rechte und Forderungen durchzusetzen, Krisen und Übergänge zu bewältigen.

mediafon unterstützt kollegial: Beratung und Information gestalten Selbstständige für Selbstständige.

mediafon ist eine Tocher der Gewerkschaft ver.di, dem Profi in Sachen Interessenvertretung. Gemeinsam bilden wir ein starkes Netzwerk zur Arbeitswelt – auch jenseits der Anstellungsverhältnisse.

Ob langjährig selbstständig, ob neu gestartet oder ob ein beruflicher Wechsel ansteht: Wir beraten kompetent zu Fragen, die sich durch die Besonderheiten der unternehmerischen Arbeitsform ergeben. Unsere Zentrale vermittelt dazu aus einem Netzwerk beruflicher Expertinnen und Experten die passenden Ansprechpartnerinnen und -partner.

Diese Kolleginnen und Kollegen geben – in der Regel telefonisch und innerhalb weniger Tage – praxisnahe Ratschläge zu beruflichen Fragen.

Diese individuelle Unterstützung ist nur eine von vielen ver.di-Leistungen für gute Arbeit. **mediafon** ist die professionelle, statusbezogene Ergänzung zum berufsfachlichen Engagement der ver.di-Fachgruppen und den gewerkschaftlichen Angeboten vor Ort – zu denen gehört unter anderem die Rechtsberatung und der Rechtsschutz für Mitglieder.

Weil faire Bedingungen für Solo-Selbstständige in den meisten Branchen kaum allein durchzusetzen sind, berät **mediafon** nicht nur ver.di-Mitglieder. Allerdings dürfen wir Nicht-Mitgliedern keine individuellen Ratschläge zu rechtlichen und steuerlichen Fragen geben. Und: Wer sich nicht zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft entschließt, zahlt für unsere Leistung: Zurzeit 15 € pro angefangener Viertelstunde Bearbeitungszeit (plus 19% Umstatzsteuer). – Wer sich unmittelbar nach der Beratung für eine ver.di-Mitgliedschaft entscheidet, bekommt die Ratschläge natürlich kostenlos.

Der Ratgeber Selbstständige

online und offline umfassend informiert

Der **Ratgeber Selbstständige als Buch** enthält auf 220 Seiten alle Basistexte des **Online-Ratgebers** – und damit alle wesentlichen Informationen für eine erfolgreiche Selbstständigkeit. Der Überblick über die und zu den beruflichen Alltagsthemen in Buchform wird auch benötigt, um die Detailtexte der Online-Version – und damit ein Vielfaches an vertiefenden Informationen – aufrufen zu können.

Das Buch kostet

- 5 € für ver.di-Mitglieder (ein Ex. pro Mitglied),
- 25 € für alle anderen Personen und Exemplare

jeweils plus 2 Euro für Verpackung und Versand.

Details, Inhaltsverzeichnis und Bestellung unter: www.mediafon.net/ratgeber.php3

Fragen per Web-Formular unter:
www.mediafon.net/beratung.php

www.mediafon.net

mediafon GmbH
ein Unternehmen der ver.di